

Nr. 1/2011 (95) - K 6045 - 3 EURO

POLEN *und wir*

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-POLNISCHE VERSTÄNDIGUNG



Was bewegt unsere Nachbarn? S. 4

Neubewertung der Geschichte? S. 9

Das Photo zeigt den Bundeskanzler, der auf einer auf einer schmutzigen, regennassen Stufe kniet. Die schwarze Steinplatte stammte aus dem Material, das Albert Speer während des Krieges in Schweden für ein Siegesdenkmal in Warschau bestellt hatte. Aus diesen Platten hatte Nathan Rapoport ein Podest für sein Denkmal der „Helden des Ghettos“ geschaffen, das fünf Jahre nach dem Beginn des Aufstandes im Warschauer Ghetto am 17. April 1948 als eines der ersten Denkmäler für die Kämpfer gegen den deutschen Faschismus überhaupt eingeweiht worden war. Der erste offizielle Besuch eines westdeutschen Regierungschefs in Polen nach dem Krieg vom 7. Dezember 1970 verlief bis dahin wenig spektakulär. Das Wetter entsprach der politischen Stimmung; Willy Brandt war nach Warschau gekommen, um 25 Jahre nach Kriegsende einen Vertrag zu unterzeichnen, der die Voraussetzungen für normale zwischenstaatliche Beziehungen zwischen der BRD und Polen schaffen sollte. Nach einer Kranzniederlegung am Grabmal des Unbekannten Soldaten sah das Protokoll eine weitere Kranzniederlegung am Ghetto-Denkmal vor. Brandt wusste, so sieht es der Journalist Klaus Harpprecht, der zur Begleitung des Kanzlers gehörte, dass bei dem schwierigen Besuch „etwas Besonderes“ geschehen müsse. Jedoch sei der Kniefall nicht inszeniert oder vorher geplant gewesen, sondern eine Folge seines Bewusstseins für die Situation. Ob es sich bei dem „Kniefall von Warschau“ um eine spontane Geste – wie Brandt selbst in seinen Memoiren schreibt – oder um einen mit Berechnung inszenierten Akt – wie viele Kritiker meinten – handelte, ist letztlich belanglos. Brandt stand unter dem Eindruck einer übermächtig herandrängen-

den Vergangenheit, und er gab eine für die Menschen in Polen eindeutige Antwort. Die Zeitgenossen übrigens schätzten Brandts Kniefall mehrheitlich nicht. Nur eine Minderheit konnte ihm etwas positives abgewinnen. Nach einer SPIEGEL-Umfrage lehnten 48% der Bundesbürger den Kniefall als „übertrieben“ ab. In Polen ignorierten ihn die Medien zunächst fast völlig. Vielen Zeitgenossen und auch der internationalen Presse des Jahres 1970 war des Kanzlers Warschauer Kniefall vor Rapoport's Denkmal nicht so wichtig wie der anschließende sachpolitische Akt der Vertragsunterzeichnung erschienen.

Die polnische Reaktion war wohl unter anderem auch deshalb kühl, weil der Kniefall vor dem Denkmal für die jüdischen Ghettokämpfer sich nicht explizit auf den Warschauer Aufstand von 1944 bezog. In späteren Jahren aber wurde dann zunehmend die symbolische Geste des Kniefalls zum beherrschenden Thema der Erinnerung an den 7. Dezember 1970.

Heute ist das Bild des knienden Bundeskanzlers in fast jedem Schulbuch abgedruckt. Der Kniefall gilt als Musterbeispiel politischer Symbolik, seine Abbildung hat den Charakter einer Ikone. Mittlerweile ist der Kniefall sogar Gegenstand einer Oper geworden. Gerhard Rosenfeld, ein Schüler Hanns Eislers, hat den „Kniefall in Warschau“ komponiert. Wenige Jahre nach Willy Brandts Tod (er starb 1992) fand die Uraufführung des Stückes statt.

Im Jahr 2000 folgte ein weiterer Schritt: Gerhard Schröder, zu diesem Zeitpunkt amtierender deutscher Bundeskanzler, weihte gemeinsam mit dem polnischen Ministerpräsidenten Jerzy Buzek den Willy-Brandt-Platz ein. Dort ist seither auch ein Denkmal zu sehen, das formal eng auf Rapoport's Werk bezogen ist und auf einem Relief den berühmten Kniefall nachbildet. Brandts Geste vor einem Monument ist am Ende also selbst monumentalisiert worden.

DEUTSCH-POLNISCHE GESELLSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND E.V.

1. Vorsitzender: Prof. Dr. Christoph Koch, Sprachwissenschaftler, Berlin

Stellv. Vorsitzender: Dr. Friedrich Leidinger, Psychiater, Hürth

Vorstand: Henryk Dechnik, Lehrer, Düsseldorf - Manfred Feustel, Steuerberater, Hünxe - Karl Forster, Journalist, Berlin - Dr. Egon Knapp, Arzt, Schwetzingen - Dr. Holger Politt, Gesellschaftswissenschaftler, Warschau - Wulf Schade, Slawist, Bochum

Beirat: Armin Clauss - Horst Eisel - Prof. Dr. sc. Heinrich Fink - Prof. Dr. Gerhard Fischer - Dr. Franz von Hammerstein - Christoph Heubner - Witold Kaminski - Dr. Piotr Łysakowski - Hans-Richard Nevermann - Eckart Spoo.

Anschrift: Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V., c/o Manfred Feustel, Im Freihof 3, 46569 Hünxe Tel.: 02858/7137, Fax: 02858/7945

POLEN und wir

IMPRESSUM:

Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung
ISSN 0930-4584 - K 6045
Heft 1/2011, 28. Jahrgang (Nr. 95)

Verlag u. Herausgeber: Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V. in Zusammenarbeit mit Deutsch-Polnische Gesellschaft Bielefeld e.V.

Redaktion: Karl Forster (Verantwortlich), Wulf Schade Dr. Friedrich Leidinger, Dr. Holger Politt,

Redaktionsbüro: POLEN und wir

Karl Forster, Riesaer Str. 18,

12627 Berlin, Tel.: 030 89370650

e-mail: redaktion.puw@polen-news.de

Layout: Karl Forster/Armin Grimm

Druck: Offsetdruckerei Holga Wende Berlin

Aboverwaltung: Manfred Feustel, Im Freihof 3, 46569 Hünxe, Fax: 02858/7945

Bezugspreis: Einzelheft 3,00 €, Jahres-Abonnement 12 €. Inkl. Versand, Ausland: 10,00 € zuzgl. Versandkosten, Mitglieder der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V. und der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bielefeld e.V. erhalten POLEN und wir im Rahmen ihrer Mitgliedschaft.

Kontoverbindung:

Postbank Essen, Konto 342 56-430

BLZ 360 100 43

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin überein. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen.

Erscheinungstag der nächsten Ausgabe:

Freitag, 1. April 2011

Redaktionsschluss: 15. Februar 2011

Wichtige Adressen:

Geschäftsführung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der BRD e.V.:

Manfred Feustel, Im Freihof 3, 46569 Hünxe, T: 02858/ 7137, Fax: 02858/ 7945

Unsere Gesellschaft im Internet:

www.polen-news.de - e-Mail: dpg-brd@polen-news.de

Redaktion POLEN und wir: Karl Forster, Riesaer Str. 18, 12627 Berlin

Telefon: 030/89370650, e-Mail: redaktion.puw@polen-news.de

Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen:

c/o Klaus-Ulrich Göttner, Moldastr. 21, 10319 Berlin,

Fax: 01212-5-305-70-560, e-mail: vorstand@guteNachbarn.de

Deutsch-Polnische Gesellschaft Bielefeld e.V.:

Theodor-Hürth-Str. 1, 33604 Bielefeld, Tel.: 0521-2705205,

E-Mail: info@dpg-bielefeld.de, www.dpg-bielefeld.de

Ein stürmisches politisches Jahr

Flucht zurück und merkwürdiger Aufbruch

Von Dr. Holger Politt

Noch steht eine wichtige politische Entscheidung aus, die der Autor dieser Zeilen bis Redaktionsschluss noch nicht kennt. Die mit einiger Spannung erwarteten Selbstverwaltungswahlen auf lokaler und regionaler Ebene Ende November bzw. Anfang Dezember schließen ein stürmisches, ja, manche meinen gar verrücktes politisches Jahr ab. Dieses Jahr hat sich anders in den politischen Kalender eingeschrieben, als alle Voraussagen vor Jahresfrist glauben machen wollten.

Nach wie vor wird das politische Leben durch die beiden rechten Parteien „Bürgerplattform“ (PO) und „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) bestimmt. Auch deshalb absorbieren sie in den Medien die größte Aufmerksamkeit. Im Zusammenhang mit dem tragischen Unfalltod des amtierenden Staatspräsidenten, dem dann die vorzeitigen Präsidentschaftswahlen folgten, frische der Kampf zwischen diesen beiden Gruppierungen neuerlich auf. In den Medien wird mittlerweile von einem regelrechten Krieg gesprochen, einem polnisch-polnischen. Schroff und unversöhnlich gegenüber stehen sich der Ministerpräsident Donald Tusk, der die PO anführt, und Jarosław Kaczyński, der PiS-Vorsitzende. Viele meinen, das persönliche Verhältnis der beiden zueinander mache mindestens die Hälfte des weitgehend widersinnigen Streits zwischen den in vielerlei Hinsicht durchaus ähnlichen Formationen aus.

Weil die PO nun aber alle wichtigen Positionen im Lande kontrolliert oder in ihrem Sinne beeinflussen kann, bleibt es an Jarosław Kaczyński, den zornigen und nach Revanche lechenden Angreifer zu spielen. Tusk versucht, sich als ein Angegriffener und bloßen Verteidiger zu geben. Die Rolle passt ihm, wobei auch er längst Federn lassen musste. Trost spenden indes die aktuellen Umfragewerte, die weiterhin ein Dauerhoch der PO zwischen 40 und 50 Prozent verkünden. Zwar kam zur Jahresmitte die Konkurrentin PiS deutlich heran, doch fiel der Zuspruch in dem Maße, wie Kaczyński nach den verlorenen Wahlen zu immer bisiger werdenden Attacken Zuflucht nahm.

Was im Frühjahr, als die Kampagne für Jarosław Kaczyński zur Präsidentschaftswahl gut lief, durchaus erreichbar schien, ist nun wieder in weite Ferne gerückt. Niemand würde augenblicklich noch darauf setzen, dass nach den Parlamentswahlen 2011 die Reihenfolge zwischen den beiden Rechtsparteien umgekehrt werden könnte. Egal, ob die Wahlen dann im Frühjahr oder Herbst stattfinden werden, das augenblickliche Niveau an Wählerzuspruch für die PO scheint für PiS auf absehbare Zeit nicht mehr erreichbar zu sein. Und gar viele meinen, die alleinige Schuld treffe da den Parteivorsitzenden. Allen aber ist klar, dass der Bonus, der dem Zwillingsbruder des tödlich verunglückten Staatspräsidenten in den Wochen und Monaten nach der Katastrophe zukam, aufgebraucht ist. Da der PiS-Chef wieder ganz der zu sein gewillt ist, der er in den Jahren 2005 bis 2007 gewesen war, dürfte es ihm schwer fallen, neue, jüngere Wähler zu finden.

Anfang November ließ Jarosław Kaczyński zwei Frauen aus den PiS-Reihen entfernen, die seinerzeit als Ministerinnen und später in den politischen Kämpfen in der vorderen Reihe standen. Joanna Kluzik-Rostkowska war noch im Juni an der Spitze seines Wahlkomitees, verantwortlich für den versöhnlichen und auf Ausgleich zielenden Ton der Kampagne. Sie erhielt dafür von allen Seiten großes Lob. Jetzt wird ihr von erzkonservativen Tempelwächtern die Verantwortung für die knappe Niederlage zugeschrieben. Und der PiS-Chef teilt diese Auffassung. Elżbieta Jakubiak hingegen war eine enge politische Vertraute Lech Kaczyńskis und wichtige Schaltstelle im Präsidentenpalast. Nun ist auch sie bei den PiS-Oberen in Ungnade gefallen. Und die Reihe bekannter Namen, die bei PiS in der Zwischenzeit auf die Abschlusliste gekommen sind, ließe sich fortsetzen.

Als auch der Direktor des Warschauer Aufstand-Museums, gleichfalls ein enger politischer Vertrauter des verunglückten Staatspräsidenten, sich öffentlich kritisch äußerte zur politischen Strategie des PiS-Vorsitzenden, war der Damm gebrochen. Die Medien sprechen seitdem gerne von den „Museums“-Leuten, die eher mit Lech

Kaczyńskis Gesellschaftssicht übereinstimmen, heute eine betont moderate Gangart für notwendig hielten. Abzuwarten bleibt, ob aus den Ausgeschlossenen und Abtrünnigen eine neue politische Formation zwischen PO und PiS sich etablieren lässt. Genügend Prominenz ist mittlerweile versammelt, doch der gordische Knoten müsste erst noch zerschlagen werden.

Aber auch in der PO gibt es prominenten Abgang, wobei dieser allerdings nicht ausgeschlossen wurde. Janusz Palikot ging nämlich alleine, kündigte selbstbewusst an, einen kompletten Neuanfang zu wagen, damit eine liberale Partei auf den Weg gebracht werden könne, die im vorherrschend konservativ geprägten Konzert von PO und PiS eine neue, klare liberale Stimme bilden solle. Eine erste, wichtige Nagelprobe werden die Parlamentswahlen im kommenden Jahr sein. Bis dahin will das mittlerweile bekannteste liberale Gesicht der Republik seine Parteigründung abgeschlossen haben.

Parteiengründung

Zu einer Art Urkongress kamen Anfang Oktober 2010 immerhin 5.000 Menschen in die Kongresshalle am Warschauer Kultur- und Wissenschaftspalast. Dort meinte Palikot, seit dem 10. April 2010 sei im Lande praktisch die Verfassung in Teilen außer Kraft gesetzt, werde doch die darin niedergeschriebene Trennung von Staat und Kirche auf das Größte missachtet. Die Schuld dafür schob er nicht dem Erzfeind, der Kaczyński-Partei, sondern der amtierenden Regierung und dem nun amtierenden Präsidenten zu, weshalb er sein Ausscheiden aus der PO, aus der Fraktion und aus dem Parlament begründete. Dorthin will er allerdings zurückkehren – mit einer anderen Parteifahne und mit offenem Visier.

Da Parteiabspaltungen es in Polen bisher immer schwer hatten, dauerhaften Erfolg beim Wähler zu verbuchen, bleibt die spannende Frage, ob den Dissidenten der beiden heute dominierenden Parteien Erfolg beschieden sein wird. Womöglich ist es ein interessanter Ausweg aus dem zuletzt drohenden Zwei-Parteien-System, wobei Palikot selbst sich überraschenderweise als entschiedener Anhänger des Mehrheitswahlrechts zu erkennen gab, da dieses ja eher das Kopf-an-Kopf-Rennen der jeweils ganz vorne liegenden Gruppierungen begünstigt.

■ ■

Jahrestagung und Hauptversammlung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland in Potsdam

Was bewegt unsere Nachbarn?

Von Dr. Friedrich Leidinger

Gemeinsam mit der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft (BBAG) veranstaltete die DPG am 6. November 2010 in Potsdam ihre Jahrestagung. In seiner Begrüßung sprach der Vorsitzende der DPG, Prof. Christoph Koch, das geringe Interesse an Polen in Deutschland an. „Wir wissen leider viel zu wenig über das, was jenseits der Oder vor sich geht, und manchmal fehlt uns auch einfach der verstehende Zugang“. Diesem Umstand sollte die Tagung mit Berichten aus erster Hand und der Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch abhelfen. Die Tagung bot allen Anwesenden ausreichend Gelegenheit zur Information und zur Diskussion – was angesichts des Umstandes, dass viele Mitglieder der DPG teilnahmen, die selbst aufgrund ihres aktiven Engagements in deutsch-polnischen Projekten als Experten gelten können, nicht verwundern darf. Den Anfang der Impulsreferate machte Dr. Holger Politt, bis vor einem Jahr Leiter der Niederlassung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau. Seine sehr bildhaften Schilderungen aus einem Land, das selbst auf dem Höhepunkt der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise mit einem

positiven Wirtschaftswachstum aufgewartet hat (s. Beitrag in diesem Heft!), wiesen ihn einmal mehr als Kenner der Materie aus. Der Vortrag Mateusz Hartwachs, in Berlin lebender Schlesier, Publizist, Übersetzer und Reisebegleiter, der kulturell hüber wie drüber verwurzelt ist und sich einen Ruf als sensibler Kulturmittler erworben hat, wird im nächsten „Polen und wir“ dokumentiert.

Schließlich berichtete Wulf Schade, Slawist und Ruhrgebietsexperte, aus seinen Erfahrungen in einem Forschungsprojekt zur Migrationsgeschichte der Polen im Ruhrgebiet (s. Beitrag in diesem Heft!). Der Film „Hitlers blonde Provinz“ mit wenig bekannten oder gut verdrängten Ereignissen aus der Zeit der deutschen Besetzung in Polen bot einen wichtigen Kontrapunkt zur hiesigen Vertreibungsdebatte.

In der Hauptversammlung der DPG am 7.11.2010 legten die Mitglieder den Kurs für die Fortsetzung der Arbeit der Gesellschaft fest. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden bei der Vorstandswahl in ihren Ämtern bestätigt. ■ ■



Tagungsteilnehmer.

Foto: Forster

Kurzfassung des Tagungsreferats

Ein deutscher Beobachter berichtet

Von Dr. Holger Politt

Als im April dieses Jahres der Staatspräsident zusammen mit weiteren Spitzenpolitikern verschiedener Parteien sowie mit der militärischen Führungsspitze der Armee bei einem Flugzeugunglück tragisch ums Leben kam, war das Land im Nerv getroffen. Neun Tage lang versank Polen in eine tiefe Staatstrauer, die bei vielen ausländischen Beobachtern leichtes Kopfschütteln hervorrief. Selbst der neue ARD-Korrespondent ließ sich herab, nach vier Tagen zu fragen, wann denn die Polen endlich aufwachen? Er hielt auch lange fest an der Mär von den vier Landeversuchen der Unglücks-Crew. Um die Tiefe der Trauer im Lande anzuzeigen, sei darauf verwiesen, dass die Medien in dieser Zeit auf Werbung, was ja ihr Kerngeschäft ausmacht,

verzichteten. Zuletzt gab es so etwas beim Tod Johannes Pauls II., dem sieben Tage tiefe Staatstrauer zukamen.

Im frühen Herbst kam es in Mazowsze zu einem schweren Verkehrsunfall, bei dem auf einem Schlag 18 Menschen ums Leben kamen. Der Fahrer und 17 weitere Insassen, alle, die in den frühen Morgenstunden in einem kleinen VW-Transporter eiligst auf dem Weg waren zu einer Apfelplantage. Der Fahrer verlor in dichtem Nebel bei einem gefährlichen Überholmanöver die Kontrolle über das Fahrzeug und prallte frontal mit einem entgegenkommenden LKW zusammen. Der plötzliche Tod ereilte Menschen, die sich für umgerechnet 2 bis 3 Euro die Stunde als Erntehelfer verdingten. Sie waren ansonsten arbeitslos oder

ohne festes Einkommen. Sie waren an diesem Tag spät dran, hatten es darum eilig, auch, um die für sie kostbaren Arbeitsstunden voll auszunutzen. Die geschäftlichen Beziehungen, die mit diesem Unglücksauto nun sichtbar wurden, waren ungesetzlich, weil am Fiskus und den Sozialversicherungen vorbei. Schwarzarbeit von A bis Z. Ein gewöhnlicher, weithin akzeptierter Fall, der sich jeden Tag tausendfach im Lande wiederholt. Allein der schreckliche Tod der vielen Menschen schreckte die Bevölkerung und die Medien auf.

Polen befindet sich seit Jahren auf dem Weg einer wirtschaftlichen Aufholjagd, die insbesondere nach dem Beitritt zur Europäischen Union deutlich an Fahrt gewonnen hat. Fast das ganze Land findet sich einig in dem Gefühl, möglichst schnell an das wirtschaftliche Durchschnittsniveau der alten EU-Länder heranzukommen. Alles, was da aufhält, soll beiseite gelassen werden, mit allen Konsequenzen. Und so ist Polen anno 2010 nach drei Jahren Regierung un-



Holger Politt lebt seit vielen Jahren in Polen.

ter Ministerpräsident Donald Tusk ein Musterbeispiel dafür, wie viel an Privatinitiative der Bevölkerung eigentlich zugemutet werden kann. Der Staat zieht sich gerne aus wichtigen Bereichen der Gesellschaft zurück und überlässt es der Initiative seiner Bürger, wie die Dinge dort gestaltet werden. Ob Bildungs- oder Gesundheitswesen, ob die Rentenversicherung oder eben der Umgang mit Arbeitslosigkeit – überall steht zunächst der einzelne Bürger in Verantwortung. Privat geht vor öffentlich – das gilt in weiten Teilen der Bevölkerung. Wer es sich leisten kann, greift zu den privaten Angeboten, die es im Überfluss gibt. Ganz unten stehen diejenigen, die solche Initiativen nur noch auf krummen Wegen bewerkstelligen können, also ohne die entsprechende Einbindung in die Abgaben- und Steuerstrukturen der öffentlichen Hand.

Wer heute nach Polen kommt, findet ein Land bienenfleißiger Menschen vor. Es wimmelt nur so vor privater Initiative, die weitgehend ungebremst Stadt und Land überrollt. Egal, wann und wo im Lande, ein offenes Lebensmittelgeschäft mit sehr gutem Angebot findet sich immer. Fast ist der Betrachter geneigt, von einer Gründerzeitstimmung zu sprechen. Doch viele Menschen tun es weitgehend aus bitterer Situation heraus, denn wer sich nicht selbst zu helfen weiß, dem hilft letztlich niemand. Wird im heutigen Polen das Hartz-IV-System in Deutschland erklärt, meinen viele, es handle sich da um eine Art Schlaraffenland. Gewissermaßen ist Polen das Gegenteil zum deutschen Hartz-IV-Land. Ein bitterer Satz – übrigens für beide Seiten in diesem Gleichnis.

Alleiniger politischer Nutznießer dieser

Situation – so scheint es – ist seit drei Jahren die Bürgerplattform PO, obwohl sie sich offen und ungeniert zu einem neoliberalen Programm bekennt, keinen Hehl daraus macht, vor allem Wirtschaftspartei sein zu wollen. Ihr Vorsitzender Tusk, der Ministerpräsident, verkündete soeben auf den frischen Wahlplakaten zu den Selbstverwaltungswahlen im November 2010, lasst uns weniger Politik machen, dafür mehr Schulen bauen. Die Entpolitisierung großer Bereiche des öffentlichen Lebens ist weit fortgeschritten, immer mit dem Argument, es gebe ohnehin zu viel Politik, es müsse vieles den Bürgern zurückgegeben werden. Womit wieder die Ebene der Privatinitiative gemeint ist, auf der Strecke bleibt die öffentliche Kontrolle. Wer will ihn hinterher nach Schulen fragen? Ein Lieblingsvorhaben der PO ist die Abschaffung der staatlichen Parteienfinanzierung. Auch unter dem komischen Vorwand, es gebe zu viel Politik, es komme auf anderes an.

Und wie in einer kommunizierenden Röhre reagiert zuverlässig die betont konservative Konkurrenz der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), die in den Kaczyński-Brüdern ihre prominentesten Gesichter hatte. Sie stellt seit drei Jahren die größte, manche meinen gar einzige wirkliche Opposition im Lande dar. Das ist wohl übertrieben, doch zeigten die Präsidentschaftswahlen durchaus eindrücklich, dass die Nationalkonservativen nicht unterschätzt werden dürfen. Jedenfalls legen sie regelmäßig, wenn auch längst nicht immer konsequent, den Finger in die „neoliberalen“ Wunden. Und da sind auch soziale Töne zu vernehmen, die allerdings gut eingepackt sind in einen eher groben religiös-katholischen Einheitsbrei. Denn der Katholizis-



Mateusz Hartwich sprach über die Erinnerungskultur in Polen. Sein Beitrag wird in der nächsten Ausgabe dokumentiert. Fotos: Forster

mus gilt den Konservativen als unentbehrliche Grundbedingung für die Existenz des Landes überhaupt. Da wird überall aufgeschrieben – im Gesundheitswesen, wenn es um die Refinanzierung von künstlicher Befruchtung oder um eine Liberalisierung des rigiden Abtreibungsrechts geht, im Bildungswesen wenn es um die sensible Frage von Religions- und Ethikunterricht oder um Sexualerziehung geht. Das hilft der Tusk-Partei, sich in allen diesen Fragen liberaler zu geben als man wirklich ist. Denn den PiS-Führungsleuten liegt im Zweifelsfall das Glaubenshemd immer näher als der soziale Rock.

Polen befindet sich auf einer rasanten Aufholjagd, so ist es in den Medien geschrieben, so rasselt es tagtäglich auf die Köpfe ein. Das Land zeichnet sich durch eine hohe Dynamik in der Entwicklung aus, keine Frage, aber die wird begleitet durch viele Ungereimtheiten, die nur selten zu öffentlichen Themen gemacht werden. Die Katastrophen, die oben beschrieben wurden und selbstredend unglückliche Zufälle sind, illustrieren dennoch ganz gut diesen Zustand. ■ ■



Präsidium der Hauptversammlung der Deutsch-polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V. (v.l.n.r.) Vorsitzender Prof. Dr. Christoph Koch, Schatzmeister Manfred Feustel und stellv. Vorsitzender Dr. Friedrich Leidinger.

Zusammenfassung des Tagungsreferats

Reorganisation polnischen Lebens im Ruhrgebiet nach dem 2. Weltkrieg

Von Wulf Schade

Direkt nach der Niederlage Deutschlands 1945 versuchten einige Aktivisten der Ruhrpolen, an die Arbeit der Vorkriegszeit anzuknüpfen. Es war anfangs nur eine kleine Gruppe, denn viele der Ruhrpolen waren als deutsche Staatsbürger Soldaten in der Wehrmacht und als solche in Kriegsgefangenschaft oder in Folge der Kriegshandlungen gestorben oder verletzt. Erschwert wurde die Reorganisierung der Arbeit als polnische Minderheit noch durch die unterschiedliche politische Orientierung ihrer Aktivisten. Neben der volksrepublikanischen Regierung in Warschau existierte in London eine Exilregierung, die sich mit der sozialistischen Orientierung Volkspolens nicht abfinden wollte.

Diese Situation führte in den 1950er Jahren zur Spaltung des alten Polenbundes. Auf der einen Seite befand sich der unter dem alten Namen fungierende, der Exilregierung nahe stehende Bund der Polen in Deutschland (Związek Polaków w Niemczech-ZPwN), auf der anderen der die Regierung in Warschau anerkennende ZPwN „Zgoda“ (Eintracht).

Kampf um Rehabilitierung und Entschädigung

Parallel dazu führte der ZPwN einen zähen Kampf um die Rehabilitierung der Vorkriegsorganisation. Deren Liegenschaften und Bankeinlagen wollte man von der Bundesrepublik Deutschland, die sich selbst als Nachfolgestaat des Dritten Reiches betrachtete, zurückbekommen bzw. dafür entschädigt werden. Anfangs versuchten die deutschen Behörden, die Ansprüche des ZPwN auf die Zeit nach einem Friedensvertrag mit Polen zu vertagen, so als seien die Ruhrpolen keine deutschen Staatsangehörigen gewesen. Gleichzeitig aber taten sie alles, damit von der Übersiedlungswelle nach Polen die polnischen Bergleute als deutsche Staatsbürger vorerst ausgenommen wurden. „Mit dem 10. März hat der Kontrollrat die Genehmigung zur Repatriierung der sogenannten Westfalenpolen erteilt. (...) Ausgenommen von der Rückwanderung sind vorerst die Angehörigen der Mangelberufe, wozu auch der Bergbau gehört. Die erste Entscheidung

darüber liegt beim Arbeitsamt bzw. beim Landesarbeitsamt“, hieß es in der WAZ vom 20. März 1948.

Zwar gelang es 1952, das alte Haus in Bochum, in dem sich die Regionalleitung des ZPwN der Zwischenkriegszeit befand, per Gerichtsspruch zurückzubekommen, aber bis eine Entschädigung für die beschlagnahmten Bankeinlagen, das verlorene Mobiliar, die Bibliotheken des ZPwN usw. anerkannt und endlich ausgezahlt wurden, vergingen wiederum 15 Jahre. Erst als 1967 diese Summe von 500.000 DM ausgezahlt wurde, war die Grundlage für eine systematische Reorganisation des ZPwN gegeben. Festzuhalten dabei ist allerdings, dass Entschädigungen für die Verluste der einzelnen Vereine und wirtschaftlichen Unternehmen – Bankeinlagen, Büro- und Bibliotheksräume und ihre Ausstattung, Unterrichtsmaterialien des Schulvereins, Musikinstrumente der Chöre, Turngeräte der Sokol-Turnvereine, Verlagsgesellschaften usw. – niemals von der Bundesrepublik geleistet wurden.

Mit der Regelung über die materiellen Güter des ZPwN waren aber noch nicht die individuellen Entschädigungsansprüche der wegen ihres Polentums zeitweise oder dauerhaft in die verschiedenen KZs eingewiesenen Personen erfüllt. Hier gibt es bis heute – das Jahr 2010 – nur insofern eine Lösung, als wahrscheinlich niemand mehr von diesen Opfern des Naziregimes lebt. Die beschämende Taktik der Bundesrepublik Deutschland ist aufgegangen! Neben der Verschleppung prozessualer und nichtprozessualer Vorgänge bestand die Hauptargumentation zur Ablehnung der Ansprüche in der Behauptung, dass die Polen nicht wegen ihrer ethnischen Herkunft oder politischen bzw. religiösen Einstellung verfolgt worden seien, sondern nur deshalb, weil sie überaus radikal ihre nationalistischen Ziele verfolgt und öffentlich zur Schau gestellt hätten...

Die Auszahlung der Entschädigung an den ZPwN in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre führte zu einem deutlichen Aufschwung seiner Arbeit, der gut 20 Jahre dauerte. Die Gründe für den dann folgenden starken Rückgang in den 1990er Jahren waren un-

terschiedlich. Es gelang nicht, die eigene Jugend dauerhaft an die Organisation zu binden und damit eine absehbare Überalterung zu verhindern, wie es auch nicht gelang, die anderen polnischen Bevölkerungsgruppen, die sich nach Ende des Krieges in der BRD organisierten bzw. sich hier ansiedelten, an die Organisation zu führen: seien es z. B. die nach dem Krieg in der BRD verbliebenen ehemaligen polnischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die sogenannten DiPis (Displaced Persons), die mehrere 100.000 Personen zählten oder sei es die ebenfalls 100.000de Personen zählende Zuwanderung, die in der Zeit von 1980 bis Anfang der 1990er Jahre meist aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen, oftmals mit dem Aussiedlerstatus versehenen in die BRD wechselten. Ein bedeutender Grund lag aber auch darin, dass sehr viele Mitglieder nach dem Systemwechsel in Polen, mit dem der Wegfall des Pflichtumtausches bei einem Besuch Polens einherging, den Bund verließen. Die Mitglieder hatten nämlich nur die Hälfte des Umtausches zu zahlen.

Polnische Strukturen 2010 am Beispiel Bochum

Von den insgesamt Ende 2008 in Bochum wohnenden knapp 25.000 Bürgern und Bürgerinnen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit besitzen etwa 2.500 die polnische Staatsangehörigkeit. Sie bilden nach den Arbeitsmigranten aus der Türkei – gut 10.000 Personen – somit die zweitstärkste Personengruppe mit ausländischem Pass. Dazu kommen noch sogenannte ‚illegal‘ hier lebende Polinnen und Polen sowie diejenigen, die als Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit aufgrund des deutschen Staatsangehörigkeitsgesetzes nach Deutschland übersiedelten, aber sich selbst oder deren Familienangehörige sich weiterhin zum polnischen Kulturkreis zugehörig fühlen. Hierüber gibt es keine Zahlen.

Die Zeit, als Bochum noch das polnische Zentrum der Region war, ist Geschichte. Zwar hört man sehr häufig Menschen – sowohl ältere wie jüngere – auf der Straße, in der Straßenbahn, in Gaststätten usw. Polnisch sprechen und das durchaus selbstbewusst, aber eine umfassende polnische Struktur haben sie nicht geschaffen. Es gibt auch einzelne Einrichtungen wie die Polnische Diskothek „Sobieski“ (Polska Dyskoteka „Sobieski“), ein schlesisches Lebensmittelgeschäft im Wohnumfeld der Universität und einen schlesischen Metzger auf den Wochenmärkten, darüber

hinaus gibt es in Bochum zur Zeit wohl nichts mehr: die beiden polnischen Restaurants in der Innenstadt wie in Laer haben genauso wieder geschlossen wie ein Begräbnisinstitut auf der Wittener Straße in Altenbochum. Die nunmehr 16jährige Partnerschaft zwischen der Kolpingfamilie Bochum Linden und der von Krakau-Nowy Bieżanów hat seinen Ursprung nicht in der polnischen Bevölkerung Bochums.

Die Situation in den anderen Städten des Ruhrgebietes ist ähnlich. Dort gibt es ebenfalls einige polnische oder schlesische Geschäfte, Restaurants o. ä., aber diese stehen vereinzelt da. Nur selten repräsentieren sie ein polnisches Milieu innerhalb ihrer Stadt oder besitzen eine Ausstrahlung über die Stadt hinaus wie die Bochumer Diskothek „Sobieski“ oder das Oberhausener Restaurant „Gdańska“. Eine umfassende polnische Infrastruktur ähnlich der, wie sie sich oftmals die Migrantinnen und Migranten aus der Türkei in Form von Lebensmittelgeschäften, Reisebüros, Frisören, Metzgern, Bäckern usw. in einzelnen Stadtteilen oder Straßenzügen geschaffen haben, existiert offensichtlich nicht. Ähnliches gilt auch für ein polnisches Vereinswesen.

Private, individuelle Hilfe statt ausgebauter Struktur

Die Ursache für diese Entwicklung ist wohl darin zu suchen, dass zwei in der Vergangenheit bedeutende Milieugruppen, die ein polnisches Vereinswesen trugen, nicht mehr oder so gut wie gar nicht mehr vorhanden sind. Die hier als erstes zu nennende und einst starke Gruppe der organisierten Ruhrpolinnen und Ruhrpolen existiert im Ruhrgebiet nicht mehr. Bis vor zwei Jahren traf sich in Bochum noch eine Ortsgruppe, d. h. ein Kreis älterer Menschen (6-8 Frauen und zwei Männer) regelmäßig einmal im Monat im Haus des Bundes der Polen. Dieser Kreis wurde vor allem aus Altersgründen in den letzten Jahren ständig kleiner und löste sich im Januar 2009 auf.

Die zweite Gruppe, die so etwas wie ein polnisches Vereinsleben – Diskussionsrunden, Theater- und Lesegruppen, Hilfsmaßnahmen für Internierte u.a.m. – schuf, bildete sich um die Flüchtlinge der Solidarność-Bewegung in den 1980er Jahren. Diese Solidaritätskreise an der Universität und in kirchlichen Gemeinden oder das „Übersetzungsbüro Bossek“ auf der Dorstener Straße, in dem man in den 1980er Jahren polnische oppositionelle Literatur und Zeitschriften kaufen konnte

und dessen Besitzer mit anderen oppositionellen Gruppen in Kontakt stand, existieren nicht mehr. Die Mitglieder haben nach der Ablösung des sozialistischen Systems in Polen diese Vereinigungen aufgelöst und viele von ihnen sind nach Polen zurückgekehrt.

Die Frage bleibt, warum sich die in Bochum angesiedelten Menschen aus Polen wenn schon keine ökonomische Infrastruktur so auch keine bescheidene Vereinsstruktur geschaffen haben. Es spricht einiges für die Meinung einer aus Polen stammenden und in Bochum wohnenden Psychologin, die im Gespräch feststellte, dass mehrere Faktoren für ein erfolgreiches ‚eigenes‘ Vereinsleben fehlen: Die meisten der hier wohnenden polnischen Menschen benötigen eine Vereinsstruktur für die Bewältigung bürokratischer Vorgänge mit den deutschen Behörden nicht oder nicht mehr. Die Mehrzahl hat sich bereits eingelebt und kann ‚Neuankömmlingen‘ über persönliche Kontakte Hilfestellung leisten. Auch für das Leben der polnischen Kultur benötigt man nicht unbedingt ein Vereinsnetz. Diese kann man einerseits im privaten Kreis weiterleben und andererseits kann man auch schnell nach Polen fahren bzw. immer häufiger auch ‚mal eben dorthin‘ fliegen. Der Kauf von polnischen Presseerzeugnissen stellt kein Problem dar, an jedem größeren Bahnhof kann man Zeitschriften aus Polen sowie auf Deutschland bezogene Polnisch sprachige Presse mit Nachrichten und Informationen erstehen. Darüberhinaus haben sich viele auch gar nicht festgelegt, ob sie auf Dauer hier bleiben wollen, was durchaus auch für die Deutschstämmigen gilt, die oftmals zwei Pässe besitzen. In Deutschland zu arbeiten und die Familie in Polen zu haben, ist durchaus möglich.

Festzustellen ist auch, dass sich ein großer Teil der aus Polen stammenden Bevölkerung längst nicht mehr in erster Linie entlang ethnischer Linien bewegt. So besteht die in Bochum beheimatete und in einigen Nachbarstädten mit Aufmerksamkeit verfolgte Kunstinitiative „Rottstr. 5“ zwar mehrheitlich aus Personen polnischer Herkunft und deshalb dominieren auch polnische Themen, aber aktive Mitglieder sind auch Deutsche, Kurden und Personen weiterer Nationalitäten.

Die Polnische Katholische Mission – eine funktionierende Struktur

Für diejenigen aber, denen das nicht ausreicht, ist die Polnische Katholische



Wulf Schade

Mission eine Alternative oder auch nur Ergänzung. Hier existiert etwas, was man polnische Struktur nennen kann, organisiert um den sonntäglichen katholischen, polnisch-sprachigen Gottesdienst in der Kirche St. Joseph, Stümeyerstraße. Um ihn herum hat sich eine kleine Infrastruktur entwickelt, die bereits seit Jahrzehnten besteht. Zur Zeit gibt es dort einen Zeitungs- und Zeitschriftenhändler mit aktuellen Presseerzeugnissen aus Polen: Tages- und Wochenzeitungen aller politischen Richtungen, Unterhaltungsjournale, Fachzeitschriften, auch Polnisch sprachige Bücher. Daneben gibt es verschiedene private Paketdienste nach Polen, die laufend aber v. a. rund um die Feiertage wie Ostern, Weihnachten und Nationalfeiertage genutzt werden. Abgerundet wird diese Situation noch durch einen schlesischen Konditoreiwagen, an dem man Kuchen nach polnischen und schlesischen Rezepten kaufen kann. Die gesamte ‚Geschäftssprache‘ auf dem Gottesdienstplatz ist Polnisch.

Die Polnisch sprachige Messe am Sonntag ist immer sehr gut besucht. Umrahmt wird die Predigt oftmals durch den eigenen Kirchenchor. Diese Messen – in Bochum finden neben der Hauptmesse am Sonntag um 11 Uhr, noch dienstags, freitags und samstags um 18.30 kleinere Messen statt – werden von der „Polnischen Katholischen Mission Bochum-Gelsenkirchen-Bottrop“ (Polska Misja Katolicka-PMK) organisiert. Die PMK ist dem Bistum in Essen unterstellt. Die polnische Gemeinde hat einen eigenen Pfarrgemeinderat und eine eigene, auf die Polnisch sprachigen Gläubigen ausgerichtete Seelsorgestruktur. Es wird

das „Seelsorgeinformationsblatt“ herausgegeben, das „Biuletyn duszpasterski“. So werden im Gemeindezentrum an der Stymeierstraße Vorbereitungen auf die heilige Kommunion, Jugend- und Erwachsenen-katechese wie auch Rosenkranzgebete in polnischer Sprache organisiert. Es existiert auch eine Kinder-Schule.

Polnischer Sprachunterricht für Kinder und Jugendliche

Seit dem Jahr 2001 gibt es in Bochum einen polnischen Sprachunterricht als muttersprachlichen Unterricht. Er findet in den Räumlichkeiten des Gymnasium am Ostring montags bis donnerstags zwischen 15 Uhr und 19 Uhr statt. An ihm nehmen etwa 150 Kinder und Jugendliche teil. Die den Unterricht durchführende Lehrerin ist Mitglied des „Lehrerbundes für die Polnische Sprache“ (Związek Nauczycieli Języka Polskiego) und wird stundenweise für den Unterricht vom Schulamt Bochum bezahlt.

Der Unterricht wird in acht nach Jahrgangsklassen organisierten Gruppen durchgeführt. Nach der 10. Klasse können die Schülerinnen und Schüler eine Sprachprüfung ablegen, die - mit der Note 2 oder 1 abgeschlossen - auch eine 5 in einer anderen Sprache an der regulären Schule ausgleichen kann. Teilnehmen an diesem kostenlosen Unterricht können alle Kinder und Jugendlichen, die sich dazu anmelden. Bekannt gemacht werden diese Kurse durch Informationen des Schulamtes an den Grundschulen, in verschiedenen kommerziellen Zeitungen (z. B. samo życie, info&tips) oder auch im „Seelsorgeinformationsblatt“ der Bochumer PMK.

Interessant dabei ist, dass die ganz überwiegende Zahl der Kinder aus Spätaussiedlerfamilien stammt. Oftmals können die Eltern selbst fast kein Polnisch mehr, besinnen sich aber auf ihre Herkunft. So gut wie alle Kinder stammen aus Real-, Gymnasial- wie aus Gesamtschulen. Hat man sich einmal angemeldet, muss man den Unterricht bis zum Ende des entsprechenden Schuljahres besuchen. Auf den Zeugnissen der „Stammschule“ des öffentlichen Schulsystems wird die Teilnahme am Polnischunterricht, wenn gewünscht, vermerkt.

Trotz der recht zahlreichen Teilnahme am Unterricht bildet sich an dieser Stelle kein beständiges polnisches Milieu heraus, da die Kinder aus verschiedenen Stadtteilen Bochums kommen und nach dem Unterricht sogleich wieder in ihre Familien zurück fahren. ■ ■

Ausstellung „In der Hölle von Sachsenhausen“ in der früheren Fabrik von Oskar Schindler

Orden für Professor Morsch

„Auszeichnung würdigt Experten aus Krakau und Sachsenhausen“

Anfang November wurde im Historischen Museum der Stadt Krakau in der ehemaligen Fabrik von Oscar Schindler die Sonderausstellung „In der Hölle von Sachsenhausen“ eröffnet. Anhand zahlreicher wertvoller Exponate und entlang exemplarischer Biografien erzählt sie das Schicksal von 169 Akademikern der Krakauer Jagiellonen-Universität und anderer Hochschulen, die unmittelbar nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs von den Nationalsozialisten in das KZ Sachsenhausen verschleppt wurden.

Bei der Ausstellung handelt es sich um einen Teil der 2009 in der Gedenkstätte Sachsenhausen eröffneten Sonderausstellung „Vergessene Vernichtung? Polnische und tschechische Intelligenz im KZ Sachsenhausen zu Beginn des Zweiten Weltkriegs“. Die von der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten in Kooperation mit der Jagiellonen-Universität Krakau und der Karls-Universität Prag erstellte Schau sahen Zehntausende Besucher, unter anderem auch der polnische Staatspräsident Bronisław Komorowski und Bundespräsident Christian Wulff.

Im Rahmen einer Gedenkveranstaltung, die im Collegium Novum der Jagiellonen-Universität stattfindet, wurde Stiftungsdirektor Prof. Dr. Günter Morsch mit dem Orden „Für Verdienste um die Jagiellonen-Universität“ ausgezeichnet, der durch den Rektor Prof. Dr. Karol Musiał überreicht wurde. Mit seiner dankenswerten Initiative für die Präsentation der Sonderausstellung „Vergessene Vernichtung?“ haben „Sie die öffentliche Erinnerung in Ihrem Land für die tragischen Ereignisse während der Besetzung Polens sensibilisiert, insbesondere für die Vernichtung der intellektuellen Eliten Polens, wofür die ‚Sonderaktion Krakau‘ das bekannteste Beispiel darstellt“, heißt es in einem Schreiben des Rektors der Jagiellonen-Universität an Morsch. Die Mitarbeiterin der Gedenkstätte Sachsenhausen und Kuratorin der Ausstellung, Agnes Ohm, erhielt den Orden „Plus Ratio Quam Vis“.

Stiftungsdirektor Morsch erklärte dazu vor seiner Abreise nach Krakau in Oranienburg: „Mit dieser ehrenvollen Auszeichnung würdigt die Jagiellonen-Universität ein Team von Historikern, Kuratoren, Archivaren und Experten aus Krakau und Oranienburg. Sie alle haben als Gleiche unter Gleichen in einer einzigartigen internationalen Partnerschaft eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Dabei ist eine Verbundenheit entstanden, die wir vor dem Hintergrund historischer und kultureller Unterschiede als außerordentlich wertvoll empfinden. Diese Erfahrung ist auch in einem vereinten Europa nicht selbstverständlich, dessen Bürger ihre unterschiedlichen Erinnerungen stärker miteinander austauschen sollten“, so Morsch.

Vor 71 Jahren, am 6. November 1939, verhaftete ein deutsches Sonderkommando unter dem SS-Offizier Bruno Müller in der Krakauer Jagiellonen-Universität 183 Personen, mehrheitlich Professoren und Dozenten der Universität, der Berg- und Hütten- sowie der Handelsakademie. Mit dieser „Sonderaktion Krakau“ sollte die Wiedereröffnung der Hochschulen verhindert werden. Müller hatte die Akademiker unter dem Vorwand, einen Vortrag halten zu wollen, in den Hörsaal 66 des Collegium Novum gelockt und dort alle Anwesenden festnehmen lassen. Die Verhafteten wurden zunächst in Krakau eingesperrt, bevor man sie nach Breslau verlegte. Vierzehn Professoren wurden nach internationalen Protesten freigelassen, die übrigen 169 Wissenschaftler am 28. November 1939 in das KZ Sachsenhausen verschleppt. Dreizehn von ihnen überlebten die KZ-Haft nicht. ■ ■

Die Ausstellung „In der Hölle von Sachsenhausen - Das Schicksal der Krakauer Professoren am Beginn des Zweiten Weltkriegs“, eine Ausstellung der „Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen“ in Kooperation mit der Jagiellonen-Universität Krakau, ist im Muzeum Historycznego Miasta Krakowa - Fabryka Emalia Schindlera, ul. Lipowa 4, Kraków bis zum 3. April 2011 zu sehen.

„Gedenktag für die Opfer totalitärer Regime“

Neubewertung der Geschichte?

Von Prof. Dr. Günter Morsch

Von vielen unbemerkt hat das Europäische Parlament bereits im April 2009 eine Entschließung gefasst, den 23. August, den Jahrestag des sogenannten Hitler-Stalin-Paktes, zum Gedenktag für die Opfer totalitärer und autoritärer Regime zu erklären. Prof. Dr. Günter Morsch, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und Leiter der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, hat sich in einem Aufsatz für die Blätter für deutsche und internationale Politik sowie von der Stiftung Topographie des Terrors herausgegebenen „Gedenkstätten-Rundbrief“ damit auseinandergesetzt. Wir dokumentieren den Beitrag leicht gekürzt.

Entwicklungen, Tendenzen und Probleme einer Erinnerungskultur in Europa

Unter der Überschrift »Das Jahr 1989 feiern, heißt auch, sich an 1939 zu erinnern!« erschien im August 2010 eine u.a. von der derzeitigen Bundesbeauftragten für die Unterlagen der ehemaligen Staatssicherheit der DDR und ihrem Vorgänger initiierte Anzeige in einer großen überregionalen deutschen Wochenzeitung, die von zahlreichen Persönlichkeiten, darunter von auffallend vielen Historikern gerade auch aus dem linksliberalen Spektrum, unterschrieben wurde¹. Nun lässt der Titel zunächst vermuten, dass es den Initiatoren um die Mahnung geht, in dem spätestens seit Anfang 2009 über uns herein gebrochenen multimedialen Dauergewitter der verschiedensten Aktivitäten zum 20. Jubiläum des Mauerfalls den keinesfalls ganz unwichtigen 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges zu vergessen. Doch bereits die Unterzeile enttäuscht diejenigen, die möglicherweise auf ein solches Zeichen gehofft hatten.

Es handelte sich nämlich um einer Erklärung zum 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes am 23. August 1939. Der Text enthält viele ausgewogene, sensible und richtige Sätze über die historische Bedeutung dieses Paktes der beiden Diktatoren. Doch die mit der Erklärung verbundene erinnerungspolitische Zielrichtung wird erst im letzten Satz und nur quasi en passant eingeführt. Im April, so heißt es dort, habe

¹ Die Erklärung wurde an unterschiedlichen Orten publiziert. Da die Liste der Unterzeichner nicht immer die gleiche blieb, sei auf die Seite der SED-Unrechtsstiftung www.23August1939.de verwiesen.; vgl. dazu auch meinen Kommentar »Schlachtfeld EU. Wie der Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes für einen erinnerungspolitischen Deutungskampf missbraucht wird«, in: Jüdische Allgemeine, Nr. 34 vom 20. 8. 2009, S. 1.

sich das Europäische Parlament erstmalig zu seiner Verantwortung bekannt, eine verantwortungsbewusste Erinnerungskultur aufzubauen, die die nachwachsenden Generationen für neu aufkommende autoritäre und diktatorische Entwicklungen sensibilisiert. Diesen Weg gelte es weiter zu gehen.

Wir müssen wohl oder übel davon ausgehen, dass die Unterzeichner der Erklärung wissen, welchem erinnerungspolitischen Kurs sie mit der Unterschrift implizit auch ihre Zustimmung geben. Trotzdem kann man immer wieder feststellen, dass selbst die wenigsten mit der Erinnerung und dem Gedenken in Europa sich abmühenden Experten diese doch erstaunliche und wichtige, geradezu paradigmatische Resolution des Europäischen Parlaments bisher kennen.

Noch rechtzeitig vor den Neuwahlen nämlich hat das europäische Parlament im April 2009 mit großer Mehrheit eine Entschließung angenommen, den 23. August zum Gedenktag für die Opfer totalitärer und autoritärer Regime zu erheben². Die vor allem von baltischen, tschechischen und polnischen Parlamentariern christ-

² Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus, P6 TA-PROV(2009)0213, vgl. auch den Antrag: Europäisches Parlament. Plenarsitzungsdokument vom 30. 3. 2009, Entschließung des Europäischen Parlaments zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus, RC\778929DE.doc; nach der undatierten Pressemitteilung des Pressedienstes des Europäischen Parlaments wurde die Entschließung mit 553 Ja-, 44 Nein-Stimmen und 33 Enthaltungen angenommen. Voran gegangen war eine öffentliche Anhörung am 18. 3. 2009 »European Conscience and Crimes of Totalitarian Communism: 20 Years after«, die vom »Deputy Prime Minister of European Affairs« Alexander Vondra und der »Permanent Representative of the Czech Republic to the EU« Milena Mícenová einberufen worden war.

demokratischer, liberaler und nationaler Fraktionen eingebrachte und sicherlich nicht zufällig während der Ratspräsidentschaft von Ministerpräsident Václav Klaus verabschiedete Resolution verlangt u.a. »eine umfassende Neubewertung der europäischen Geschichte«. »Europa«, so heißt es in der Entschließung, »wird erst dann vereint sein, wenn es imstande ist, zu einer gemeinsamen Sicht seiner Geschichte zu gelangen, Kommunismus, Nazismus und Faschismus als gemeinsames Vermächtnis anzuerkennen und eine ehrliche und tief greifende Debatte über sämtliche totalitären Verbrechen des vergangenen Jahrhunderts zu führen.« Um dieses Ziel zu erreichen, fordert das Europäische Parlament die »Errichtung einer Plattform für das Gedächtnis und das Gewissen Europas, die Unterstützung für die Vernetzung und die Zusammenarbeit unter nationalen Forschungsinstituten bietet, deren Fachgebiet die Geschichte des Totalitarismus ist, sowie die Errichtung eines gesamteuropäischen Dokumentationszentrums bzw. einer gesamteuropäischen Gedenkstätte für die Opfer aller totalitären Regime.«

Mit dieser als relativ umfangreichen, ausführlich begründeten, mit zahlreichen geschichtspolitischen Grundsatz- und anspruchsvollen politischen Absichtserklärungen unterlegte, von moralischen Verdikten und Urteilen voll gesogene Resolution kommt ein im Januar 1993 begonnener Meinungsbildungsprozess im Europäischen Parlament zu einem gewissen Abschluss und Höhepunkt. Fast sechzehn Jahre zuvor nämlich, im Februar 1993, hatte das Europäische Parlament eine Entschließung zum europäischen und internationalen Schutz der Stätten der von den Nationalsozialisten errichteten Konzentrationslager als historische Mahnmale angenommen³. In dieser, kaum eine halbe Seite langen, auf wenige Punkte beschränkten Resolution hatten die Parlamentarier in Sorge um die Zukunft der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten in der vormaligen DDR die Erhaltung dieser authentischen Stätten unter europäischem und internationalem Schutz verlangt. Dabei lehnten sie in ihrer nahezu einstimmigen Erklärung, die auf eine Initiative der Präsidenten internationaler Häftlingsvereinigungen zurückging, »jeg-

³ Entschließung zum europäischen und internationalen Schutz der Stätten der von den Nationalsozialisten errichteten Konzentrationslager als historische Mahnmale v. 11. 2. 1993, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft v. 15. 3. 1993, Nr. C 72/118ff.

liche willkürliche Verquickung zwischen der Realität der nationalsozialistischen Lager und ihrer etwaigen Nutzung nach dem Krieg« – gemeint sind vor allem die sowjetischen Speziallager in Sachsenhausen und Buchenwald – dezidiert ab.

Der Wandel der Erinnerungskultur

Der Vergleich beider Entschließungen verdeutlicht den tief gehenden, enormen Wandel, den die Erinnerungskultur in Europa in den letzten Jahren erfahren hat. Innerhalb von nur 16 Jahren haben sich erinnerungspolitische Prinzipien und Grundhaltungen in wichtigen Fragen fast in ihr Gegenteil verkehrt. Dieser Wandlungsprozess lässt sich m.E. vor allem an zwei Entwicklungen festmachen: Zum einen scheint der »lange Weg, um in der europäischen Erinnerungskultur eine gewisse Gleichheit« zwischen der Erinnerung an beide totalitäre Diktaturen zu erreichen, anders als die ehemalige lettische Außenministerin Sandra Kalniete noch im Oktober 2007 befürchtete⁴, inzwischen bereits an seinem Ziel angekommen zu sein. Die vor allem von den neuen Mitgliedsstaaten der EU in Ostmitteleuropa nicht zu Unrecht geforderte Integration ihres jeweils spezifischen Gedächtnisses an die über vierzigjährige Phase kommunistischer Unterdrückung in die gesamteuropäische Erinnerungskultur wird grundsätzlich nicht mehr in Zweifel gezogen.

Die zweite, keinesfalls weniger wichtige, Veränderung in den vergangenen Jahren besteht darin, dass in vielen Ländern Europas und eben auch im Europäischen Parlament ein immer stärkerer Wille heran gewachsen ist, die unterschiedlichen Erinnerungskulturen durch eine neue Form von Geschichtspolitik auf der Basis einer gemeinsamen europäischen Meistererzählung zu vereinen und damit die Vergangenheit für gegenwärtige politische Ziele viel stärker und viel eindeutiger als bisher zu instrumentalisieren. Welche Gründe haben zu diesem in historischen Zeiträumen eher raschen Wandlungsprozess geführt und was sind seine Folgen?

Ein neues »Zeitalter des Gedenkens«

Es scheint also offensichtlich zu sein, dass mit dem Ende des Kalten Krieges, dem Zusammenbruch der alten ideolo-

⁴ Sandra Kalniete, *Eine gemeinsame Geschichtserzählung für Europa?*, in: Thomas Großbölting, Dirk Hoffmann (Hrsg.), *Vergangenheit in der Gegenwart. Vom Umgang mit Diktaturerfahrungen in Ost- und Westeuropa*, Göttingen 2008, S. 131–139, hier S. 133.

gischen Frontstellungen sowie mit der Entwicklung globaler Kommunikation und Wirtschaft ein Gesellschaften und Staaten gleichermaßen durchdringender Erinnerungsboom eingesetzt hat. In der Folge werden verschwiegene und vertuschte Verbrechen aufgedeckt, vergessene und diskreditierte Opfer werden öffentlich geehrt, Angehörige erhalten Auskunft über die Gräber ihrer Toten, die Überlebenden erfahren eine späte Anerkennung und Täter werden auch Jahrzehnte nach ihren Verbrechen zur Rechenschaft gezogen. In vielen Ländern führte der »memory boom« zu einem grundsätzlichen Wandel der Erinnerungskultur und dieser kam in erster Linie auch den Gedenkstätten zugute, die eine bis dahin kaum gekannte Aufmerksamkeit und Anerkennung erfuhren. Doch mit dem Ende der Tabus und des Schweigens setzte gleichzeitig ein erbitterter Deutungskampf ein: die alten Feindbilder werden hervor gezerrt, Risse zwischen gesellschaftlichen Gruppen, Ethnien und Staaten reißen auf, Opferkonkurrenzen entstehen, Parteien und Regierungen formen die wieder aufgebrochenen Ressentiments in »Erinnerungs- bzw. Vergangenheitspolitiken« um. Geschichte wird zur Waffe und in Extremfällen, wie z.B. beim Zerfallsprozess Jugoslawiens und der Sowjetunion, wird auch wirklich geschossen. Voller Entsetzen über »Europas bedrückende Erbschaft« schreibt der Schriftsteller, Nobelpreisträger und Überlebende mehrerer Konzentrations- und Vernichtungslager Imre Kertész: »Wer hätte geglaubt dass sich die »samtene Revolution« für die osteuropäischen Völker als Zeitmaschine erweisen würde, die mit ihnen nicht vorwärts, sondern rückwärts in die Zeit abhebt, und dass sie ihre Kinderspiele nun dort fortsetzen würden, wo sie sie etwa 1919, am Ende des Ersten Weltkrieges, abgebrochen hatten.«⁵

Die Wiederbelebung nationaler Mythen, Illusionen und Ängste ist keinesfalls auf die neuen Beitrittsländer der EU beschränkt. Als ein weiteres Beispiel für einen über Fragen der Erinnerung aufbrechenden gesellschaftlichen Spaltungsprozess sei die belgische Debatte um die Einrichtung eines Museums in Mechelen zum Thema Judenverfolgung genannt. Über die Frage, ob »Transit Mechelen« ein »klassisches« Holocaust-Museum sein soll oder ein Ort, an dem die Gesamtgeschichte von Verfol-

⁵ Imre Kertész, *Europas bedrückende Erbschaft*, in *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1–2/2008 v. 31. 12. 2007, S. 3–6, hier S. 6.

gung und Völkermord in den vergangenen Jahrhunderten behandelt wird, prallten nicht nur die üblichen Opferkonkurrenzen aufeinander, sondern brachen tief gehende Debatten über nationale Geschichtsbilder und Identität auf⁶. Alle diese völlig unterschiedlichen erinnerungspolitischen Konflikte verbindet die Suche nach eindeutigen, einheitlichen, transnationalen und moralisch unangreifbaren Interpretations- und Deutungsrahmen für die vor allem in der Geschichte des Zwanzigsten Jahrhunderts stattgefundenen Kriege und Verbrechen.

Schlachtfeld Europa?

Angesichts solcher zunehmender erinnerungspolitischer Auseinandersetzungen in Europa liegt der Versuch nahe, die Konstituierung einer einheitlichen europäischen Erinnerungskultur per Dekret und von oben zu erzwingen. Der deutsche Politikwissenschaftler Claus Leggewie hat kürzlich auf dem, wie er es nennt, »Schlachtfeld Europa«⁷ insgesamt sieben Kreise »transnationaler Erinnerungen« identifiziert, die miteinander um die Bildung eines kollektiven europäischen Gedächtnisses wetteifern, bzw. in sie einfließen müssen. Die beiden bedeutendsten und einflussreichsten Meistererzählungen sind dabei zweifellos die so genannte »Holocaust Education« einerseits und die Totalitarismustheorie andererseits.

Der Stockholmer Erklärung im Zusammenhang mit der Gründung einer Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research im Jahr des Jahrtausendwechsels wurde allein durch Anwesenheit von 47 Regierungschefs und anderen wichtigen Staatsvertretern, unter ihnen der amerikanische Präsident, ein politisch kaum zu übertreffender Nachdruck verliehen. »Auf der Basis des Schlimmsten« (Henry Rousso) sollte die Neugründung Europas versucht werden. Ausgehend von der Singularitätsthese wurde der Völkermord an den europäischen Juden als das absolut Böse zum negativen Fixpunkt einer einheitlichen europäischen und globalen Erinnerungskultur deklariert. In einer Vielzahl von Konferenzen definierten Heerscharen

⁶ Georgi Verbeeck, *Erinnerungspolitik in Belgien*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 8/2008 v. 18. Februar 2008, S. 25–31.

⁷ Claus Leggewie, *Schlachtfeld Europa. Transnationale Erinnerung und europäische Identität*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 2/2009, S. 81–94.

von Experten und Diplomaten pädagogisch-didaktische Standards, entwickelten praktische Handlungsanleitungen für die Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus und verpflanzten mittels Patenschaften teilweise privat finanzierte Holocaust-Museen in verschiedene Länder. In der breiten europäischen Öffentlichkeit hat vor allem die Einführung des 27. Januar als »Holocaust-Gedenktag« eine größere Wirksamkeit entfaltet.

Was aber als Angebot eines negativen Gründungskonsenses in Europa gedacht war, entwickelte sich für die ostmitteleuropäischen Länder zum, wie es Tony Judt genannt hat, Entrebillet für die Europäische Union. Dort vor allem regte sich daher zunehmend Widerstand. Man empfand die eigene Erfahrung mit dem Terror des kommunistischen Systems als sehr viel drückender. Auch andere west- und nordeuropäische Staaten, die eher an der Peripherie des genozidalen Prozesses lagen, fanden ihre eigenen nationalen Erinnerungen in dem Konzept der »Holocaust-Education« nicht aufgehoben. Historiker und andere Experten schließlich kritisieren vor allem eine Entkontextualisierung des Völkermordes, seine kausale Reduktion auf den Antisemitismus, die Ausblendung anderer Opfergruppen und die mit dem Konzept der Universalisierung von Auschwitz verbundene Tendenz einer Anthropologisierung der Tat.

Mit der Wiederbelebung der in Zeiten des Kalten Krieges maßgeblich entwickelte Totalitarismustheorie schließlich war mehr als nur der Versuch verbunden, die historischen Erfahrungen der neuen Mitgliedsländer in das europäische Gedächtnis zu integrieren. Dass die Millionen Opfer des kommunistischen Terrors in gleichem Maße ein Anrecht auf Gedenken und Erinnerung haben sollen wie die NS-Opfer, wer wollte daran zweifeln. Anders aber als die Holocaust-Education erhebt die Totalitarismustheorie den Anspruch, KZ-Gedächtnis und Gulag-Gedächtnis zu synthetisieren. Dabei geht es nicht um den wissenschaftlich legitimen, gar unverzichtbaren Vergleich von Völkermord und Verbrechen, sondern es geht trotz aller Dementis in den Sonntagsreden um eine Gleichsetzung a priori. Während man offiziell beteuert, das Leid der Opfer nicht gegeneinander aufrechnen zu wollen, um nicht Opfer erster und zweiter Klasse zuzulassen, sucht man zur gleichen Zeit nach historischen Analogien, die die essentiellen Übereinstimmung der Verbrechen belegen sollen. Denn vom

Blickwinkel der Opfer aus, so heißt es in der eingangs genannten Entschließung des Europaparlaments zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus, sei es unwesentlich, welches Regime sie aus welchem Grunde auch immer ihr Freiheit beraubte und sie folterten oder ermorden ließ.

Strategische Entkontextualisierung

Wenn z.B. die Verwüstung Warschaus 1944 und die Ermordung Hunderttausender als schlimmstes Beispiel einer »kooperativen Zerstörung«⁸ von Sowjetunion und Nazi-Deutschland oder wenn die Erschießungen der polnischen Offiziere durch den sowjetischen Geheimdienst in Katyn und die Massenmorde von SS und Wehrmacht an den Vertretern der polnischen Eliten als das Ergebnis eines gemeinsamen oder zumindest übereinstimmenden Plans bewertet werden, dann tritt die Analyse historischer Kontexte und Ursachen hinter moralische Verdikte zurück. Es geht nicht mehr um Erklärung und Begründung historischer Ereignisse und Prozesse, sondern nur noch um Gedenken und Verurteilung. Derart entkontextualisiert kann dann, wie im folgenden Zitat des bekannten britischen Historikers Norman Davies deutlich wird, im Vergleich zwischen Stalinismus und Nationalsozialismus eine Umbewertung der Verbrechen vorgenommen werden. »Man könnte im Lichte des späteren Kurswechsels sogar sagen«, so schreibt Norman Davies in seinem Buch »Im Herzen Europas. Geschichte Polens«⁹, »dass der sowjetische Terror den der Nazis während dieser Phase (gemeint ist 1939–41, G.M.) in mancher Hinsicht übertraf. Das stalinistische System hatte, was die Techniken und die Logistik des Terrors angeht, einen Vorsprung gegenüber den Nazis, da es während der kurz zurück liegenden Säuberungen im eigenen Land den dazu erforderlichen Apparat aufgebaut hatte. Während die Deutschen noch an ihren Vorbereitungen für Auschwitz oder Treblinka feilten, konnten die Sowjets die Vermehrung der Bevölkerung ihres »Archipel Gulag« um ein paar Millionen Polen und Westukrainer ohne größere Schwierigkeiten verkraften. Sie zogen es zwar vor, ihre Opfer einem allmählichen, langsamen Sterben durch Kälte und Hunger zu verurteilen, während

⁸ Timothy Snyder, *Diktaturen in Osteuropa: Regionalgeschichte oder europäisches Erbe?*, in: T. Großbölting/ D. Hofmann (Hrsg.), *Vergangenheit in der Gegenwart*, S. 33–42, hier S. 36.

⁹ München 2000, S. 61.

die Nazis der raschen Tötung den Vorzug gaben – und wer kann sagen, was humaner war –, doch das Ergebnis war praktisch dasselbe.« Nicht nur dass der weithin anerkannte britische Historiker damit die gesamte Vorgeschichte des KZ-Systems, von Dachau über Sachsenhausen bis nach Buchenwald, Flossenbürg und Mauthausen, übergeht, er unterschlägt auch, dass die meisten Opfer des Holocaust durch Einsatzgruppen im wahrsten Sinne des Wortes abgeschlachtet wurden. Schließlich nähert er sich bedenklich jener Selbsteinschätzung der Massenmörder an, die für sich selbst in Anspruch nahmen, mit den Gaskammern eine »humanere« Form der Menschenvernichtung erfunden zu haben.

Exempel 23. August 1939

Die problematischen Folgen der Konstituierung einer einheitlichen europäischen Erinnerungskultur per Dekret lassen sich sehr gut an der Einführung des 23. August als Gedenktag für die Opfer totalitärer und autoritärer Diktaturen zeigen.

Indem die Wahl auf den Tag der Vertragsunterzeichnung des so genannten Hitler-Stalin-Pakts gelegt wird, besteht die Gefahr, den Beginn des Zweiten Weltkrieges aus seinen historischen Kausalitäten heraus- und in ein neues Geschichtskonstrukt aufzulösen. Es wird der Eindruck erweckt, als seien Krieg und Völkermord nach dem 1. September 1939 das Ergebnis eines Konfliktes zwischen den totalitären Diktaturen auf der einen Seite und demokratisch liberalen Staaten auf der anderen Seite gewesen. Nichts ist falscher als das, denn der Entschluss der Nationalsozialisten, Polen zu überfallen, stand spätestens seit 1933 aufgrund seiner rassistisch und antisemitisch bestimmten Lebensraumdeologie weitgehend fest, wohingegen die Sowjetunion durchaus ernsthaft mindestens bis zum Münchener Abkommen nicht nur mit den Westmächten, sondern auch mit Polen über ein Abkommen verhandelte. Und schließlich war das damalige Polen ein autoritärer, teilweise nationalistischer und antisemitischer Staat, der sich kurz zuvor selbst an der so genannten Zerschlagung des einzigen demokratischen und liberalen osteuropäischen Staates, nämlich der anders als Polen den deutschen Exilanten und Widerstandskämpfern Heimstatt und Schutz gewährenden Tschechoslowakei, im Geleitzug der nationalsozialistischen Eroberungspolitik beteiligt hatte, alles andere als das Gegenbild einer totalitären Diktatur also.

Um nicht missverstanden zu werden, will ich hinzufügen, dass wir andererseits selbstverständlich mit Akzeptanz und Verständnis den subjektiven Leidenserfahrungen begegnen müssen, wie sie erst kürzlich von Andrzej Wajda in seinem preisgekrönten Film »Das Massaker von Katyn« eindrucksvoll dargestellt wurden. Beide Invasoren fielen mit ähnlichem Terror über Polen und insbesondere über die polnischen Eliten her und begingen zahllose Verbrechen. Zurecht warnt daher Alaida Assmann, dass die nachträgliche Einsicht in einen historischen Zusammenhang nicht die Wahrheit der punktuellen Erfahrungen mundtot machen darf¹⁰. Allerdings muss sie eingeordnet werden. Gedenkstätten dürfen bei der Darstellung und Ausdeutung der Leidenserfahrungen nicht stehen bleiben, wollen sie nicht einem unversöhnlichen Solipsismus Vorschub leisten. So nimmt der Versuch, eine antitotalitäre Erinnerungskultur in Europa durch Beschluss des europäischen Parlaments zu stiften, eine in ihren Folgen noch nicht absehbare, bedenkliche Entkontextualisierung zum Preis der Verwischung klarer historischer Kausalitäten und eindeutiger Verantwortlichkeiten in Kauf.

Nun wird auch deutlich, wie ernst es die Verfasser der Entschließung zum Gewissen Europas tatsächlich mit der im Begründungstext explizit ausgeführten »umfassenden Neubewertung der europäischen Geschichte« meinen. Es geht ihnen nicht nur um eine Würdigung der Opfer des kommunistischen Terrors – dafür hätte sich das Datum der Oktoberrevolution als Gedenktag möglicherweise besser geeignet – sondern Ziel ist die Erhebung einer politischen Theorie in den Rang einer für Europa verbindlichen, konkurrierende Erklärungsmodelle verdrängenden Meistererzählung.

Umkämpfte Orte im »Krieg der Erinnerung«

Viele Autoren und Wissenschaftler beschreiben den Prozess der Herausbildung einer neuen kollektiven europäischen Erinnerungskultur mit drastischen Worten. Man spricht von »Schlachtfeldern«, »Deutungskämpfen«, »Waffen«, »Mobilisierungen«, »Feinden«, »Trennlinien«, »Schutzgräben« oder sogar unverhohlen, wie Harald Welzer, vom »Krieg der Erinnerung«¹¹. Auch

¹⁰ Alaida Assmann, *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München 2006, S. 269.

¹¹ Harald Welzer (Hrsg.), *Der Krieg der Erinnerung. Holocaust, Kollaboration und Widerstand im europäischen Gedächtnis*, Frankfurt/Main 2007.

andere Begriffe aus der Militärsprache werden benutzt, um die ausgebrochenen Konflikte um die europäische Erinnerungspolitik zu charakterisieren. Als Leiter einer Gedenkstättenstiftung, der den Konflikten und Erinnerungskonkurrenzen seit Jahren ausgesetzt ist, kann ich die Auswahl des Vokabulars durchaus nachvollziehen. Wir müssen uns daher als Vertreter von Gedenkstätten und zeithistorischen Museen sehr klar bewusst machen, dass unsere Orte in diesem Deutungskampf um die Erinnerung Europas nach dem Willen mancher Regierungen, Parteien und Interessengruppen einen nicht unerheblichen Teil der Waffen schmieden sollen, mit denen er geführt wird. Wo die Deutung der Vergangenheit zum Instrument politischer Einflussnahme wird, werden in rascher Folge Museen und Gedenkstätten gegründet, ausgebaut oder neu konzipiert, um die jeweilige Interpretation der Geschichte in Stein, Beton oder Glas einzufrieren.

Auch aus der Perspektive der Gedenkstättenpädagogik ist der Prozess der Entkontextualisierung und Entdifferenzierung zugunsten von historischen oder gar anthropologischen Lehrsätzen, die unterschiedliche Verbrechenskomplexe umgreifen sollen, zu hinterfragen. Kann wirklich alles Böse dieser Welt aus dem Systemunterschied zwischen totalitären und offenen Gesellschaften zurückgeführt werden? Sind danach bereits die Opfer der (nicht-totalitären) Militärdiktaturen z.B. Opfer zweiter und folglich die Toten des Ersten Weltkrieges Opfer dritter Klasse? Zu welcher Kategorie gehören die Toten der Massenmorde von Srebrenica oder Darfur? Lohnt es sich überhaupt noch der 15 000 Opfer des Massakers von Sétif zu gedenken, das ausgerechnet am 8. Mai 1945 von französischen Truppen an der algerischen Bevölkerung verübt wurde?

Es ist schließlich danach zu fragen, inwieweit die Meistererzählungen, ob nun Holocaust-Education oder Totalitarismustheorie, als transnationales Hermeneutikum taugen? Wieviel Anteil an der expansiven Politik des Nationalsozialismus hat die Geschichte Deutschlands spätestens seit dem unverarbeiteten Trauma des Ersten Weltkrieges und wieviel erklärt sich aus der totalitären Struktur des NS-Systems? Wieviel an der Unterjochung Ostmitteleuropas durch die Sowjetunion nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist russische Machtpolitik und wie viel stalinistisches System steckt darin? Die Stärke der Totalitarismustheorie liegt m. E. eher in der

Erklärung innergesellschaftlicher Prozesse von Diktaturen, doch für das wechselhafte Verhältnis zwischen den europäischen Staaten im Zwanzigsten Jahrhundert scheinen mir beide Meistererzählungen zu wenig Erklärungskraft zu besitzen.

Zankapfel Zentrum gegen Vertreibung

Auch die in Deutschland, Polen und Tschechien mit großer Heftigkeit geführte Debatte um das geplante Zentrum für Vertreibungen belegt, dass der Versuch einer Neukontextualisierung durch Europäisierung andere, aber keinesfalls weniger brisante Probleme aufwirft. Die gerade von liberaler und kritischer Seite vorgebrachte Forderung, das Thema in einen europäischen Kontext einzubetten, in der Hoffnung, so die außerordentlich emotionalen, die zwischenstaatlichen und nachbarschaftlichen Beziehungen ernsthaft gefährdeten Konfliktlagen zu entschärfen, droht, sich in das Gegenteil der ursprünglichen Intention zu verkehren. Aus der Asche eines mit ganz unterschiedlichen Vertreibungsgeschichten in Europa angereicherten Diskurses entsteigt ein neues Erklärungsmodell, wonach spätestens seit dem 19. Jahrhundert im Prozess des »nation building« ethnische Säuberungen von allen Seiten betrieben wurden. Die millionenfache und brutale Vertreibung der Deutschen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erscheint in diesem Lichte daher weniger als primäre Folge der vorangegangenen NS-Verbrechen. Vielmehr boten sie, so die Meinung einiger, vor allem konservativer Historiker, nur den willkommenen Anlass, um lange geplante ethnische Säuberungen ohne Rücksicht auf die Betroffenen und unter brutalsten Bedingungen durchführen zu können. Natürlich fehlt dabei auch nicht der Hinweis auf das Zusammenspiel der totalitären Diktaturen, ein Angelhaken, von dem man weiß, dass er in vielen Staaten Ostmitteleuropas heute gerne geschluckt wird¹².

Die Gedenkstätten haben eine große Verantwortung. Sie müssen die Würde der Opfer gegen jegliche Vereinnahmung schützen und die Deutung der Vergangenheit offen halten, wollen sie mehr zum kritischen, selbständigen Nachdenken über Geschichte anregen, als angebliche Lehren aus der Geschichte affirmativ abzusichern.

Die Gedenkstätten brauchen aber nicht nur eine gemeinsame Organisation und

¹² Manfred Kittel, Horst Möller, *Die »Benes-Dekrete« und die Vertreibung der Deutschen*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 4/2006, S. 541–582.

eine bessere internationale Vernetzung. Sie sollten sich darüber hinaus über allgemeine Prinzipien des Gedenkens und des Erinnerens verständigen. Eine Art internationaler Gedenkstätten-Charta, die sich sowohl an der UNO-Deklaration als auch an den ethischen Prinzipien des ICOM orientiert, könnte dabei hilfreich sein.

Das Vermächtnis der Überlebenden

Am Tag der Opfer des Nationalsozialismus, dem 27. Januar 2009, haben die Präsidenten der Internationalen Häftlingskomitees von Auschwitz, Bergen-Belsen, Buchenwald, Dachau, Flossenbürg, Mittelbau-Dora, Neuengamme, Ravensbrück und Sachsenhausen dem deutschen Bundestagspräsidenten eine gemeinsame Erklärung übergeben. Im »Vermächtnis« der KZ-Überlebenden, wie sie die Erklärung selbst nannten, flossen nicht nur die Erinnerungen an die schrecklichen Jahre ihrer Inhaftierung in den verschiedenen Konzentrationslagern ein, sondern auch ihre nicht selten bitteren Erfahrungen mit dem Gedächtnis Europas an die unvergleichlichen Verbrechen des Nazi-Regimes. Dort werden aus der Sicht der Überlebenden die zukünftigen Aufgaben und Anforderungen einer europäischen Erinnerungskultur sehr präzise benannt werden: »Aber auch Europa hat seine Aufgabe: Anstatt unsere Ideale für Demokratie, Frieden Toleranz, Selbstbestimmung und Menschenrechte durchzusetzen, wird Geschichte nicht selten benutzt, um zwischen Menschen, Gruppen und Völkern Zwietracht zu säen. Wir wenden uns dagegen, dass Schuld gegeneinander aufgerechnet, Erfahrungen von Leid hierarchisiert, Opfer miteinander in Konkurrenz gebracht und historische Phasen miteinander vermischt werden. Daher bekräftigen wir den von der ehemaligen Präsidentin des Europäischen Parlaments Simone Veil vor dem deutschen Bundestag 2004 ausgesprochenen Appell zur Weitergabe der Erinnerungen: »Europa sollte seine gemeinsame Vergangenheit als Ganzes kennen und zu ihr stehen, mit allen Licht- und Schattenseiten; jeder Mitgliedsstaat sollte um seine Fehler und sein Versagen wissen und sich dazu bekennen, mit seiner eigenen Vergangenheit im Reinen zu sein, um auch mit seinen Nachbarn im Reinen sein zu können.«¹³

¹³ Das »Vermächtnis« ist vielfach publiziert worden und befindet sich auch auf den Internet-Seiten der meisten KZ-Gedenkstätten sowie auf der Internetseite www.auschwitz.info

Buchbesprechung:

Nachlese: Zum deutsch-polnischen Gedenkjahr 2009

Von Dr. Friedrich Leidinger

Das „Supergedenkjahr“ 2009 ist längst vergessen, die Reden ruhen in Archiven, geblieben sind Stereotype und Fetzen von Legenden. Geblieben ist auch der 23. August als Europäischer Gedenktag für die Opfer „aller totalitärer Verbrechen“, um – wie es in einer mit überwältigender Mehrheit vom Europäischen Parlament verabschiedeten Resolution¹ heißt – „zu einer gemeinsamen Sicht (der) Geschichte zu gelangen, Kommunismus, Nazismus und Faschismus als gemeinsames Vermächtnis anzuerkennen“. Der 23. August ist der Tag, an dem 1939 Hitlers Außenminister Ribbentrop den hastig mit der Sowjetunion ausgehandelten Nichtangriffsvertrag unterschrieb, der gern wegen seines von der Sowjetunion lange bestrittenen geheimen Zusatzprotokolls, als „Hitler-Stalin-Pakt“ zu einer Art gemeinsamen Angriffsplan überhöht wird. Gefällig ist dieser Mythos nicht allein in Deutschland sondern auch und gerade in Polen. Wer Andrzej Wajdas Katyn-Film gesehen hat, wird den Sog der Bilder und der Argumente, mit denen die Opfer jener ersten Kriegstage das Erlebte schildern, gespürt haben, jener Opfer, die am wenigsten in der Lage waren, die verbrecherischen Pläne zu durchschauen, die sie nun ins Verderben stürzten.

Doch auch ein Parlamentsbeschluss kann durch wissenschaftliche Erkenntnis gesicherte Tatsachen nicht aufheben. Eine gute Gelegenheit, sich über die Fakten zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs und auch des 23.8.1939 zu informieren, bietet die Broschüre „Von Annaberg nach Gleiwitz“ des Berliner Historikers Werner Röhr². Es handelt sich um den Nachdruck eines erweiterten und mit Anmerkungen und Quellenverweisen vervollständigten Vortrags, den Röhr am 1. September 2009 auf dem Wissenschaftlichen Symposium der „Gesellschaft für gute Nachbarschaft

¹ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus. P6 TA-PROV(2009)0213

² Werner Röhr, *Vom Annaberg nach Gleiwitz. Zur Vorgeschichte des deutschen Überfalls auf Polen am 1. September 1939*. 105 S. mit 2 Karten, Berlin 2008, Edition Organon, ISBN 978-3-931034-13-9. 8,50 €

zu Polen“ und der „Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung“ in Berlin gehalten hat. Denn tatsächlich kann der Weg Deutschlands in den Krieg gegen Polen seit Jahren als gut erforscht gelten.

Röhr beginnt seine Darstellung 20 Jahre zuvor mit der Wiedergeburt Polens ohne anerkannte Grenzen. In Schlesien kam es 1921 nach der im Versailler Vertrag vorgesehenen Volksabstimmung zu einem bewaffneten Aufstand polnischer Nationalisten, der von deutschen „Freikorps“ niedergeschlagen wurde („Sturm auf den Annaberg“). Oberschlesien wurde auf Betreiben Frankreichs geteilt. Trotz andauernder Spannungen mit Deutschland gingen die polnischen Regierungen der Zwischenkriegszeit primär von einer militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion aus und vertrauten auf ihr Bündnis mit England und Frankreich. 1939 nahm die NS-Führung schließlich den Grenzkonflikt zum Vorwand für die Entfesselung des Krieges, als sie in der Nacht zum 1. September den „Sturm auf den Sender Gleiwitz“ inszenierte, und mehrere KZ-Häftlinge, die man als vermeintliche Angreifer in polnische Uniformen gesteckt hatte, ermordet zurückließ.

Innenpolitisch gelang es Polen nicht, die enormen sozialen und politischen Gegensätze zu überwinden und die permanente Krise zu überwinden. Auf den gescheiterten Demokratieaufbau folgte das autoritäre Sanacja-Regime unter dem charismatischen Marschall Pilsudski, das nach seinem Tod 1935 in politische und wirtschaftliche Stagnation verfiel. Die politisch stärkste Figur dieser Regierung, Außenminister Beck, nutzte ab 1938 bis zum Frühjahr 1939 die Appeasementpolitik der Westmächte gegenüber Deutschland für eigene nationalistische Interessen, ohne zu bedenken, dass Polen selbst einmal das Opfer dieses Appeasements werden könnte. Opportunistisch beteiligte sich die polnische Führung nach dem Münchner Abkommen mit dem Einmarsch in das Olsagebiet an der Zerschlagung der Tschechoslowakei. Mit dieser Politik handelten sich die in Polen regierenden Kräfte nicht nur bei ihren Bündnispartnern im Westen ein

zwischen zwei Optionen: Entweder schickte sie Ribbentrop unverrichteter Dinge wieder zurück und riskierte, dass der deutsche Angriff nicht an der polnisch-sowjetischen Grenze anhalten könnte, oder sie ging auf das deutsche Angebot stillzuhalten ein und erhielt zusätzlich einen Territorialgewinn, für den die deutsche Seite nicht einmal eine Gegenleistung – z.B. in Form von Truppenstellungen etc. forderte. Das Eingehen auf diese Offerte lag zweifellos auch im deutschen Interesse, stellte aber keine Verabredung zu einem gemeinsamen Angriff dar. Dies sahen Briten und Franzosen wohl genauso, denn sie hätten sonst der Sowjetunion ebenfalls den Krieg erklären müssen.

Röhr bewertet diesen Vorgang als politischen und moralischen Bankrott, denn er verstieß gegen die Grundsätze des Völkerrechts, des Internationalismus und des friedlichen Zusammenlebens der Völker, denen die Sowjetunion sich verpflichtet hatte. Anders als die Sowjetunion waren dagegen Großbritannien und Frankreich als Bündnispartner für die polnische Sicherheit und Integrität vertraglich gebunden. Noch im März bzw. April 1939 bekräftigten sie gegenüber Warschau ihre eindeutigen Verpflichtungen, im Falle eines deutschen Angriffs militärisch auf Seiten

Polens einzugreifen, aber bereits am 4. Mai verabredeten sie untereinander eine abwartende Haltung. Am Ende sahen sie dem Vorrücken der Wehrmacht abgesehen von einigen eher symbolischen Gesten tatenlos zu. Da die polnische militärische Führung bis zuletzt ihre strategischen Planungen auf die mehrfach zugesicherte bewaffnete Unterstützung der Westmächte gestützt hatte, trug dieser Verrat nicht unwesentlich zum deutschen Sieg bei.

Röhr skizziert in den anschließenden Kapiteln den Verlauf des von Beginn an verbrecherisch geführten Krieges. Er lässt weitgehend unkommentiert Fakten sprechen, seine Prosa ist betont sachlich. In einer Vorbemerkung weist er darauf hin, dass er keine Forschungsprobleme, sondern gut erforschte, unter Fachleuten unstrittige Tatsachen vorstellt. Sein Text erscheint lakonisch und schlüssig. Gegen seine Kritik an der polnischen Führung der Zwischenkriegszeit könnte man einwenden, dass eine echte Alternative kaum zur Verfügung gestanden hat. Insgesamt bietet der Aufsatz einen guten Überblick über die Vorbereitung und den Verlauf des deutschen Überfalls auf Polen und die Entfesselung des II. Weltkriegs, beschreibt die wesentlichen Ereignisse und entzieht allen Legendenbildungen die Grundlage.

Berichtigung:

Das Manuskript der Radio-Sendung „Niemy - oder N wie Nachbarn“ in Polen und wir 4/2010, S. 20-26, enthielt einige Fehler in den Redepassagen des Vorsitzenden der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, Prof. Dr. Christoph Koch, die leider vor dem Druck nicht mehr korrigiert wurden:

S. 21, Sp. 2, Z. 22 v. u.: statt „Stuckert“ lies „Stuckart“

S. 21, Sp. 2, Z. 7 v.u.: statt „Haager Landgerichtsordnung“ lies „Haager Landkriegsordnung“

S. 21, Sp. 3, Z. 2 v. o.: statt „Reiche“ lies „Reich“

S. 21, Sp. 3, Z. 5 v. u.: statt „Völkerrechts-Objekt“ lies „Völkerrechtssubjekt“

S. 22, Sp. 1, Z. 6 v. o.: statt „was“ lies „das“

S. 22, Sp. 2, Z. 33 v. o.: statt „was“ lies „das“

S. 22, Sp. 2, Z. 34 v. o.: statt „was“ lies „das“

S. 22, Sp. 2, Z. 9 v. u.: statt „von Nöten“ lies „vonnöten“

Die Redaktion bittet um Entschuldigung



Das Kunstmuseum in der alten Fabrik von Oskar Schindler

Foto: MOCAK/Museum of Contemporary Art Krakow

Moderne Kunst gegen die Last der Vergangenheit

Museum in der früheren Fabrik von Oskar Schindler eröffnet / Wände bleiben zunächst leer

Von n-ost-Korrespondent Hartmut Ziesing

Krakau (n-ost) – Eine zugige Eisenbahnunterführung führt Fußgänger in den Krakauer Stadtteil Zabłocie. Immer wieder werden hier Graffitis übermalt. Anschlussgleise, auf denen längst keine Waggons mehr fahren, rosten vor sich hin. Hinter dem Tunnel fällt der Blick auf Fabrikhallen, Industriegebäude, ein Kühlhaus. Das Industriegebiet Zabłocie gehört nicht zu den einladenden Gegenden Krakaus. Doch es ist einer der meistbesuchten Orte der südpolnischen Kulturstadt. Anziehungspunkt ist ein graues, dreistöckiges Verwaltungsgebäude aus den 1930er Jahren. Hier rettete der deutsche Industrielle Oskar Schindler 1200 Juden vor dem Tod in Auschwitz. Von jüdischen Vorbesitzern übernahm er eine Firma, die in Zabłocie Emaillegeschirr herstellte.

Weltberühmt wurde die frühere Fabrik 1994 durch Steven Spielberg, der hier seinen Film „Schindlers Liste“ drehte. Seither besuchen jährlich Hunderttausende Besucher den Ort in der Lipowa-Straße. Bisher blieben sie vor einem verschlossenen Tor stehen. Eine Firma produzierte in den Hallen Radioteile. Als sie vor wenigen Jahren auszog, wusste die Stadt lange nichts mit

dem historischen Erbe anzufangen.

Nun soll moderne Kunst der Last der Vergangenheit begegnen: Am 16. November eröffnet in Schindlers ehemaliger Fabrik ein Museum für Gegenwartskunst. Dazu adaptierte die Stadt die Produktionshallen mit ihrem für Fabriken charakteristischen Sägezahndach und ließ den italienischen Architekten Claudio Nardi ein neues Gebäude im neo-modernistischen Stil errichten. Es ist das erste neu erbaute Museum für zeitgenössische Kunst in ganz Polen.

Doch erst einmal bleiben die Wände der Ausstellungshallen leer – eröffnet wird nur das Gebäude, die Dauerausstellung soll im Frühjahr folgen. 4.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche müssen gestaltet werden, die Sammlung befindet sich noch im Aufbau. Auch aus Krakaus Partnerstadt Nürnberg soll eine Kollektion als Dauerleihgabe nach Krakau kommen.

In den Plänen für die Dauerausstellung findet sich allerdings kein Bezug zur einstigen Schindler-Fabrik. Mit Unverständnis reagiert darauf die KZ-Überlebende Stella Müller-Madej: „Wenn ich von der Emaille-Fabrik höre, so denke ich an meinen Retter Oskar Schindler und nicht an moderne

Kunst.“ Die 80-Jährige Krakauerin arbeitete zwar selber nicht in der Lipowa-Straße, sondern gelangte als Kind aus dem KZ Plaszow nach Auschwitz und von dort auf die berühmte „Schindler-Liste“ in den Transport nach Brännlitz. Dorthin hatte Schindler in den letzten Kriegswochen seine Fabrik verlagert. „So einen wie Oskar Schindler gab es in ganz Europa nur einmal“, sagt die Jüdin, die dem Industriellen ihr Leben verdankt. „Moderne Kunst kann man doch überall zeigen.“ Tatsächlich hatte die Stadt ursprünglich geplant, die zeitgenössischen Werke im historischen Bahnhofsgebäude im Krakauer Zentrum auszustellen.

Stella Müller Madej ärgert sich auch über eine Multimedia-Ausstellung, die das Historische Museum der Stadt Krakau seit einigen Monaten auf dem Gelände der Schindler-Fabrik zeigt. Für die Schau über die Zeit der deutschen Besatzung von 1939 bis 1945 wurde das einstige Bürogebäude im Inneren vollständig umgebaut, viele der originalen Spuren wurden dabei unwiederbringlich zerstört. Die Ausstellung erinnert mehr an eine Bühnen-Inszenierung als an ein traditionelles Museum. Sie zeigt kaum originale Dokumente, rekonstruiert dafür aber zahlreiche Straßenszenen, Bunker und sogar ein Fragment des ehemaligen KZ Plaszow. Auch hier wird der Retter Oskar Schindler nur am Rande erwähnt. Stella Müller-Madej ist empört, dass die Besatzung der Stadt im Mittelpunkt steht: „Die Menschen müssen doch die Wahrheit über Oskar Schindler erfahren. Er war ein guter, edler Mann, der alles für seine Mitmenschen gegeben hat – wo soll man so etwas sonst lernen?“ ■ ■

Anmerkung der Redaktion: Die in dem Beitrag von Hartmut Ziesing erwähnte Multimedia-Ausstellung ist eine an diesem bedeutenden Ort gestaltete Dauer-Ausstellung zur Geschichte Krakaus in der Zeit der Besatzung. In diesem Museum werden auch weitere Wechselausstellungen zum Thema gezeigt (siehe nebenstehenden Artikel). Richtig ist jedoch, dass die Spuren Oskar Schindlers, die ohnehin gering waren (man konnte zuletzt nur über eine schmale Stiege einen leeren Büroraum besichtigen), vernichtet wurden. Das einstweilen entfernte Fabrikschild soll jedoch wieder angebracht werden.

Das Korrespondenten-Netz von n-ost besteht aus Journalisten und Journalistinnen in mehr als 20 Ländern Osteuropas, die regelmäßig für deutschsprachige Zeitungen und Rundfunkanstalten berichten.

Stichtag 1. Mai 2011

Die Polen kommen

Von Witold Kaminski

Am 1. Mai 2011 enden nach 7 Jahren die s.g. Übergangszeiten für die Staaten, die im Jahr 2004 der EU beitraten. Aufgrund der eingeschränkten Freizügigkeit war der deutsche Arbeitsmarkt besonders für Arbeitnehmer aus Polen eingeschränkt.

Zur Erinnerung:

Der Beitritt dieser mittel- und osteuropäischen Länder in die Europäische Union hat gerade in Deutschland für Unruhe gesorgt. Die Angst vor den polnischen Arbeitskräften, die angeblich den deutschen Arbeitsmarkt überschwemmen sollten, rief Vertreter der verschiedenen politischen Kräfte auf den Plan, die nach dem bekannten Muster ihre Katastrophenszenarien präsentiert haben. Die Bundespolitik rief Experten heran, um Argumente für die Einführung der Übergangszeiten zu sammeln. Die Experten belieferten ihre Auftraggeber mit Zahlen über die Anzahl der potentiellen Zuwanderer und haben über Lohndumping und über Verdrängung der deutschen Arbeitnehmer aus dem Arbeitsmarkt geredet. Diejenigen, die keine Ahnung von diesem Thema hatten, haben daran geglaubt. Die Experten haben doch immer Recht, auch wenn sie sich ständig irren. Die Zukunft verifiziert die Expertisen, aber die Zeit als Faktor lässt immer vergessen, wer Mal wieder eine falsche Expertise gefertigt hat.

Jetzt haben wir die Möglichkeit, uns einen Rückblick zu erlauben, um fest zu stellen, was in den letzten sieben Jahren geschehen ist und welche Folgen der Übergangszeiten für die Zukunft von Bedeutung bleiben.

1. Die Einschränkungen betrafen die Arbeitnehmer, aber nicht die selbständigen Dienstleister. Demzufolge haben die zugewanderten Arbeitskräfte ein Gewerbe angemeldet, da ihnen ja die Arbeitserlaubnis aufgrund der Übergangsregelung verweigert wurde. Dies war eine zu erwartende und aus Sicht der Zuwanderer berechnete Lösungsmöglichkeit. Aus Sicht der Arbeitgeber war das eine willkommene Möglichkeit zur Umwandlung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in (schein-)selbstständige Beschäftigung (Kleinunternehmen - Ein-Personen-Firmen). Willkommen, weil sich

auf diese Art unter anderem die Sozialausgaben und die Tariflöhne einsparen lassen. Die negativen Folgen dieser Entwicklung für die Gesellschaft sind:

- Arbeitsplätze wurden vernichtet,
- Schwarzarbeit wurde fast legalisiert,
- windige Vermittler verdienen sich eine goldene Nase,
- die Zuwanderer befinden sich weiter hin in einer Grauzone und werden zur leichten Beute für Lohnbetrüger,
- eine gezielte und proaktive Integration der Neuzuwanderer wurde damit weitestgehend verhindert
- Potentiale (z.B. Ausbildung, Wille zur Integration) wurden nicht genutzt.

Beispiel aus der Beratungspraxis des Polnischen Sozialrates e.V.

Deutsche Post

Die Deutsche Post beauftragt ein Unternehmen für die Austragung von Päckchen und Werbung. Dieses wiederum beauftragt ein weiteres Subunternehmen. Das o. e. Subunternehmen beauftragt weitere Subunternehmer, polnische Kleinunternehmer (Ein-Personen-Firmen) und stellt ihnen Fahrzeuge zur Verfügung. Die Bezahlung der polnischen Sub-Sub-Subunternehmer erfolgt pro Minute - 0,10 € pro Minute berechnet auf Grund der elektronischen Zeituhr der Deutschen Post - also ausschließlich für die effektive Austragungszeit. Das ergibt häufig einen Stundenlohn in Höhe von 0 €, weil der Auftraggeber gar kein Lohn ausgezahlt hat!

SUBUNTERNEHMER- und DIENSTLEISTUNGS-VERTRAG (aus dem polnischen übersetzt)

Name der Firma „Auftragnehmer“-
Xxxxxxx.

Adresse: , xxxxxx xxxx Berlin

St.Nr.:.....

Die Firma: Xxxxxxxx übernimmt ab 24.07.2010 folgende Dienstleistungen:

Der Vertrag betrifft Transport von Briefen und anderen Sendungen der Deutsche Post: Touren Nr.: xxxxxxV ; xxxxxxV und andere Touren der DB und von Auftraggeber

Auftraggeber verpflichtet sich:

1. den Arbeitsplan vorzulegen;
2. den Transporter zur Verfügung (kostenlos) zu stellen;

3. im Notfall einen Ersatzfahrer zu haben;
4. die Spritkosten und technische Untersuchung des Transportes zu decken;
5. die Ersatzteile zu besorgen;
6. Arbeitsentgelt nach Vorlage der Rechnungen in 30 Tagen auszuzahlen. ZB:-Rechnung von 30.10.09 wird am 05.12.09 per Überweisung bezahlt. Ausnahmsweise kann auch in bar bezahlt werden.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet:

1. Gewerbeanmeldung, Führungszeugnis, Führerschein und ein Handy zu haben;
2. den Transporter nur für Dienstfahrten zu benutzen;
3. Arbeiten nach Anweisungen der DP und Auftraggeber auszuführen;
4. die Dienstkleidung der DP zu tragen;
5. rund um die Uhr telefonisch erreichbar zu sein;
6. die Ersatzfahrerkosten zu übernehmen;
7. den Transporter sauber zu halten. Öl und Kühlmittel 1 x in 10 Tagen zu kontrollieren. Volltanken nur auf angezeigten Tankstellen. Auf der Rückseite der Rechnungen: Auto-kennzeichen, Kilometerstand von Haupt und Fahrzähler sowie seine Initialen auf zu schreiben. Den Fahrzähler nach dem Tanken zurückzusetzen;
8. den Auftraggeber unverzüglich über Unfall oder Autoschaden zu informieren;
9. die Kosten für die verursachten Schäden am Auto sowie Bußgelder zu übernehmen;
10. alle Rechnungen zu Sammeln und am Ende des Monats ab zu rechnen;
11. nach der Arbeit das Arbeitsbuch auszufüllen und DP Magnetlogo gut aufzubewahren.

Die einzige positive Folge ist, dass die bislang illegal arbeitenden Polen durch die Gewerbeanmeldung aus der Illegalität herauskamen. Auch wenn die dadurch erreichte Legalität nicht vollkommen ist, hat sich deren Situation sowohl aus objektiver, als auch aus subjektiver Sicht wesentlich verbessert.

2. Die Reglementierung der Zuwanderung führte auch in diesem Fall zur Entwicklung einer kriminellen Infrastruktur. Verschiedene „Helfer und Berater“ bieten den praktisch schutzlosen Zuwanderern ihre Dienste an. Angebliche Steuer- und Finanzberater, Rechtsanwälte, deren Qualifikationen sich auf die Fähigkeit der Kommunikation mit den Opfern in deren Muttersprache und kriminellem Einfallsreichtum beschränken, beuten ihre Klientel gnadenlos aus.

Beispiel aus der Beratungspraxis des Polnischen Sozialrates e.V.

Windige und kriminelle Berater

Für die Beantragung des Kindergeldes werden 30% des den Kindern zustehenden Kindergeldes verlangt.

Berliner Firma wirbt in der Zeitschrift „Kontakte“ und auf eigener Internetseite: „wir helfen den Antrag zu stellen, begleiten den Bearbeitungsprozess bis das Kindergeld bewilligt wird. Wir helfen auch Personen, die den Antrag nicht über unser Büro gestellt haben und schreiben einen Widerspruch, wenn nur die Hälfte des Kindergeldes bewilligt bzw. der Antrag abgelehnt wurde“. Über einen Link wird man zu einem Artikel unter dem Titel „Deutsche zahlen für polnische Kinder“ geleitet. Der Vertrag ist auf Polnisch formuliert und beinhaltet eine Reihe von Pflichten seitens des Klienten.

„Die Beraterfirma“ verpflichtet sich lediglich, den Antrag auf das Kindergeld zu stellen und alle notwendigen Dokumente einzureichen.

In einem an uns gemeldeten Fall beträgt die Forderung „Die Beraterfirma“ gegenüber der Klientin über 6 000 €. In einem anderen Fall wird gegen die Klientin wegen Dokumentenfälschung ermittelt, da die Firma ein Dokument selbst „erstellt“ und der Familienkasse eingereicht hat.

3. Die von ihrem Lohn erleichterten Arbeitnehmer wagen es nicht, ihre Familien nachzuholen und leben weiterhin von ihnen getrennt, wie in den alten „Schwarzarbeitzeiten“. Die Folgen für sie sind:

- Familienkrisen
- Alkohol
- Einsamkeit

Die Folgen für die Gesellschaft sind:

- Instabile Zuwanderung auf Zeit,
- Verlust der Potentiale,
- verlängerte (verlangsamte) Integrationsprozesse.

4. Deutschland braucht Ingenieure, Mechatroniker und andere qualifizierte Arbeitskräfte. Vor sieben Jahren haben sich viele gut ausgebildete Polen auf den Weg nach Westen gemacht. Gelandet sind sie in den Staaten, die die Freizügigkeit ohne Einschränkungen eingeführt haben. In Großbritannien und in Irland sind viele von ihnen geblieben. Sie haben ihre Familien nachgeholt, Häuser gebaut, Kinder gezeugt und geboren. In Deutschland jedoch wird wegen des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften weiterhin gejammert.

Beispiel aus der Beratungspraxis des Polnischen Sozialrates e.V.

Geschichte einer Familie aus Polen

Vater: pensionierter Lehrer – lebt wahlweise in Deutschland und Polen

Mutter:

ehemals: Lehrerin für Polnisch und Englisch in Polen

heute: Kleingewerbe- Putzen nach Hausfrauenart

ältere Tochter (35 Jahre) – Ausbildung in Polen: Sozialarbeiterin, ausgewandert 2004 nach Großbritannien, heute tätig als Leiterin eines Sozialamtes in einer kleinen Stadt in England, die Familie ist nachgezogen, ihr Mann hat dort ein Restaurant eröffnet

jüngere Tochter (26 Jahre) – lebt bei der Mutter in Berlin, studiert in Polen im Fernstudium Physiotherapie, hat ein Kleingewerbe in Deutschland angemeldet „Putzen nach Hausfrauenart“ und überlegt, wo ihre Zukunft ist. Wenn ihre Ausbildung in Deutschland anerkannt wird, würde sie gern hier bleiben, wenn nicht, wird sie ihr Glück in Polen oder bei ihrer Schwester in England suchen.

Sarrazins unselige Thesen

Es ist zu erwarten, dass nach Beendigung der öffentlichen Debatte um Thilo Sarrazin und seiner unseligen Thesen, die von 60 % der Bundesbürger geteilt werden, das Thema der potentiellen „Massenzuwanderung“ aus den neuen EU Ländern die Gemüter weiterhin erhitzen wird. Selbstverständlich werden dabei – wie gehabt – die Zuwanderer aus Polen, die die größte Gruppe der Zuwanderer darstellt, mit entsprechenden Vorurteilen belegt. Ob dabei die alten Vorurteile aufleben oder neue Klischees entwickelt werden, ist ungewiss. Zur Erinnerung hier die alten Vorurteile: polnische Wirtschaft, polnische Schwarzarbeiter, Autodiebe, Zigarettenschmuggler, Wirtschaftsschmarotzer und weitere negative Eigenschaften und Bezeichnungen, die in der Vergangenheit den Polen zugeteilt wurden, wenn die polnischen Zuwanderer in der Öffentlichkeit zum Thema wurden. Es ist zu erwarten, dass viele polnische Zuwanderer nicht den Erwartungen entsprechen werden, die die Politik und Medien seit einigen Monaten artikulieren. Wie immer wird die Gruppe der Zuwanderer sehr heterogen sein. Nicht nur polnische Fachkräfte werden kommen, sondern auch Menschen, die sich oft von unbegründeter

Hoffnung treiben lassen und sich auf die Suche nach dem Glück oder nach einem besseren Leben begeben. Es werden auch solche kommen, die ihre Hoffnung auf die besseren deutschen sozialen Systeme setzen.

Ein Brief aus Bayern

„Wir brauchen polnische Ärzte, Ingenieure und Handwerker und nicht polnische Händler, Bettler und Diebe“ schrieb mir mal ein anonymes Leser der Süddeutschen Zeitung aus Bayern nach der Lektüre eines Artikels zum Thema „Polenmarkt“ – vor 20 Jahren. Zwanzig Jahre später hört man das Gleiche, als ob es selbstverständlich wäre, dass sich Deutschland im Ausland einfach an Arbeitskräften bedienen darf, wie in einem Laden, aber ohne bezahlen zu müssen. Man vergisst, dass hinter jeder Arbeitskraft auch ein Mensch mit all seinen Bedürfnissen steht. Wenn Deutschland Ärzte und Ingenieure benötigt, braucht es diese nicht auszubilden, sondern nimmt sie sich einfach. Die Überzeugung immer ein funktionales Recht zu haben, begleitet die Zuwanderungspolitik und die Debatte zur Integration schon seit Zeiten der ersten Gastarbeiter. Deutschland hat das Recht zu bestimmen, wer wann nach Deutschland kommen darf. Wenn einem schon die Gnade der Einwanderung erteilt wird, bekommt er die eine oder andere Genehmigung oder auch nicht und hat sich zu benehmen, wie es ihm erlaubt oder eher befohlen wird. Seine Ausbildung wird ihm anerkannt oder nicht, seine Familie darf nachkommen oder nicht, seine Kinder dürfen die Schule besuchen oder nicht. Wenn er/sie sich nicht an die unformulierten, dafür aber überzogenen Erwartungen anpasst, wird er als unproduktiv und als „Integrationsverweigerer“ abgestempelt.

Passiver Beobachter

Im Prozess der Entwicklung des Zusammenlebens wird der Aufnahmegesellschaft nur die Rolle eines passiven und kritischen Beobachters zugeteilt. Sie wird aus der Verantwortung entlassen, als ob nur Immigranten mächtig wären, auf diese Entwicklung Einfluss zu nehmen. Integration wird dann zu einer Einbahnstraße mit nur einem Teilnehmer und zahlreichen Verordnungen, Bestimmungen, Geboten und Verboten. Die Frage, inwieweit die Aufnahmegesell-

schaft bereit ist, sich zu integrieren, bleibt in Politik und Medien unbeantwortet.

Im Film „Little Poland“ fragt eine in Berlin lebende Polin: Ist die hiesige Gesellschaft integrationsunfähig? Wenn die Frage mit ja beantwortet werden sollte, sieht die Zukunft der neuen Zuwanderungswelle nicht rosig aus.

Die Frage lautet nämlich nicht, wie viele neue Zuwanderer kommen und was sie mitbringen, sondern mit welchen nachhaltig positiven Folgen für die Aufnahmegesellschaft und für die neuen Zuwanderer zu rechnen ist. Alle Akteure - d. h. die Aufnahmegesellschaft, die hier lebenden Migranten und die neuen Zuwanderer - haben im Grunde das gleiche Interesse an einer Weiterentwicklung der Gesellschaft in der alle leben.

Investition für die Zukunft

Solange die Zuwanderung nicht als Investition für die Zukunft betrachtet wird und die Zuwanderer ausschließlich nach ihrem aktuellen „Nutzwert“ (Arbeitskraft) gemessen wird, wird die Migration von der Aufnahmegesellschaft weiterhin als Problem gesehen und behandelt.

Sowohl das siebenjährige „Fernhalten“ der neuen, europäischen Nachbarn, als auch die gegenwärtige öffentliche Debatte zu Integration lässt die Hoffnung auf die Veränderung der Politik und Öffnung der Gesellschaft schmelzen.

Solange die Fehler der Migrationspolitik und die daraus resultierenden „hausgemachten“ Probleme der selbstkritischen Analyse nicht unterzogen werden, wird sich wenig ändern. Die Politik und die Öffentlichkeit werden nach Bedarf von „Überschwemmung“, „Überfremdung“ von „Leitkultur“, vom „Verfall des christlich-jüdischen Wertesystems“ reden und aus dem Blickwinkel der Belagerten und Bedrohten die gleichen Strategien anwenden, die in der Vergangenheit viele Schäden angerichtet haben. Deren Folgen in der Gegenwart werden wie im Teufelskreis zum Anlass genommen, um wieder von Problemen zu reden, ohne über die Ursachen nachzudenken.

Die Kosten dafür tragen wir alle, die Aufnahmegesellschaft, die Potenziale verschenkt und dann in die sogenannte Nachintegration investieren muss, und in erster Linie die Migranten und Immigranten, die keinen Lebensmittelpunkt finden. ■ ■



v.l.n.r. Dieter Bingen, Bronislaw Komorowski, Christian Wulff, Jörg-Uwe Hahn, Rita Süßmuth und Rüdiger Freiherr von Fritsch (neuer Botschafter in Warschau). Foto: Roman Größer / DPI

Festakt in Darmstadt mit Wulff und Komorowski 30 Jahre Deutsches Polen-Institut

Das Deutsche Polen-Institut (DPI) feierte mit einem Festakt im Staatstheater Darmstadt sein 30-jähriges Bestehen. Unter den mehr als 1.000 geladenen Gästen waren auch Bundespräsident Christian Wulff, der polnische Staatspräsident Bronislaw Komorowski und Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker.

Nach Ansicht von Bundespräsident Christian Wulff spielen Deutschland und Polen für die weitere Entwicklung Europas eine entscheidende Rolle. Die Beziehung zwischen beiden Ländern sei "ein wesentlicher Beitrag" zur Verständigung auch mit den osteuropäischen Ländern, sagte Wulff in seiner Rede. Er plädierte für mehr Polnisch-Unterricht an deutschen Schulen. Der Bundespräsident forderte zudem zu einer tieferen Freundschaft auf. "Die Vollenkung der Aussöhnung mit Polen bleibt eine historische Aufgabe", sagte Wulff. Dieser wolle er sich auch persönlich widmen.

Auch Polens Präsident Bronislaw Komorowski meinte, das Verhältnis beider Staaten sei ein zentraler Punkt europäischer Einheit. "Wir haben die Versöhnung zwischen Polen und Deutschland erreicht." Es gebe zwar noch einige Probleme. Diese würden aber angegangen. "Wir haben einen langen, schwierigen Weg hinter uns", sagte Komorowski mit Blick auf die Geschichte. ■ ■

Das Deutsche Polen-Institut hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen. Es forscht, publiziert, lädt zu wissenschaftlichen Kongressen und Sommerakademien ein, vergibt Stipendien und lobt seit 2003 gemeinsam mit der Robert-Bosch-Stiftung den Karl-Dedecius-Preis für deutsche und polnische Übersetzer aus.

Das Institut hat eine "Ideengeber- und Vernetzerfunktion", sagt Direktor Dieter Bingen. Es stehe für Nachhaltigkeit im deutsch-polnischen Dialog.

„Das Land Hessen ist froh und stolz einer der Träger und mit Darmstadt zugleich Sitz des Deutschen Polen Instituts zu sein.“, sagte der stellvertretende Ministerpräsident des Landes Hessen, Jörg-Uwe Hahn, in der Feierstunde.

„Nicht erst seit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 ist das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen auf der politischen Agenda. Wir wissen, die Geschichten Polens und Deutschlands sind aufs Engste miteinander verwoben. Wir wissen aber auch, dass die Beziehung zwischen Deutschland und Polen noch heute durch Vorurteile und Missverständnisse belastet sind“, betonte der stellvertretende Ministerpräsident. ■ ■

Interview mit Jolanta Kolczynska

Wir kämpften tapfer bis zum Ende - wir wollten frei sein

Von Prof. Dr. Renate Weiß

Von Anfang September bis Mitte Oktober 2010 wurde in der „Kultschule“ in Berlin-Lichtenberg anlässlich des 66. Jahrestages des Warschauer Aufstandes 1944 eine Ausstellung gezeigt, die von den Aufständischen Jolanta Kolczynska und Andrzej Rumianek vorbereitet worden war. Es ist bereits die vierte im Laufe der Jahre in verschiedenen Stadtbezirken Berlins: Die erste 2000 in Weißensee, 2005 in Hohenschönhausen, 2009 in Mitte bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung und nun 2010 in Lichtenberg. Immer waren auch Vertreter der Stadtbezirke und die Direktion des Hauses, in dem die Ausstellung stattfand, sowie vor allem Vertreter des Verbandes der Warschauer Aufständischen bei der Eröffnung dabei. Mehrfach nahmen auch Vertreter der Polnischen Botschaft in Berlin teil – in diesem Jahr Paulina Maciuk. Die Organisatorin, die Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen, arbeitete - beginnend mit der Konzeption - mit dem Verband der Warschauer Aufständischen zusammen. Die Ausstellung stand unter dem Motto „Ursachen, Verlauf und Folgen des Warschauer Aufstands“. Neben Jolanta Kolczynska, die als Zeitzeugin über ihre Erlebnisse als junges Mädchen während des Aufstands zur Eröffnung sprach, hielt Dr. Gerd Kaiser, Historiker, einen einführenden Vortrag über die historische Situation 1944 und über kontroverse Auffassungen zum Aufstand. Wichtig war auch die Ausführung dazu, dass in Warschau zwei Aufstände stattgefunden haben. Was in westlichen Ländern, auch in Deutschland vielfach nicht bekannt ist: 1943 der Gettoaufstand und eben 1944 der Warschauer Aufstand, der von der Armia Krajowa (AK) organisiert worden war. Prof. Renate Weiß sprach anlässlich der Ausstellung mit Jolanta Kolczynska.

Jolanta, kannst du etwas zu deiner Aufgabe 1944 als junges Mädchen beim Warschauer Aufstand sagen?

Während des Warschauer Aufstands war ich Melderin beim Kommandeur „Jeremy“ in der Gruppierung der AK „Chrobry II“. Ich machte Meldegänge, half den Sanitätern. Wir kämpften in der Stadtmitte Warschaus, an der vordersten Frontlinie, die ganze Zeit über - 63 Tage des Aufstands. Wir führten den Kampf offensiv und ausdauernd. Die Deutschen standen auf der gegenüberliegenden Straßenseite.

Wie wurdest du und deine Freunde auf den Aufstand vorbereitet?

Während des Krieges gehörte ich zum Widerstand im Untergrund. Wir bereiteten gemeinsam den Aufstand vor. Es waren äußerst schwierige Lebensbedingungen. Es herrschte Hunger, und ständig fanden Razzien und Erschießungen auf den Straßen statt.

Der Titel des Plakats von 2010 „Wir wollen frei sein und die Freiheit uns selbst verdanken“ - sagt etwas darüber aus, warum ihr gekämpft habt. Kannst du für dich und deine Freunde präzisieren, wofür ihr gekämpft habt?

Am ersten Tag des Aufstands meldeten

sich viele, sehr junge Freiwillige - Jungen und Mädchen. Nachdem sie den Schwur der AK abgelegt hatten, kämpften sie tapfer bis zum Ende des Aufstands. Sie wollten frei sein.

Nach Beendigung des Aufstands führte der Oberkommandierende der AK General Bor-Komorowski die Soldatinnen und Soldaten in die deutsche Kriegsgefangenschaft.

Wie ist es dir ergangen nach dem Warschauer Aufstand? Was ist mit der Zivilbevölkerung Warschaus geschehen?

Die gesamte Bevölkerung Warschaus wurde aus der Stadt entfernt. Die Stadt war menschenleer. Als am 2. Oktober 1944 die Beendigung der Kämpfe schriftlich fixiert worden war, wurde festgehalten, dass jeder der 16 Jahre alt ist, Soldat sei. Ich war jünger und verließ die Stadt mit der Zivilbevölkerung. Bei Warschau waren in ehemaligen Fabrikhallen zwei Übergangslager - in Pruszkow und in Ursus. Ich kam nach Ursus. Da ich Typhus hatte, wurde ich frei gelassen. Ich ging die Bahnschienen entlang nach Komorow, wo ich weitläufige Verwandte hatte.

Wie ist es deiner Familie während des Krieges ergangen?

DB zahlt 5 Millionen in Stiftung

Wie nach Redaktionsschluss bekannt wurde, hat die Deutsche Bahn AG der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (Entschädigungsstiftung) eine Spende in Höhe von 5 Millionen Euro zugesagt. Damit sollen humanitäre Programme zugunsten von NS-Opfern unterstützt werden. Die Hälfte des Betrages wird polnischen Projekten zur Verfügung gestellt, der Rest geht an Projekte in Tschechien, Ukraine, Belarus und Russland.

Am 10. Mai 1940 wurde mein Vater von der Gestapo verhaftet, weil er den 3. Mai, den polnischen Staatsfeiertag, den Tag der Verfassung in den Schulen organisiert hatte. Zunächst war er im Pawiak. Er gehörte zu den ersten Häftlingen des KZ Auschwitz. Dann war er bis zum Ende des Krieges in Buchenwald.

Die Deutschen haben meine Mutter, meine Oma und mich aus der Wohnung exmitiert. Wir haben uns über viele Jahre bei verschiedenen Leuten aufgehalten. Meine Mutter arbeitete in einer Siebenklassenschule. Überall im Land, aber besonders in Warschau war eine große Armut.

Was hast du nach dem Krieg gemacht?

Nach dem Krieg beendete ich das Gymnasium und anschließend die Hochschule. Ich studierte Gesellschaftswissenschaften und Journalistik. Viele Jahre hindurch arbeitete ich bei der Presse, später in der Redaktion eines Forschungsinstituts.

Seit wann gibt es den Verband der Warschauer Aufständischen? Worin bestehen eure Ziele und Aufgaben?

Der Verband der Warschauer Aufständischen entstand 1990. Der erste Vorsitzende wurde General Scibor-Rylski. Er ist es noch heute, mit einer kurzen Unterbrechung. Er ist 93 Jahre alt.

Das Ziel des Verbandes besteht darin, die Erinnerung an den Aufstand zu erhalten und die Kranken und sozial schwachen Mitglieder zu unterstützen.

Was ist deine spezielle Aufgabe im Verband?

Ich bin Mitglied des Präsidiums des Verbandes der Warschauer Aufständischen, Erste Redakteurin des Bulletin „Warschauer Aufstand“. Vor sechs Jahren gründeten wir einen Verband zur Erinnerung an den Warschauer Aufstand 1944, dessen Präsidentin ich bin. Das ist ein Nachfolgeverband. Wir möchten, dass die neuen Generationen unsere Ideen weitertragen.

Ich danke dir für das Gespräch. ■ ■

POLYTIKA auf deutsch

Die bedrückende Atmosphäre der Aggression

Von Mariusz Janicki

Der Mord im Abgeordnetenbüro der PiS in Łódź (Ende Oktober wurde der 60jährige Lokalpolitiker Marcin Rosiak bei einem Angriff auf das Parteibüro erschossen. Anm. d. Red.) ist – unabhängig von der Zurechnungsfähigkeit und den Motiven des Täters – in den polnischen Stammeskrieg eingetragen worden. Für diesen Konflikt gibt es kein geplantes Ende.

Auch in den 90er Jahren waren Gewaltakte zu beobachten: die Verbrennung einer Puppe von Staatspräsident Wałęsa, die „Nacht der Akten“ im Juni 1992, die unablässigen Attacken gegen Balcerowicz und dessen Titulierung als „Mengele der polnischen Volkswirtschaft“, oder die Verletzung Wojciech Jaruzelskis durch den Steinwurf eines Rentners, für den die Rechte damals viel Verständnis hatte und den sie als „streng und stolz“ bezeichnete. Staatspräsident Kwaśniewski wurde von der [extrem rechten] Republikanischen Liga (mit Mariusz Kamiński, später Chef des Antikorruptionsbüros (CBA) und anschließend der kuriosen [rechtsgerichteten Happening-Gruppe] Alternativen Aktion „Naszość“ [Unsrigkeit] mit Eiern beworfen. Die Beschimpfungen und Beschuldigungen des Verrats an der Nation und des Bolschewismus erreichten ihren Höhepunkt während der Verabschiedung der neuen Verfassung 1997 und ihrer Bestätigung in einem Referendum. Nichtsdestoweniger kam es in jenen Jahren noch nicht zu einer drastischen Negierung der Gesellschaftsordnung, offenbarte sich noch keine derart tiefe zivilisatorische und ideologische Spaltung. Das war noch ein Amateurboxkampf, wenn auch ein erbitterter.

Spalt

Der (erste) Wendepunkt erfolgte nach 2002 mit dem Ausbruch der Rywin-Affäre. Ein Ereignis krimineller Natur mit einem politischen Kontext, wie es in gestandenen Demokratien häufiger anzutreffen ist, wurde in Polen zum Anlass genommen, die gesamte Gesellschaftsordnung in Frage zu stellen (Tatsache ist allerdings, dass die Arroganz der SLD-Politiker, wie von Włodzimierz Czarzasty vor dem Untersu-

chungsausschuss in voller Pracht demonstriert, das Seine dazu getan hat). Die ersten Thesen über die Notwendigkeit, eine Vierte Republik Polen zu etablieren, formuliert von [dem Soziologen] Paweł Śpiewak und [dem Politologen] Rafał Matyja waren noch ziemlich dezent und hatten einen politikwissenschaftlichen Charakter, doch sie wurden rasch vulgarisiert und nahmen die Gestalt einer rücksichtslosen Attacke an, zunächst gegen die Postkommunisten und gleich danach – auf der Welle des Erfolgs bei der moralischen Diskreditierung der SLD – gegen die gesamte Dritte Republik.

Eine totale Negierung des Systems konnte nicht ohne eine totale Sprache auskommen. Was auf der Ebene der Theorie elegant als „Umbaubedarf des Staates“ bezeichnet wurde, verwandelte sich in der angewandten Version in Hysterie: das Land von Korruption zerfressen, Mafien, Seilschaften, [der Staat] ein Bridgetisch für Politiker, Geschäftswelt, Medien und Geheimdienste, die Verbrechen der Militärischen Informationsdienste (WSI), die Allianz der Solidarność-Eliten mit den Kommunisten, die käuflichen Gerichte. Niemand war vertrauenswürdig, überall lauerte der Feind. Es war die Zeit, als zwei „Reiter des Sturms“ aus dem Rywin-Ausschuss zu großen Karrieren starteten: Jan Maria Rokita und Zbigniew Ziobro. Das war der Gründungshass, der Entzug des Urvertrauens und der Legitimation, alle zu regieren, die den neuen Ritus – einer konservativen und radikalen „Heilung“ – nicht akzeptierten.

Die Spaltung der Gesellschaft in Gute und Böse erfolgte somit lange vor dem Konflikt zwischen Bürgerplattform (PO) und „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS). Wer nicht „Polen verbessern“ wollte, geriet in Verdacht, ein Verräter zu sein oder nach wie vor unter geheimdienstlichem Einfluss zu stehen. Hier „staatstragende Patrioten“, dort „Menschen, die mit Volkspolen verbunden sind“. Aus der Geschichte kennt man die Gesetzmäßigkeit, dass bei einem Bruch der Systemkontinuität auch die alten Anstandsregeln, die sprachlichen Normen, der elementare Respekt (die so genannten kleinbürgerlichen Werte) für null und nichtig erklärt werden und Strenge,

Kompromisslosigkeit und ideologischer Prinzipialismus (revolutionäre Werte) an ihre Stelle treten. Das heißt nicht, dass es solche Ideen vorher nicht gegeben hätte. Doch Nischenmeinungen und deren Autoren von Zeitungen mit Miniaufgaben gehörten plötzlich zum Mainstream; und Spinner, die sich diesen Status erarbeitet hatten, wurden nun als Propheten eingestuft. Ihre Sprache, ihre Obsessionen und Klischees, die aus der ideologischen Mottenkiste zu stammen schienen, vergifteten die Debatte. Diese Zügel ergriff die PiS.

Wendepunkt Nummer zwei war die Sache des „Großvaters in der Wehrmacht“. Da wurde Tusk bewusst, dass er derselben Diffamierungsmaschinerie ausgesetzt ist, die er zuvor passiv gefördert hatte. Er muss damals verstanden haben, dass er zu den Feinden der „Veränderungen“ gerechnet wurde, auch wenn er formal immer noch ein „Freund von der Bürgerplattform“ war, denn im Politbüro dieser Revolution hatte er keinen Sitz. Von dem Augenblick an konnte eine Koalition mit der PiS nicht mehr in Frage kommen, zumal nachdem der heutige Premier die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2005 verloren hatte. Tusk spürte, dass man ihn [politisch] nicht gänzlich vernichten und ihn ein Schicksal treffen würde, wie es später Lepper zuteil wurde, dem Jarosław Kaczyński, wie er selbst zugab, vom ersten Tag seiner Regierung an die Geheimdienste hinterherschickte. Das hinderte Kaczyński nicht daran, nach den Wahlen (schon da) festzustellen, dass „der Stabilisierungspakt (mit der Liga der Polnischen Familien (LPR) und der „Selbstverteidigung“ – Anm. des Autors) die Antwort auf eine Situation war, in der die Bürgerplattform uns gegenüber in einen Zustand krankhafter Aggression verfallen war“.

Der Großvater hat die polnische Politik irreversibel verändert. Dieser Fall hat – erstmals so augenfällig – gezeigt, dass zwischen den hehren – obwohl schon damals für die Demokratie gefährlichen – Zielen der PiS und ihren miesen und noch gefährlicheren Methoden ein enger Zusammenhang besteht. Und das war lange vor Tusks „Mohair-Koalition“ und Sikorskis [Parole zum Endspurt im Wahlkampf] „der Rotte den Garaus zu machen“.

Hohlweg

Spaltungen im Lager von Revolutionären sind gemeinhin besonders blutig. Der Feind wird neu definiert und die Sprache noch härter und primitiver, denn um gegen einen bisherigen Verbündeten zu ver-

unglimpfen, muss man neue Worte finden und sie brutal begründen. Tusk dagegen, dem die Zerschlagung des „Lagers der Veränderungen“ zur Last gelegt wurde, ging zu einer harten Opposition über, angetrieben von der Frustration nach der Wahlniederlage und der Schadenfreude von Seiten der PiS. Er drohte sogar damit, auf die Straße zu gehen und bürgerlichen Ungehorsam zu üben, aber Fackelmärsche veranstaltete er nicht; das ist nicht seine Mentalität, ihm selbst käme es wahrscheinlich lächerlich vor. Trotz allem wollte er jedoch im allgemein verstandenen Lager der Vierten Republik bleiben, denn er fürchtete eine Annäherung an die SLD. Folglich unterstützte er die Hauptpunkte des PiS-Programms.

Und endlich kam der dritte Wendepunkt: die Lustration (2006/2007), deren verheerender Einfluss auf das öffentliche Leben gar nicht überschätzt werden kann. Damals erreichten die Emotionen den Zenit. Das Ausfüllen von Selbstanzeigen durch Hunderttausende Menschen erschien wie ein Akt der Rache, als Wunsch, die Eliten zu demütigen, als Inthronisation eines neuen Souveräns. Und damals verzichteten die Eliten wohl endgültig auf eine gepflegte Sprache. Es war ein weiterer Schritt auf dem Weg beider Seiten, sich von Skrupeln zu befreien. Die letzten Bande zwischen den Milieus rissen, Branchen, Berufsgruppen und Bekanntenkreise teilten sich. Die beiden Polen, die dabei entstanden, hatten von nun an jedes seine Philosophen, Schriftsteller und Autoritäten sowie eigene Preise für ihre Werke. Der eine Code, das eine Ethos verschwanden. Respekt wurde zu einem Standesgut, nur die eigenen Leute verdienten ihn. In jener Zeit begann Tusks endgültiger Rückzug von der Vierten Republik.

Die Sprache des Hasses, die sich damals entwickelte, scheint auch daher zu rühren, dass der Wahlsieg der PiS 2005 im Grunde kümmerlich ausgefallen war, nicht ganz 30 Prozent bei einer beklagenswerten Wahlbeteiligung. Wenn man den politischen Raum nicht beherrschen kann, kompensiert man das durch die Beherrschung des öffentlichen, des verbalen Raums, und das geht am Besten mit Schärfe. Alle kommentierten Kaczyńskis Worte, nicht wegen ihrer besonderen Klugheit, sondern weil sie hart, kurios, schreiend ungerecht und angriffslustig waren. Die meisten Polen haben Jarosław Kaczyński erst nach 2005 entdeckt und kennen gelernt.

Kaczyński zog die Aufmerksamkeit der Medien nicht deshalb auf sich, weil sie ihn

auf dem Kieker hatten, sondern weil er eine Ware verkaufte, die es anderswo nicht gab. Es ging um jenen unnachahmlichen Ton voller Andeutungen, Unterstellungen, verborgener Suggestionen und Formulierungen wie „da sind jene, die...“, „wenn es stimmt, dass...“ usw. Es war hauptsächlich Neugier und ein wachsendes Erstaunen darüber, dass man damit durchkommen kann, ohne vom Blitz getroffen zu werden. Kaczyński teilte aus und machte danach eine einstudierte Mine des Erstaunens, weil jemand zurückschlägt, weil ihm „beispiellose Angriffe“ entgegengebracht werden.

Kaczyńskis Sprache war immer sehr brutal, obwohl der PiSVorsitzende ihr eine abstruse, scheinbar staatstragende Form gab. Dort fielen keine drastischen, vulgären Behauptungen wie bei Palikot. Der ganze Horror dieser Auftritte offenbarte sich erst nach einer eingehenderen Analyse. Ständig wurde da der Sinn verdreht, Gegnern die schlimmsten Absichten unterstellt, ihnen Würde und Existenzrecht genommen. Das aber hielt der PiSChef nicht für eine Aggression. Das war für ihn das Feststellen einer „offensichtlichen Offensichtlichkeit“.

Die Bürgerplattform griff diese Sprache nicht auf, weil sie das nicht konnte und wohl auch nicht wollte, denn diese Mundart ist einmalig und nicht erlernbar. Wenn Kaczyński heute [den Nachrichtensender] TVN24 angreift, weil er Hass säe, und Radio Maryja als ein Medium bezeichnet, das davon frei sei, dann ist das immer wieder derselbe Trick. Es fällt schwer, das zu kommentieren, ohne einen Lachanfall zu bekommen.

Abgrund

So wie Tusk sich 2005 von der Nation verraten fühlte, so fühlte sich Jarosław Kaczyński 2007. Es ist anzunehmen, dass seiner Meinung nach ein formal legaler Staat, jedoch ohne moralische Legitimation entstanden war. Nicht zufällig benutzt Kaczyński die Formulierung von den „schlechten Menschen“ an der Macht. Das genau ist die moralische Qualifikation, die im Grunde unabhängig ist und keiner demokratischen Verifikation bedarf. Gegenüber schlechten Menschen gelten die Grundsätze nicht, die im Falle der richtigen und rechten Kreise beachtet werden. Schlechte Menschen sollten einfach abtreten, verschwinden. Und noch 2006 sagte Kaczyński zur Bürgerplattform: „das ganze Konzept der Demokratie basiert darauf, dass die, die verloren haben, das auch anerkennen, und selbst wenn sie Kritik

üben, sogar heftige, keinen Frontalangriff reiten, keinen Krieg führen (...).“ Völlig richtig, aber Tusk hat nie gesagt, einem Staatspräsidenten Kaczyński werde er nicht die Hand geben.

Die Katastrophe von Smolensk hat dem Kampf der beiden dominierenden Parteien einen persönlichen, noch emotionaleren Zug verliehen. Von diesem Augenblick an war Tusk für Kaczyński nicht mehr nur ein politischer, sondern ein persönlicher, ein Ehrenfeind. Die Konfrontation verlagerte sich auf ein anderes Spielfeld, auf dem die Regeln, die das Verhältnis zwischen Regierenden und Opposition betreffen, nicht mehr galten. Die Bürgerplattform stand nun vor dem alten Dilemma: Wie viel Toleranz gebührt Feinden der Toleranz, wie reagiert man auf die, die uns für Menschen ohne Ehre und Glauben halten? Aus diesem Dilemma ist sie auf verschiedene Weise herausgekommen. Es herrscht in der PO kein Mangel an Politikern, die meinen, wenn man von Anfang an Janusz Palikot und Stefan Niesiołowski beschwichtigt hätte, wäre ein ständiger Vorwand für die PiS entfallen, Tusks Partei die Verbreitung von Hass vorzuwerfen. Andere machten geltend, wenn Palikot und Niesiołowski nicht wären, gingen die PiS-Attacken „wie durch Butter“. Tatsache ist jedoch, dass die Anhänger der Bürgerplattform auf das Argument über Palikots Methoden keine gute Antwort hatten, sie wanden sich und wechselten das Thema. Der Lubliner Abgeordnete ließ sich nur so erklären, wie rechte Publizisten Kaczyński sehr komisch verteidigen: „Vielleicht hat der Vorsitzende ein paar Worte zuviel gesagt, aber dafür haben die Bürgerplattform und Palikot...“, nur eben umgekehrt.

Schauspieler (Politiker) wissen, worin Theater besteht. Sie bemühen sich, in Erscheinung zu treten und ihren Wiedererkennungswert zu erhöhen, und hierzu sind Aggression und eine brutale Sprache in der tabloidisierten Wirklichkeit am Besten geeignet. Doch die Rezipienten, zumindest ein Teil von ihnen, müssen sich dieser Konvention nicht bewusst sein. Und sie radikalieren sich auf ihre eigene Weise. Das Spektakel kann auf die Straße verlagert werden und sich der Kontrolle entziehen.

Zuschüttung?

Die Erregung der Emotionen rührt auch daher, dass der Konflikt zwischen Bürgerplattform und PiS mit einem fundamentalen polnischen Streit zusammenfiel, der eine zivilisatorische und kulturelle Dimen-

sion hatte. Er berührte eine empfindliche, möglicherweise zuvor nicht sichtbare Seite. Die Spaltung in konservative, religiöse Traditionalisten und in die liberale oder einfach nichtideologische Mehrheit bestand schon länger, aber ihre Seiten waren früher diffus und wurden von wechselnden politischen Formationen bedient. Sie hatten keine Gelegenheit zu erstarken.

In den letzten fünf Jahren gewannen beide Gruppen ein Selbstverständnis, sie identifizierten ihre Grundsätze und haben immer noch dieselben politischen Vertretungen (nachdem LPR und „Selbstverteidigung“ von der PiS erledigt worden waren). Es bildeten sich kompakte Mannschaften, die ein Gefühl von Sicherheit, aber auch Straflosigkeit vermittelten. Es fällt dann leichter, keine Rücksicht auf die andere Seite zu nehmen, sich wie eine primitive Herde zu verhalten. Ein Gefühl erdrückender gegenseitiger Fremdheit kam zum Vorschein, und sogar nationale Bindungen wurden schwächer.

Es geht hier nicht einmal um wahre oder nicht wahre, um freie oder unterjochte Polen, wichtig ist, dass zwischen den beiden Lagern jegliche Bindung, der Code und die akzeptierten Normen schwächer werden. Ein Reflex gebietet, nach irgendeinem Grundkonsens zu suchen, doch es gibt auch das Bewusstsein, dass ein ebenso grundlegender Konflikt existiert; der so echt ist wie wohl noch nie bisher in den letzten zwanzig Jahren. Solche Ereignisse wie Smolensk und Łódź machen sogar diese politischen Subjekte und ihre Rollen noch markanter. Man weiß immer besser, was Kaczyńskis Partei ist und welche Rolle die Bürgerplattform beim Abblocken dieser Gruppierung spielt.

Daher lautet die heute aktuellste Frage: Wie hält man die Gegner des bestehenden demokratischen Systems auf, ohne dass die Spannungen eskalieren, ohne sich auf fruchtlose Polemiken einzulassen, ohne neue extreme Emotionen aufzubieten. Wie verteidigt man sich, ohne Schläge zurückzugeben? Tusk hat erklärt, er werde nicht auf jeden Angriff von Kaczyński reagieren, weil dieser Weg nirgendwohin führe. Palikot ist nicht mehr in der PO. Aber in der PiS sind alle geblieben. Das Verbrechen in Łódź vermittelte Kaczyńskis Partei das Gefühl moralischer Überlegenheit, die sie – was für diese Formation typisch ist – wie ein Gaspedal bis zum Boden durchzudrücken beabsichtigt. Natürlich machte Kaczyński einen weiteren Fehler, wie ein Skorpion, der sich selbst stechen muss.

Hätte er mit dem ersten Wort nach dem Vorfall gesagt, das sei ein Angriff auf die gesamte politische Klasse, ein kritischer Moment, und jetzt müsse man es anders machen, dann wäre er zum Staatsmann aufgestiegen, und die Bürgerplattform hätte das Problem. Aber der PiS-Chef redete normal, beleidigte, drohte, insinuierte und forderte Entschuldigungen. Und der spätere hysterische Ausruf von Witold Waszczykowski: „Tötet uns nicht, wir haben Familien“, sowie die Forderung nach Einsetzung eines Untersuchungsausschusses und der Einstufung des Mordes als Verbrechen gegen die Menschlichkeit nahmen der PiS-Propaganda die Ernsthaftigkeit. Es offenbarte sich das ganze Sortiment an Verhaltensweisen der PiS, das ohne jede Aufwiegelung, ganz von allein Aggressionen auszulösen vermag. Die Reaktion der PiS auf den Mord in Łódź zeigt vielleicht paradoxerweise dessen tiefste Wurzeln.

Es dominiert ein Ton, wonach das im Lande herrschende Klima eines Kesseltreibens schuld ist. Doch außer sich gegenseitig aufzuhetzen, arbeiten Politiker schließlich auf eigene Rechnung, sie treten auf, äußern Ansichten, kommentieren. Man kann sagen, sie wiegeln selbst gegen sich auf. Es bedarf gar nicht des bösen Willens „polnischsprachiger Medien“, es reicht schon, eine Kamera aufzustellen und reden zu lassen. Man muss die Meinungen von Tusk, Palikot oder Niesiołowski nicht kennen, um selbständig die PiS und Kaczyński zu beurteilen; Belege gibt es Schwarz auf Weiß. Man muss sich nicht Kurski oder Brudziński anhören, um sich eine Meinung über die Bürgerplattform zu bilden; die Originalquellen reichen aus. Man braucht keinerlei Hasskampagne gegen Jarosław Kaczyński, es genügt, was er selber sagt. Ohne Zwang und autorisiert. Janusz Wojciechowski, dessen Assistent in Łódź ums Leben kam, schrieb in seinem Blog sarkastisch: „Es sieht so aus, als hätten die Politiker der PiS diesen Menschen (den Täter – Anm. des Autors) mit Hass auf sich selbst getränkt“. Wojciechowski hält das für eine von der Bürgerplattform propagierte Absurdität. Aber sie ist sehr wahrscheinlich.

Die von Staatspräsident Komorowski angeordneten „Konsultationen über eine Zügelung von Aggressionen in der Politik“ sehen – leider so aus, als stammten sie aus einer Groteske von Stanisław Mrożek. Die Logik eines Bürgerkrieges, selbst eines kalten, vereinnahmt solche Ereignisse wie den tragischen Mord von Łódź und bezieht sie in den weiteren Kampf mit ein.

Der Konflikt verschärft sich, obwohl alle von der Notwendigkeit seiner Beilegung sprechen. Friedenszeichen wie die „Łódźer Erklärung“ der PiS sind im Grunde ein weiteres Element der Konfrontation. Vorläufig kann man nur darauf zählen, dass die Bürgerplattform und vor allem die PiS zu dem Schluss kommen, dass es sich gerade jetzt lohnt, scheinbar nachzugeben, Großmut zu demonstrieren und die Falken bis auf Weiteres auf einen der hinteren Zweige zu verbannen. Um besser dazustehen, um in den Augen der Öffentlichkeit zu gewinnen. Doch das Ziel bleibt stets dasselbe – den Gegner in Bedrängnis zu bringen. Ein „Versöhnungskitsch“, von dem Tusk gesprochen hat, droht mit Sicherheit nicht. Den will im Grunde genommen auch niemand. Dieses Spiel ist zu fesselnd und im Wettbewerb um die Macht zu wichtig. Das ist kein Konflikt um den Haushalt, das Gesundheitswesen oder das Rentensystem, sondern eine Auseinandersetzung darüber, wie man sich auf Jahre hinaus das Land vorstellt, darüber, wem Polen gehören wird. Dieser Krieg wird erst mit der endgültigen Niederlage einer der Seiten beendet sein. Zwei Armeen ringen miteinander – ohne Möglichkeit zum Remis, ohne Waffenstillstand.

Der Text erschien im polnischen Nachrichtenmagazin Polityka Nr. 44 vom 27. Oktober 2010. Übersetzung Silke Lent, Redaktion: PaulRichard Gromnitza. Polityka auf deutsch ist ein Projekt des Portals Point, www.de-pl.de, ©Stiftung deutsch-polnische Zusammenarbeit. Wir danken für die Nachdruckerlaubnis.

POLEN und wir

Sie sind noch kein regelmäßiger Leser unserer Zeitschrift? Das sollte sich ändern. Für nur 12 Euro pro Jahr erhalten Sie vier Ausgaben der Zeitschrift „POLEN und wir“ frei Haus. Sie bekommen interessante Hintergrundinformationen zu den deutsch-polnischen Beziehungen und unterstützen damit die Arbeit der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V. Bestellungen an: Polen und wir - c/o Manfred Feustel, Im Freihof 3, 46569 Hünxe. Fax: 02858 - 7945 oder per mail abo-puw@polen-news.de

Vor Ort:

20 Jahre Städtepartnerschaft Biberach – Swidnica - nur ein Beispiel von vielen oder mehr als das?

Von Ludger Semmelmann

Im Juli 1990 wurde im Biberacher Rathaus eine Städtepartnerschaft zwischen dem schwäbischen Biberach und Swidnica/Schweidnitz in Niederschlesien feierlich besiegelt.

Im Herbst 2010 war dies Anlass zum Rückblick auf 20 Jahre Partnerschaft und für „Polnische Tage“ mit 25 durchwegs gut besuchten öffentlichen Veranstaltungen und zahlreichen Begegnungen.

Der Beginn der Partnerschaft vor 20 Jahren war ziemlich mühselig. Es gab erhebliche Widerstände gegenüber einer Partnerstadt Swidnica im ehemals deutschen Schlesien, einer Stadt, mit der Biberach nichts verband – außer einigen historischen Zufälligkeiten. Die Erreichbarkeit innerhalb eines Tages – es sind exakt 800 km – , eine aufgeschlossene Stadtführung in Schweidnitz, die strukturelle Vergleichbarkeit der beiden Städte, die architektonischen Reize der im Krieg weitgehend unzerstört gebliebenen Stadt mit der berühmten Friedenskirche – seit 2002 UNESCO-Weltkulturerbe – und Krzywowa/Kreisau vor den Toren der Stadt boten Anknüpfungspunkte und machten neugierig. 1989 waren Schweidnitz und Kreisau durch die Versöhnungsmesse mit Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Mazowiecki in Kreisau kurzzeitig in den Blick der Weltöffentlichkeit gerückt. Kreisau war als Ort hierfür ausgewählt worden, weil es an den Kreisauer Kreis, die Widerstandsgruppe im 3. Reich um Helmuth James von Moltke, erinnert, die hier Pläne für ein neues Deutschland und Europa nach dem Krieg entwickelte. Inzwischen ist Kreisau eine wunderschöne internationale Jugendbegegnungsstätte – Ziel natürlich auch für Jugendliche aus Biberach.

Die eigentliche Städtepartnerschaft entwickelte sich dann aber rasch, vor allem aus der Begeisterung über die Öffnung der Grenzen, aus der Aufbruchstimmung in West und Ost und der Neugier auf den Partner heraus. Das Kulturamt der Stadt und der Partnerschaftsverein, bisher schon

Träger von vier weiteren Partnerschaften, nahmen die Arbeit auf; ein Schweidnitz-Ausschuss im Partnerschaftsverein wurde gegründet. Die Pioniere waren Schulen, die Schulpartnerschaften gründeten, die bis heute quicklebendig sind, und die Pfadfinder, die seit Beginn in jedem Jahr Pfadfinderlager abwechselnd in Polen und in Deutschland veranstalten. In rascher Folge kamen dann Sprachkurse, Betriebspraktika, humanitäre Hilfsaktionen, kirchliche Begegnungen, Ausstellungen, Vorträge, Konzerte, gemeinsame workshops, kommunaler Informations- und Erfahrungsaustausch der Stadtverwaltungen hinzu und vor allem viele Begegnungen von Jugendlichen und Erwachsenen im Rahmen von Bürgerreisen, Marktständen und Festen. Ein Programm regelmäßiger Veranstaltungen entwickelte sich. Dazu gehören auch in größeren zeitlichen Abständen „Polnische Tage“ in Biberach und „Biberacher Tage“ in Schweidnitz, bei denen über die Partnerstadt und das Partnerland informiert wird. Absicht ist, mehr Wissen zu verbreiten und Vorbehalte und Vorurteile zu verringern.

Natürlich ließen sich Missverständnisse und Fehlschläge, auch Zeiten weniger intensiver Kontakte, nicht immer vermeiden, aber verlässliche Partner auf beiden Seiten – in beiden Städten sind von der Stadtverwaltung unabhängige Partnerschaftsvereine die Träger der praktischen Arbeit – haben eine stabile Basis geschaffen. Die Schwankungen in der politischen „Großwetterlage“ der noch immer sehr sensiblen deutsch-polnischen Beziehungen wirkten sich kaum aus. Die Partnerschaft genießt in beiden Städten einen ziemlich hohen Bekanntheitsgrad und findet in der Bevölkerung durchwegs Akzeptanz. Inzwischen konnten auch in Biberach die lange Zeit auf Distanz verharrenden Vertriebenen gewonnen werden. Bewegend, wie Schweidnitzer Musiker und Folkloretänzer und die schlesische Sing- und Trachtengruppe aus Biberach, Deutsche und Polen, am Festabend gemeinsam deutsche und polnische Lieder



sangen und das Jubiläum mit „Sto lat“ ausklingen ließen! Und das ging nachher im Foyer spontan weiter.

Gewiss ist dies alles keine große Politik und nur ein lokaler Beitrag zur Verständigung zwischen Polen und Deutschen, aber wenn der häufig zitierte Anspruch, dass Städtepartnerschaften die größte Friedensbewegung der Gegenwart seien, zutrifft, dann haben solche Partnerschaften großen Wert, müssen gepflegt und weiterentwickelt werden. ■ ■

Weitere Information und Kontakt: www.partnerschaftsverein-biberach.de

Tourismus-Partnerland

Polen wird 2011 Partnerland auf der Internationalen Tourismus Börse (ITB), der weltgrößten Tourismusmesse, sein. Polen will damit auf die im Jahr 2012 stattfindende Fußball-Europameisterschaft hinweisen und will die Messe als Forum nutzen, dieses Großereignis zu präsentieren. Die Eröffnungsfeier der ITB am 8. März im Berliner ICC wird mit kulturellem Programm und kulinarischen Genüssen von Polen gestaltet. ■ ■

Filmvorstellung:

Aufstand in Sobibór Die Geschichte des Thomas Blatt

Ein Videointerview von Lisa Bolyos und Katharina Morawek

Von Markus Tervooren

„Letzen Monat bin ich nachts zweimal aus dem Bett gefallen. Ich habe wieder geträumt. Mein Fluchtversuch ist misslungen“ Auch nach über 67 Jahren ist Thomas Toivi Blatt dem Vernichtungslager Sobibór nicht entkommen. Das ist eine Quintessenz des 38-minütigen Interview-Films der beiden Wiener Künstlerinnen Katarina Mowarek und Lisa Boyles.

Thomas Toivi Blatt wurde am 15. April 1927 geboren und wuchs im jüdischen Shtetl von Izbica in Polen auf. Izbica liegt, etwa 55 km südöstlich von Lublin. 1942 diente das Ghetto von Izbica für wenige Monate als Durchgangslager bei der Deportation von Juden und Jüdinnen von Łódź nach in die NS-Vernichtungslager Belzec und Treblinka und Sobibór. Toivi Blatt wurde mit seiner gesamten Familie nach Sobibór deportiert, seine Familie wurde bei der Ankunft sofort in die Gaskammern getrieben und ermordet. Der 15 Jahre alte Toivi wurde zum Arbeitseinsatz in der Lederwerkstatt des Lagers selektiert.

1943 nach dem Sieg der Roten Armee in Stalingrad, beschloss eine Gruppe von Gefangenen unter Führung von Leon Feldhendler, einem Mitglied des Judenrates von Żółkiewka, der Plan zum Aufstand gegen die SS und zum gemeinsamen Massenausbruch. Mit der Ankunft von jüdischen Kriegsgefangene aus der Roten Armee, die den notwendigen Umgang mit Waffen beherrschten wurde der Plan in die Tat umgesetzt. Militärischer Leiter wurde der jüdische Leutnant Alexander Petscherski. Am 14. Oktober 1943 ab 16 Uhr töteten die Aufständischen elf SS-Männer. Die Lederwerkstatt in der Toivi Blatt arbeitete, spielte dabei in zentrale Rolle. Etwa 365 der 600 aufständigen Häftlinge konnten die Sperren überwinden. Da nur ein Teil der Wachmannschaft ausgeschaltet wurde, waren die Verluste höher als erwartet. Etwa 150 Flüchtlinge entkamen dem Kugelregen der ukrainischen Trawniki, und den Minenfeldern rund um das Lager. Sie flohen in die nahe gelegenen Wälder, aber nur 47 entkamen ihren Verfolgern entgültig und überlebten den Holocaust. Toivi Blatt versteckte sich mit einem Freund bei einem Bauern, der jedoch seinen Freund wenig später ermordete. Die SS ermordete in Sobibór zwischen 150 000 und 250 000

Menschen. Das Lager wurde nach dem Aufstand geschlossen und dem Erdboden gleichgemacht.

Toivi Blatt erzählt in dem Interview, das in seinem Arbeitszimmer in Santa Barbara/Kalifornien gedreht wurde, seine Geschichte, sein ganzes Leben. Beeindruckend ist seine Präsenz, die ZuschauerInnen glauben ihn tatsächlich vor sich zu haben. Er ist nicht „davongekommen“, er hat sich befreit, Juden haben in Sobibór Nazis umgebracht, da schwingt Stolz mit. Er redet nicht über die Vergangenheit sondern über die Gegenwart, über Holocaust Leugner, die deutsche Nazizeitung „Nationalzeitung“, darüber dass in Internetsuchmaschinen bei den Schlagworten Sobibór oder Toivi Blatt revisionistische Websides ganz oben stehen, über deren Versuche die Erinnerungen der Überlebenden gegeneinander auszuspielen. Er redete über seine ganz persönlichen Traumata, (Versagens-)ängste aus dem Lager die in Träumen immer wieder kehren. Er zeigt kleine Fundstücke und Überbleibsel, die er bei Besuchen in Sobibór gefunden hat. Wir sehen einen Menschen der sein ganzes Leben dem Kampf um die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen, aber auch den Menschen die ihnen zum Opfer gefallen sind und denen die sich mit allen Mitteln gegen sie gewehrt haben, gewidmet hat. Aktuell ist Thomas Blatt Nebenkläger im Prozess gegen John Demjanjuk, Wachmann aus dem Lager Sobibór.

Es ist ein kleiner, schöner, ein beeindruckender Film, der ganz sicher auch dem persönlichen Anliegen von Thomas Toivi Blatt gerecht wird, und dem ein breites Publikum zu wünschen ist. Mit einer kleinen Einführung ist er sicherlich auch für SchülerInnen sehr gut geeignet.

Lisa Bolyos und Katharina Morawek (Kontakt: plattformgeschichtspolitik@akbild.ac.at) schreiben derzeit an der Akademie



Monument in Sobibór

der Bildenden Künste in Wien ihre Dissertationen bzw. lehren dort. Gemeinsam mit anderen Kolleginnen und Kollegen betreiben sie das Projekt „Plattform Geschichtspolitik“. Sie interessiert u.A. die Verbindung von Oral History und visueller Bearbeitung, ebenso wie die Frage, wie die Shoah filmisch darstellbar ist.

Thomas (Toivi) Blatt ist Autor der Bücher „From the Ashes of Sobibór. A Story of Survival“ (1997), „Nur die Schatten bleiben. Der Aufstand im Vernichtungslager Sobibór“ (2000) und „Sobibór - Der vergessene Aufstand. Bericht eines Überlebenden“ (2004). Bei der Entstehung des Films „Escape from Sobibor“ (Regie: Jack Gold, UK 1987) war er gemeinsam mit dem Überlebenden Stanislaw Szmajzner beratend tätig. Er ist nach wie vor in der Holocaust Education tätig.

Die Berliner VVN-BdA ist gerne bereit Kontakt zu den Filmemacherinnen herzustellen, da er bis jetzt noch über keinen Verleih zu erhalten ist. ■ ■

Kontakt über www.vvn-bda.org

Studienreise:

Oświęcim ist nicht Auschwitz

Eindrücke von einer Gedenkstättenfahrt

Von Thomas Wilms

»Fährt dieser Zug nach Auschwitz?« Es ist erstaunlich wie viel Missverstehen, wie viele Missverständnisse und wie viel Spannung in so einer einfachen Frage stecken können. Sie wurde uns, den Teilnehmern der Gedenkstättenfahrt der Bundesvereinigung der VVN-BdA, von einer anderen deutschen Reisegruppe an einem polnischen Provinzbahnhof gestellt, die in die nette kleine polnische Stadt mit dem Namen Oświęcim (sprich »Oswientschim«) fahren wollte. Oder wollten sie doch eher zum »Museum Auschwitz-Birkenau«, das auf dem Gelände der ehemaligen deutschen KZs Auschwitz I und II eingerichtet wurde, das wiederum am Rande eben dieser polnischen Kleinstadt liegt?

Man weiß in Deutschland, aber auch in anderen Ländern im allgemeinen nicht, dass Oświęcim, abgesehen von der österreichischen Zeit, nur unter den Nazis »Auschwitz« hieß und heute schon gar nicht. Oświęcims Geschichte, insbesondere die seines großen jüdischen Bevölkerungsanteils, beschäftigt nur wenige der Zigtausenden, die in die Gedenkstätte strömen. Selbst im Namen der Einrichtung, die sich eben dieser Geschichte widmet, ist das Missverständnis eingebaut. Es ist das US-amerikanisch finanzierte »Auschwitz Jewish Center« mit der restaurierten Synagoge als Zentrum. Wer in die Gedenkstätte des »Stammlagers« kommt, hat zunächst weniger mit dem authentischen Ort als hauptsächlich mit den anderen Besuchern, insbesondere ihren Ellenbogen, zu tun. An besucherstarken Tagen kann von einem »Auf-sich-wirken-lassen« des Ortes nicht die Rede sein. Der surreale Effekt wird durch die neuerdings für Führungen verpflichtend eingeführten Kopfhörersysteme verstärkt. Der Besucher wird auf Radioempfang gestellt. Die Alternative wären allerdings Lärm und das Stimmenchaos von früher.

Eine weitere Problematik entsteht durch die schiere Größe der Doppel-Gedenkstätte. Auch bei der »großen« Führung, die sich über zwei halbe Tage erstreckt, gewinnt man bestenfalls einen Überblick über die Topographie und Einblicke in einige wenige Teilausstellungen. Es stellt sich daher die Frage, welchen Sinn die üblichen noch

kürzeren Rundgänge machen. Der Besuch einer Gedenkstätte erbringt schließlich nicht automatisch positive Ergebnisse. Der Erfolg hängt in hohem Maße von Vorbereitung und Durchführung z.B. einer Jugendbildungsmaßnahme ab. Völlig zu Recht setzt die »Internationale Jugendbegegnungsstätte« von Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste auf das persönliche Kennenlernen und die gemeinsame Tätigkeit von Jugendlichen aus verschiedenen Ländern, um z.B. nationale Vorurteile abzubauen.

Der Umgang mit dem authentischen Ort im Stammlager, weniger in Birkenau, ist nicht unproblematisch. Die ehemaligen Kasernengebäude werden für die zahlreichen, jeweils einem Thema/einer Nation gewidmeten Ausstellungen verwendet und dafür teilweise auch baulich verändert. Die Ausstellungen, verantwortet von den jeweiligen Staaten, sind völlig unterschiedliche, nicht immer gelungene Produkte. Letzteres gilt leider für die »jüdische« Ausstellung, die schwer verständlich ist und noch die Optik vergangener Jahrzehnte hat.

Die ganz neue in Zusammenhang mit dem Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg erstellte Ausstellung stellte sich hingegen als Glanzstück der Museumsdidaktik heraus.

Ein wichtiger Teil des Gedenkstättenfundus ist öffentlich gar nicht zugänglich. Es

war eine Besonderheit, dass wir die Kunstausstellung sehen konnten, die aber auch nicht mehr als wenige Dutzend der 6.000 Zeichnungen, Gemälde, Drucke und Plastiken zeigt, über die die Gedenkstätte verfügt.

Ambivalent waren auch die Erfahrungen und Erlebnisse mit der polnischen Geschichtspolitik. So führten wir einerseits viele Gespräche mit äußerst kompetenten Mitarbeitern der Gedenkstätte, polnischen und israelischen Künstlern, der polnischen antifaschistischen Organisation »Nie wieder« oder der »Polnisch-Deutschen Gesellschaft für seelische Gesundheit« sowie Universitätsangehörigen, die aufgeschlossene Positionen vertraten.

Andererseits besichtigten wir auf dem Marktplatz Oświęcims auch eine Ausstellung des mit der Birthler-Behörde vergleichbaren staatlichen polnischen Geschichtsinstituts, in dem in Polnisch, Englisch und Deutsch folgender unfassbare Satz zu finden ist: »Das kommunistische Gefängnis war das weitaus schlimmere als Auschwitz.« ■ ■

Im August 2010 führte die VVN-BdA eine Fahrt zur Gedenkstätte Auschwitz und nach Krakau durch. Seit 2005 geschieht dies einmal jährlich. Besucht wurden bislang außerdem die Gedenkstätten Treblinka, Bełżec, Majdanek, Theresienstadt und u.a. die Städte Prag, Lwiv, Warschau, Lublin und Rzeszów. Die inhaltliche Vorbereitung erfolgte zusammen mit der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Außer den historischen Aspekten wurden jeweils auch Themen der polnischen und tschechischen Gegenwart behandelt. Die nächste Fahrt wird im Sommer 2011 in die Gedenkstätte Stutthof und nach Gdansk führen.



Kranzniederlegung an der Todesmauer in Auschwitz Block 11.

Foto: Siegfried Rensch

Buchbesprechung:

Ringelblums Vermächtnis

Das geheime Archiv des Warschauer Ghettos

Von *Andreas Diers*

Samuel D. Kassow zeichnet in seiner Studie nicht nur die Geschichte des Untergrundarchivs im Warschauer Ghetto „Oyneg Shabes“ („Freude des Schabbaths“) nach und präsentiert in diesem Zusammenhang eine Unmenge an Informationen und Quellen. Der Autor rekonstruiert in seinem Werk zudem anschaulich, einfühlsam, akribisch und so detailliert wie es auf Grundlage des vorhandenen Quellenmaterials möglich ist, das Leben und das persönliche sowie gesellschaftliche Umfeld des polnisch-jüdischen marxistischen Historikers Emanuel Ringelblum, ein Leben inmitten des Exzesses fortgesetzter Demütigung und Entrechtung, des Einkerkerns und Aushungerns, das in der Auslöschung des osteuropäischen Judentums durch Erschießungskommandos und in den Gaskammern der Konzentrationslager kulminierte.

Es hat eine Reihe von Untergrund-Archiven in den von den Deutschen besetzten Gebieten gegeben, das „Oyneg Shabes“ ist jedoch das mit Abstand größte gewesen. Dieses hat auch vor allem mit dem unermüdlichen Wirken von Ringelblum zu tun. Leider ist es auf Grundlage der bislang verfügbaren Quellen nicht möglich, eine umfassende Biographie über Ringelblum zu schreiben. Ringelblum hat es nämlich wegen seiner Bescheidenheit so weit wie möglich vermieden, in den Ghettoberichten erwähnt zu werden.

Kassow verortet den politischen Standpunkt Ringelblums als in der Tradition des marxistischen Sozialismus stehend. Seine Begründung für diese Bewertung, sowie seine damit im Zusammenhang stehende Kritik an andersartigen Einschätzungen der politischen Ansichten Ringelblums, sind überzeugend.

In dem Untergrundarchiv des Warschauer Ghettos ist alles gesammelt worden, was das dortige Leben dokumentieren konnte. Auf Grund dieser Materialien wurden auch Berichte für die polnische Untergrundbewegung und für die polnische Exilregierung in London geschrieben. Insbesondere der Briefwechsel des „Judenrates“ mit den deutschen Behörden ist von großer Bedeutung.

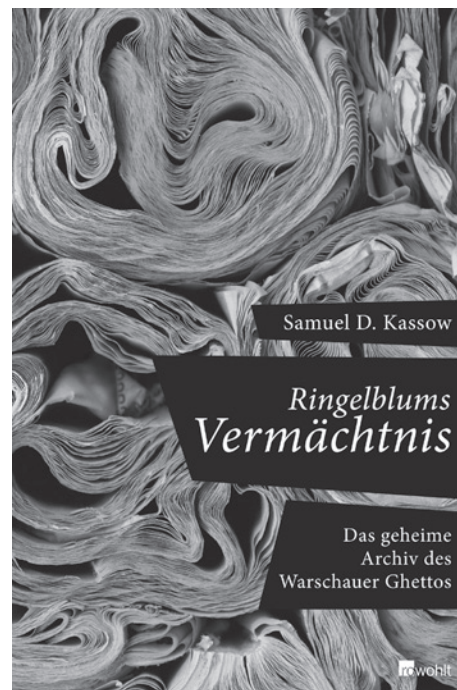
Am 22. Juli 1942 beginnt die „Große Aus-

siedlung“ der Juden aus dem Warschauer Ghetto in das Vernichtungslager Treblinka. Anfang August sichern die Mitarbeiter des Untergrundarchivs ihre Bestände. Ringelblum kann sich mit seiner Familie in den nichtjüdischen Teil Warschaus flüchten. Seine letzten Lebensmonate verbringt er mit rund 40 anderen, zusammengepfercht in dem sieben mal fünf Meter großen Keller eines Gewächshauses. Am 7. März 1944 flieht das Versteck durch Verrat auf, Ringelblum wird nach seiner Festnahme gefoltert und dann mit seiner Familie und den polnischen Beschützern im Warschauer Pawiak-Gefängnis von Faschisten erschossen.

Nur drei von Ringelblums rund 50 Mitstreitern überleben die Verbrechen im Ghetto: die Journalistin und Schriftstellerin Rachel Aurbach, außerdem Hersh Wasser, Sekretär des Archivs, und seine Frau Bluna. Nach Kriegsende kann Hersh Wasser eine Suchmannschaft in den Ruinen des ehemaligen Warschauer Ghettos zur Grabung führen. Am 18. September 1946 entdecken Suchtrupps Teile des Archivs: 1208 Archivalien, wie Tagebücher, Aufsätze, Gedichte, Erzählungen, Verordnungen, statistische Erhebungen ..., rund 35.000 Blatt – Dokumente des Lebens und Sterbens im Warschau dieser Jahre.

Im Dezember 1950 werden weitere 484 Archivalien geborgen. Von der dritten Abteilung des Archivs finden sich an anderer Stelle nur eine Anzahl halbzerstörter Blätter. Der vierte Teil mit Ringelblums letzten Arbeiten aus den Jahren 1943 und 1944 ist noch während des Krieges bei polnischen Freunden versteckt worden. Dieser Teil ist später an das „Museum der Ghettokämpfer“ im Kibbuz Lochamei Hagetaot (Israel) abgegeben worden.

Kassow schildert die Entstehung und die Geschichte des Archivs im Warschauer Ghetto in beeindruckender Weise. Es gelingt ihm in seinem Werk zudem, an Hand des Schicksals von Ringelblum eine Geschichte des Judentums vor und während des Zweiten Weltkrieges in Polen zu schreiben, natürlich mit Schwerpunkt auf der Zeit des Warschauer Ghettos und seines geheimen Archivs. Dabei präsentiert er zahllose neue Informationen, die zu-



Der Autor thematisiert neben zahlreichen anderen Problemen auch den damals wachsenden Antisemitismus in der Bevölkerung Polens, die Kollaboration von Polen, Balten, Ukrainern – und selbst von Juden – mit den faschistischen Besatzern im Zusammenhang mit der Ghettoisierung und Ermordung eines Großteils der jüdischen Bevölkerung. Doch auch zahlreiche Beispiele selbstloser Solidarität einzelner Personen und von Teilen der polnischen Bevölkerung mit den polnischen Juden werden von Kassow aufgeführt.

mindest im deutschsprachigen Raum nur sehr wenigen Spezialisten bekannt sein dürften. Das betrifft nicht zuletzt die sehr komplexe und schwierige Problematik des Verhältnisses zwischen dem polnischen Judentum, der Arbeiterbewegung und dem Marxismus. Die zahlreichen Strömungen, Organisationen, Diskussionen und Auseinandersetzungen sowie Persönlichkeiten der polnischen Arbeiterbewegung sind in der Geschichtswissenschaft der BRD immer noch mehr oder weniger ein „Weißer Fleck“. Angesichts ihrer Bedeutung für den antifaschistischen Widerstandskampf ist das bedauerlich und unverständlich.

Der umfangreiche Anhang mit Anmerkungen, Bibliographie und Personenverzeichnis machen das Buch zu einer Quelle für eine vertiefende Beschäftigung mit der Thematik sowie für weitergehende Forschungen. ■ ■

Samuel D. Kassow: Ringelblums Vermächtnis: Das geheime Archiv des Warschauer Ghettos. Rowohlt Verlag, Hamburg 2010, 704 Seiten ISBN 978-3-49803-547-1, 39,95 €

Heinrich Hannover - Reden vor Gericht

Ein CDU-Baron, der Polen als Wanzen bezeichnete

Der Fall Arthur Sahm ./.. Otto Freiherr von Fircks

Heinrich Hannover, bekannter Strafverteidiger, auch in politischen Prozessen, hat seine interessantesten Plädoyers jetzt als Buch herausgebracht. Darin findet sich auch ein Verfahren, in dem er 1971 beim Amtsgericht Burgdorf den Volksschullehrer Arthur Sahm verteidigte, dem vorgeworfen wurde, den CDU-Bundestagsabgeordneten Otto Freiherr von Fircks durch ein Flugblatt beleidigt zu haben, in welchem die politische Vergangenheit des Freiherrn kritisch beleuchtet wurde. Herr von Fircks war während der Besetzung Polens durch Hitlers Wehrmacht 1939/40 Leiter einer Dienststelle der SS in Lodz, deren Aufgabe die Aussiedlung polnischer Bauern und die Ansiedlung deutscher Bauern auf den Höfen der Vertriebenen war.

In dem Flugblatt hieß es in Bezug auf den damaligen SS-Obersturmführer Otto von Fircks:

»Er hat sich beteiligt an den nazistischen Untaten während der Besetzung Polens! Er war tätig beim SS-Aussiedlungsstab in Litzmannstadt (Lodz), der sogenannten Umwanderungszentralstelle, der UWZ, von der die Zwangsauswanderung der unerwünschten Juden und Polen gelenkt worden ist. Heute jedoch will von Fircks nichts mit der »Aussiedlung«, der Vertreibung von über 1 Million Polen aus ihren Siedlungsgebieten zu tun gehabt haben.«

Über Umfang und Ablauf der als »Umsiedlung« bezeichneten Vertreibung der polnischen Bevölkerung und über sonstige ungeheuerliche Untaten der SS, wie öffentliche Massenerschießungen, enthielt das Flugblatt nähere Angaben. Es zitierte den in den letzten Kriegstagen als Widerstandskämpfer hingerichteten Abwehrchef Canaris, der im September 1939 über die Verbrechen der SS und deutscher Soldaten in Polen geschrieben hatte: »Für diese Methoden wird einmal die Welt auch die Wehrmacht, unter deren Augen diese Dinge stattfanden, verantwortlich machen.« Daran knüpfte das von Arthur Sahm verfaßte Flugblatt den Satz: »Diese Dinge fanden aber auch statt unter den Augen des CDU-Barons aus Neuwarmbüchen.« an.

Herr von Fircks, der wegen seiner von Arthur Sahm aufgedeckten Mitwirkung an Nazi-Untaten in der Öffentlichkeit und wohl auch bei seinen Parteifreunden immer mehr unter Druck geriet, sah sich genötigt, gegen den Verfasser des Flugblatts Strafanzeige zu erstatten. Zwar konnte von Fircks die Behauptung des Flugblatts, daß er damals Polen als Wanzen bezeichnet hatte, nicht bestreiten, doch wehrte er sich gegen

den Vorwurf, an der Vertreibung der polnischen Bevölkerung mitgewirkt zu haben. ... Die Staatsanwaltschaft hatte, wohl im Vertrauen auf die Glaubwürdigkeit des Barons, Arthur Sahm angeklagt, gegen eine im politischen Leben des Volkes stehende Person üble Nachrede begangen zu haben (§ 187 a StGB).

Plädoyer vor dem Amtsgericht Burgdorf am 19. Mai 1971

Der zentrale Vorwurf der Anklage wurde von dem Herrn Staatsanwalt richtig dahin umrissen, daß mein Mandant Herrn von Fircks vorgeworfen hat, er habe sich an den nationalsozialistischen Untaten während der Besetzung Polens beteiligt und sei beim SS-Aussiedlungsstab in Litzmannstadt (Lodz), der sogenannten »Umwanderungszentralstelle«, der UWZ, tätig gewesen, von welcher die Zwangsauswanderung der unerwünschten Polen und Juden gelenkt worden sei. Nun hat sich Herr von Fircks zunächst darauf verbissen, daß diese Stelle nicht »Aussiedlungsstab« geheißen habe. Allerdings ist ihm insoweit zunächst ein bemerkenswerter Freud'scher Versager unterlaufen, indem er nämlich in seinem ersten Schreiben an die Staatsanwaltschaft selber von einer »Kreisaussiedlungsstelle« gesprochen hat, bei der er tätig gewesen sei, und erst in einem späteren Schreiben hat er das dann als einen Irrtum widerrufen. Ein solcher Freud'scher Versager ist ja ganz typisch dafür, daß hier etwas hinter Worten verborgen werden soll.

Der Nebenkläger, der von seinem eigenen Anwalt gelegentlich als Angeklagter bezeichnet wurde – auch das ein Freud'scher Versager –, hat sich nicht nur nach der Behauptung des Angeklagten, Herrn Sahm, in dem von ihm verbreiteten Flugblatt,



sondern auch nach dem Ergebnis der heutigen Beweisaufnahme an nationalsozialistischen Untaten beteiligt, die nicht zu suchen sind in einzelnen Exzessen und Extremen, nach denen der Herr Nebenklägervertreter glaubte vergeblich suchen zu müssen, sondern die zu sehen sind in dem organisierten Bevölkerungstransfer, der damals in Polen veranstaltet worden ist.

... Da sind beteiligt nicht nur diejenigen, die an der Grube gestanden und Menschen erschossen haben und die nun mit eigener Hand Untaten begangen haben, sondern da sind ebenso beteiligt alle die, die in den vielfältigen Zwischenstationen tätig geworden sind: die Leute, die die Eisenbahnwaggons zur Verfügung gestellt haben, die Leute, die die Absperrungen besorgt haben, die Leute, die in irgendwelchen Arbeits- oder sonstigen Stäben gesessen und organisiert haben. Und nicht zuletzt die sogenannten Schreibtischtäter, die irgendwo vom Schreibtisch aus das Ganze gelenkt haben. Auch Adolf Eichmann hat nicht einen einzigen Juden mit eigener Hand umgebracht, und trotzdem sind wir uns wohl alle darin einig, daß er zu Recht als der größte Judenmörder aller Zeiten bezeichnet und verurteilt worden ist. Und so dürfen wir auch bei Herrn von Fircks nicht danach suchen, daß er irgendwo sich seine Hände schmutzig gemacht habe, daß er irgendwo einen Polen persönlich umgebracht habe oder ihn persönlich von seinem Hof vertrieben habe. Nein, er war ein Teil dieser organisierten bürokratischen Polen-Aussiedlungsaktion, die er als

Ansiedlung deutscher Siedler hier beschönigen möchte.

Selbst der Zeuge Paulick, der ja ganz sicher wohlwollend zu Herrn von Fircks eingestellt war, sagte, daß Aus- und Ansiedlung kontinuierlich vor sich gegangen seien. Und wie dieses Kontinuum aussah, das ist uns ja nun deutlich geworden aus den verlesenen Dokumenten und insbesondere aus der Aussage des Zeugen Jagemann (*eines Dozenten, der damals im Arbeitsstab als Dolmetscher tätig war*). Herr Jagemann sagte uns: Der SS-Arbeitsstab, dessen Leiter Herr von Fircks war, hatte nur die Tarnbezeichnung Arbeitsstab. Im Unterschied zu anderen Stäben hieß er nicht Ansiedlungsstab, sondern Arbeitsstab, denn hier war ganz deutlich umfaßt eine doppelte Tätigkeit, nämlich die Aufgabe auszusiedeln, also Höfe freizumachen von polnischen Bauern, und deutsche Siedler auf den gleichen Höfen anzusiedeln. Es handelte sich bei Aussiedlung und Ansiedlung um eine kooperative Tätigkeit, wie es der Zeuge Jagemann formuliert hat, die zwangsläufig in einer Hand verbunden sein mußte, wenn sie überhaupt funktionieren sollte. Und diese Kooperation, dieses Ineinandergreifen der Aussiedlung und der Ansiedlung bedingte auch, daß diese Aktionen in einem Zuge während der Nachtstunden oder der Morgenstunden durchgeführt, mindestens begonnen wurden, damit dann unverzüglich die deutschen Siedler in die von den vertriebenen Polen verlassenen Höfe eingewiesen werden konnten.

Wir haben von Herrn Jagemann – der ganz sicher über den Verdacht erhaben ist, Herrn von Fircks persönlich am Zeuge flicken zu wollen, der sogar ihm bescheinigt hat, daß er persönlich sich ihm gegenüber stets korrekt verhalten habe, der also ganz sicher nicht von irgendwelchen persönlichen Antipathien hier bewegt seine Aussage gemacht hat – hier eine ganz eindrucksvolle Darstellung dessen gehört, was sich in diesen Nacht- und Nebelaktionen abgespielt hat.

Wir haben gehört, daß gegen Mitternacht das Dorf umstellt wurde, daß Maschinengewehre postiert wurden, und wenn hier gesagt worden ist, es sei nicht glaubwürdig, daß ein SS-Arbeitsstab auch über Maschinengewehre verfügt habe, da kann ich wirklich nur lachen. Herr Jagemann ist erfahren genug, um zwischen Maschinengewehren und Maschinenpistolen, die Herr von Fircks einräumen wollte, zu unterscheiden, ganz abgesehen davon, daß der Unterschied kein wesentlicher ist.

Dann wurde unter Mitwirkung eines Mitgliedes des Arbeitsstabes, der die ganze Aktion leitete, das Dorf abgeriegelt und die Aktion etwa um drei Uhr morgens durch zwangsweise Räumung der Häuser und Höfe durchgeführt. Die Menschen wurden aus ihren Betten getrommelt, wie wir gehört haben, und dabei kamen, wie Herr Jagemann es formulierte, keine Exzesse vor, sondern das Ganze war einfach systemimmanent.

Diese Vertreibung als solche war schlicht das Verbrechen, war die Untat, an der sich beteiligt zu haben Herrn von Fircks vorgeworfen werden muß. Ganz abgesehen davon hat es auch einzelne Exzesse gegeben, die auch Herr Jagemann uns geschildert hat. Ich erinnere an den Fall von dem alten Ehepaar, das seinen Hof nicht freiwillig räumen wollte, das dann zusammengeschlagen und auf einen Wagen geworfen wurde. Aber darauf kommt es gar nicht entscheidend an. Es kommt weder darauf an, ob solche Exzesse vorgekommen sind, noch ob Herr von Fircks sie gebilligt oder auch nur von ihnen gewußt hat. Entscheidend ist, daß er als verantwortlicher Mann, nämlich als Leiter des SS-Arbeitsstabes, diese Zwangsräumung polnischer Bauern durchgeführt hat. Die Verantwortung daran kann Herr von Fircks nicht von sich weisen, er kann sie nicht abwälzen auf irgendeinen Landrat, auf irgendeine Polizei-Institution. Wir haben von Herrn Jagemann gehört, wie die Verantwortlichkeiten geteilt waren und daß gerade von Seiten der Polizei häufig Proteste kamen, daß sie hier unter dem Befehl der SS eine derartige menschenunwürdige Aufgabe durchführen mußte.

Es kommt darum auch nicht entscheidend darauf an, ob Herr von Fircks an irgendeiner Aktion persönlich beteiligt war und ob bei dieser Aktion, wie der Herr Nebenklägervertreter ausführte, etwas »vorgekommen« sei. »Dabei ist nichts vorgekommen«, formulierte der Herr Nebenklägervertreter, »weder Erschießungen noch sonstwas.« Ja, aber was geschehen ist, das ist eben dieses Verbrechen, Menschen aus ihren angestammten Höfen zu vertreiben, um andere dort anzusiedeln, also etwas zu tun, was Herr von Fircks heute nicht müde wird als eklatante Verletzung des Heimatrechts zu rügen, wenn es nach seiner Meinung auf der anderen Seite geschieht.

Und dieses ganze Verhalten des Herrn von Fircks, das war nicht etwa bedingt dadurch, daß er sich notgedrungen irgendwelchen gesetzlichen Zwängen unterworfen hat, sondern es war diktiert von einer

Gesinnung, die sich integriert fühlte in dieses Gesamtverbrechen, das die Nationalsozialisten damals in Polen und in anderen Ländern begangen haben. Und dafür ist kennzeichnend seine Einstellung zu den Polen, die in seinem Vergleich von Polen mit Wanzen zum Ausdruck gekommen ist.

Herr von Fircks war damals Mitglied einer Organisation, der Herr Himmler, dieser kleinbürgerliche Großverbrecher, vorstand, der sich einmal über die Fremdvölkischen wie folgt geäußert hat:

»Ein Grundsatz muß für den SS-Mann absolut gelten: Ehrlich, anständig, treu und kameradschaftlich haben wir zu Angehörigen unseres eigenen Blutes zu sein und zu sonst niemandem. Wie es den Russen geht, wie es den Tschechen geht, ist mir total gleichgültig. Das, was in den Völkern an gutem Blut unserer Art vorhanden ist, werden wir uns holen, indem wir ihnen, wenn notwendig, die Kinder rauben und sie bei uns großziehen. Ob die anderen Völker im Wohlstand leben oder ob sie verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur soweit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen. Anders interessiert mich das nicht. Ob bei dem Bau eines Panzergrabens 10.000 russische Weiber an Entkräftung umfallen oder nicht, interessiert mich nur soweit, als der Panzergraben für Deutschland fertig wird. Wir werden niemals roh oder herzlos sein, wo es nicht sein muß, das ist klar. Wir Deutsche, die wir als einzige auf der Welt eine anständige Einstellung zum Tier haben, werden ja auch zu diesen Menschen-Tieren eine anständige Einstellung einnehmen. Aber es ist ein Verbrechen gegen unser eigenes Blut, uns um sie Sorge zu machen und ihnen Ideale zu bringen.«

Das stammt von Heinrich Himmler, dem damaligen Dienstherrn des Herrn von Fircks, der getreu diesem Vorbild meinte, Polen mit Wanzen vergleichen zu können. Ein weiterer Vorwurf des Flugblatts und ursprünglich Vorwurf der Anklage, von dem der Herr Nebenklägervertreter meint, ihn – entgegen dem Plädoyer des Herrn Staatsanwalts – noch immer aufrechterhalten zu sollen, besteht darin, daß der Angeklagte Herr von Fircks in Verbindung mit Erschießungen in Polen gebracht habe. Dabei ist in dem Flugblatt ein General Petzel zitiert, der davon gesprochen hat, daß an fast allen größeren Orten in Polen Erschießungen in größerem Umfang vorgekommen seien. Und nun wird aus dem Zeitpunkt dieser Äußerungen des Generals Petzel gefolgert, das könne ja Herrn von Fircks in keiner

Weise betreffen, denn er sei zu dieser Zeit noch gar nicht in Polen gewesen. Damit wird nun dem Gericht unterstellt, über so wenig geschichtliche Kenntnisse zu verfügen, daß es nicht wüßte, daß diese Erschießungen in Polen sich auch in den folgenden Jahren fortgesetzt haben. In dem Buch von Broszat, das ich Herrn von Fircks und überhaupt jedem zur ausführlichen Lektüre dringend empfehlen kann, ist in aller Genauigkeit und urkundlich belegt darüber berichtet worden, wie die Generation unserer Väter, zu der Herr von Fircks ja gehört, sich in Polen ausgetobt hat, wie dort die Menschen in Massen erschossen worden sind. Ich zitiere jetzt aus einem anderen Werk (Heinz Höhne: Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, Band 2, Fischer-Bücherei, Band 1053, S. 325):

»Unter dem Deckmantel des Anti-Partisanen-Krieges setzten Himmlers Verbände den Ausrottungsfeldzug gegen die polnische Oberschicht fort. Immer wieder wurden Polen verhaftet und von Zeit zu Zeit reihenweise liquidiert wie in dem berühmtesten Unternehmen dieser Art, der »Außerordentlichen Befriedungsaktion« im Frühjahr 1940 (!), bei der 3.500 Polen erschossen wurden.«

Dieses eine Zitat mag genügen, um die Behauptung des Herrn Nebenklägerversetzers hier als Illusion zu kennzeichnen, daß nach dem Auftauchen des Herrn von Fircks in Polen keine Menschen mehr erschossen worden seien. Im Gegenteil, wir haben Anlaß zu befürchten, daß Herr von Fircks auch von der Aktion, die ganz in seiner Nähe, nämlich in Lodz, am 1./2. März 1940 stattgefunden hat, nicht ohne Kenntnis geblieben ist, als nämlich die Polen [richtig: Juden] unter Gewaltanwendung und unter schrecklichen Untaten, bei denen viele Menschen getötet und hingerichtet worden sind, in das für sie freigemachte Ghetto eingewiesen wurden.

... Insgesamt bleibt – und darin stimme ich dem Herrn Staatsanwalt zu – von dem ursprünglichen Anklagevorwurf, der sich auf den Strafantrag des Herrn von Fircks stützte, nichts übrig. Herr von Fircks meinte, seine Ehre sei durch das Flugblatt meines Mandanten verletzt worden. Wenn von der Ehre eines früheren SS-Angehörigen die Rede ist, der in solchem Maße mit den Untaten der SS zu tun hatte wie Herr von Fircks, dann fällt mir notwendig der Wahlspruch der SS ein: »Unsere Ehre heißt Treue!« Auch Herr von Fircks ist sich treu geblieben. Er ist sich und seiner Gesinnung immer treu geblieben, und darin ist er wohl ein SS-Mann geblieben, getreu seinem

Wahlspruch von damals. Diese Ehre des Herrn von Fircks hat mein Mandant nicht verletzen können, dieser Ehre hat Herr von Fircks selber großen Schaden angetan durch das, was er damals getan hat, und er hat ihr sicher auch keinen guten Dienst geleistet durch das, was er später getan hat.

Wenn hier abzuwägen ist zwischen dem Grundrecht, auf das mein Mandant sich berufen kann, nämlich das Grundrecht der freien Meinungsäußerung – das zu verstehen ist als das Recht, und ich möchte sagen, die Pflicht eines Demokraten, am Prozeß der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung mitzuwirken – gegen das Interesse des Herrn von Fircks, über seine politische Vergangenheit den Mantel des Schweigens decken zu wollen, dann würde ich sagen: Ein solches Interesse würde ich akzeptieren, wenn Herr von Fircks sich zurückgezogen hätte, wenn er sich geschämt hätte dessen, was er damals getan hat, und wenn er nicht den Versuch gemacht hätte, auch heute noch in der Öffentlichkeit zu wirken. Aber das hat er eben nicht getan. Sondern er hat sich nach wie vor in die öffentliche Wirksamkeit gedrängt, er ist im Bundestag als Abgeordneter der CDU hervorgetreten und hat noch in der jüngsten Zeit die Regierungspolitik, die auf eine Aussöhnung mit dem Osten hinzielt, diffamiert und hat der Bundesregierung vorgeworfen, sie habe deutsches Land verschenkt. Er hat sich nicht gescheut, an einer Reise nach Israel teilzunehmen, und hat auch die Kritik, die an dieser Reise und seiner Mitwirkung geübt worden ist, mit leichter Hand zurückgewiesen. Er hat gar nicht gespürt, daß man so etwas als ein Mann mit dieser Vergangenheit nicht tun kann.

Ich meine, mein Mandant hat eine wichtige Aufgabe erfüllt und wahrgenommen als einzelner Staatsbürger, indem er in einem Flugblatt, oder in mehreren Flugblättern, diesen Herrn von Fircks als unmöglich für die Mitwirkung in einem hohen Organ unseres Staates gekennzeichnet hat. Aber Herr von Fircks ist disqualifiziert durch das, was er selbst getan hat, nicht durch das, was Herr Sahn ihm angetan hat. Herr Sahn hat insoweit nur die Wahrheit ausgesprochen, und diese Wahrheit sollte in einer funktionierenden Demokratie allerdings für Herrn von Fircks tödlich¹ sein. – Ich beantrage Freispruch!

¹ Gemeint war der »Todesstoß« für seine politische Karriere.

Das Urteil und seine Geschichte

Mein Mandant, Arthur Sahn, wurde, wie nach dem Gang der Hauptverhandlung nicht anders zu erwarten, vom Vorwurf der üblen Nachrede freigesprochen, da der Kern dessen, was in seinem Flugblatt über die Beteiligung des Nebenklägers an nazistischen Untaten gestanden hatte, sich als wahr erwiesen hatte.

Um so erstaunlicher war die Entscheidung einer mit einem Berufsrichter und zwei Schöffen besetzten Strafkammer des Landgerichts Hildesheim, die auf die Berufung des Herrn von Fircks meinen Mandanten wegen politischer übler Nachrede zu einer Geldstrafe von 2.000 DM verurteilte. In der Begründung hieß es, daß ein flüchtiger Leser aus dem Flugblatt den zwischen den Zeilen versteckten Verdacht herauslesen könne, daß der Nebenkläger nicht nur an der Aussiedlung, sondern auch an der Vernichtung polnischer Menschen mitgewirkt habe.

Da das Oberlandesgericht Celle die von mir eingelegte Revision verwarf, bedurfte es der Anrufung des Bundesverfassungsgerichts, um dieses auch in der Öffentlichkeit heftig kritisierte Urteil aus der Welt zu schaffen.

Auf meine Verfassungsbeschwerde wurden die Urteile des Landgerichts Hildesheim und des OLG Celle als mit dem Recht der freien Meinungsäußerung unvereinbar aufgehoben und die Sache an das Landgericht Hildesheim zurückverwiesen.

Der fällige Freispruch meines Mandanten konnte nur noch eine Formalie sein. Aber man ließ die Sache liegen, die Akten verschwanden vorübergehend sogar, und man entsorgte dieses für den in Vertriebenenverbänden in herausgehobener Position tätigen CDU-Bundestagsabgeordneten Otto Freiherr von Fircks so überaus peinliche Verfahren schließlich durch Einstellung wegen Verjährung im Beschlußverfahren ohne erneute Hauptverhandlung. Den Lehrer Arthur Sahn ließ die Justiz auf seinen enormen Kosten für die aufwendigen Recherchen sitzen. ■ ■

Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des PapyRossa Verlags

*Heinrich Hannover
Reden vor Gericht – Iädoyers in Text und Ton
Hardcover mit einer Audio-CD
276 Seiten, 14 s/w-Abb., EUR 22,00
PapyRossaVerlag Köln, August 2010
ISBN 978-3-89438-438-8*

Henryk Mikołaj Górecki – 1933 bis 2010

Symphonie der Klagelieder

Er starb in seiner schlesischen Heimat

Für die Musikkritik stand er stets im Schatten Witold Lutosławskis (1913-1994) und seines Altersgenossen Krzysztof Penderecki. Und doch war ihm ein grandioser Publikumserfolg beschieden, der ihn weltberühmt machte.

In den 1990er Jahren nämlich wurde seine 3. Symphonie zu einem überall gefeierten Werk der zeitgenössischen Musik. Die einfache Linienführung, die ausgedünnten Sätze, die fast asketisches Format annehmen, die dadurch erreichte klangliche Leuchtkraft und die Thematik der um ihre Kinder trauernde Mutter ergriffen das Publikum, vornehmlich ein jüngeres. Moderne Musik begeisterte und stürmte in den Klassikcharts insbesondere in der anglosächsischen Welt ganz nach oben.

Kein anderes seiner Werke erreichte den Bekanntheitsgrad dieser 3. Symphonie. Sie wird auch als „Symphonie der Klagelieder“ bezeichnet, da die drei Sätze sich jeweils auf ein Klagelied aus unterschiedlicher Epoche beziehen. Górecki selbst bezeichnete seine Symphonie als „Drei Stücke im alten Stil“.

Die Symphonie für Sopran und Orchester vereint ein Klagelied aus dem 15. Jahrhundert, ein 1944 in Zakopane an die Wand im Gestapogefängnis geritztes kurzes Gebet eines jungen Mädchens und ein Volkslied, in dem die Mutter ihren im Krieg gebliebenen Sohn beweint. Komponiert wurde das Stück 1976, im selben Jahr auf dem Festival „Warschauer Herbst“ erstmals aufgeführt.

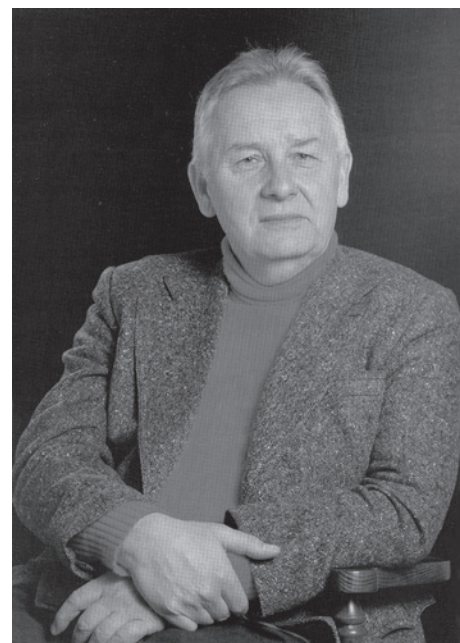
Ein Jahr später erfolgte durch das Symphonieorchester des Südwestdeutschen Rundfunks Baden-Baden die erste Aufführung außerhalb Polens. Die Fachwelt war verblüfft, denn als Komponist trat einer der radikalsten Avantgardisten auf, den die polnische Szene der ersten Musik aufzuweisen hatte. Gorecki knüpfte in seinem nun folgenden Schaffen an diesen gewaltigen Bruch an, blieb den Prinzipien asketischer Linienführung und eindrücklicher Klangteppiche treu.

Seinen Erfolg erntete er zwar erst einige Jahre später – aber der war zugleich ein internationaler Durchbruch. Damit gehörte er von nun an zu den international bekanntesten polnischen Komponisten des 20. Jahrhunderts. Aus seinem umfangrei-

chen Schaffen sei an dieser Stelle noch der Psalm „Beatus vir“ erwähnt, den Górecki 1978 im Auftrag des damaligen Kardinals Karol Wojtyła, des späteren Papstes, großflächig vertonte. Empfohlen seien hier ausdrücklich die Plattenaufnahmen der 3. Symphonie mit den polnischen Dirigenten Jerzy Katlewicz und Antoni Wit sowie mit den Sopranistinnen Stefanie Woytowicz und Zofia Kilanowicz.

Henryk Górecki starb am 12. November 2010 in Katowice, in seiner schlesischen Heimat, der ein Leben lang er die Treue hielt.

Holger Politt ■ ■



Henryk Mikołaj Górecki.

Foto: Lech Kowalski & Włodzimierz Pniewski

Deutsch-Polnische Gesellschaft Bielefeld gratuliert dem Stadtpräsidenten von Rzeszów zur Wiederwahl



Der soeben neugewählte Vorstand der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bielefeld e. V. (unser Foto) hat dem Stadtpräsidenten der Bielefelder Partnerstadt Rzeszów, Tadeusz Ferenc, zu seiner beeindruckenden Wiederwahl gratuliert und ihm alles Gute für die Zukunft gewünscht. Dabei wurden die Verdienste von Tadeusz Ferenc sowohl für die rasante Entwicklung seiner Stadt als auch für die Fortentwicklung der hervorragenden Beziehungen zwischen Rzeszów und Bielefeld herausgestellt.

Dem neuen Vorstand der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bielefeld e. V., der am selben Tag wie der Stadtpräsident gewählt wurde, gehören Rainer Lux als Vorsitzender, Gregor Suchy und Ute Sauer als stellvertretende Vorsitzende, Aleksandra Rybak, Andreas Chmielecki und Ewa Oziembala an. ■ ■

Aktiv für gute Nachbarschaft:

Gustav Adolf „Täve“ Schur wird 80

Von Werner Stenzel

Für die Radsportler in Deutschland ist der Name Täve ein Begriff. Im Osten Deutschlands kennen ihn aber auch ausserhalb der Sportinteressierten viele Menschen. Doch die wenigsten wissen, daß er Gründungsmitglied der Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen ist. Am 23. Februar 2011 feiert Täve seinen 80. Geburtstag.

Es sind 51 Jahre vergangen, seit dem er seinen 2. Weltmeistertitel erkämpfte, vor 50 Jahren spurtete er zu olympischen Silber und 12 mal nahm er an der Friedensfahrt, der „Course de la Paix“ teil, die er zweimal gewann. Täve ist keineswegs nur ein Fall für Sporthistoriker.

Noch heute ist er gefragter Interviewpartner, Gast bei Fernsehsendern; wird er zu Sportveranstaltungen gerufen und seine Autogramme sind begehrt wie eh und je.

Der über die Jahre populärste Sportler der DDR wurde in der Volkskammer und in den Bundestag gewählt, verstanden von seinesgleichen, verleumdet von jenen die der DDR Feind sind.

Von Seinesgleichen? Er wurde in eine Familie mit fünf Kindern groß, bei seinem Meister, einem Maschinenmechaniker lernte er hart arbeiten und hatte bei seinen Kollegen schnell einen Stein im Brett.

Eine Verkäuferin erwählte er zu seiner Frau. Auf einem abenteuerlich anmutenden Diamant-Rad wurde ein klappriger Linienbus sein erster Trainingspartner auf dem Weg zur Arbeit.

Er blieb seinem Milieu und damit seiner Heimat in Heyrothsberge, unweit von Magdeburg treu. Dort ganz in der Nähe, in Kleinmühligen gibt es heute ein Friedensfahrtmuseum, nicht als Tempel der Erinnerung oder Archiv, sondern als Zentrum vielfältiger Initiativen für den Volkssport, als Treffpunkt von Spitzensportlern und Journalisten. Hier treffen sich Menschen die sich von Täve in der einen oder anderen Weise beeinflusst fühlen.

Über ihn steht geschrieben „Die Faszination des Menschen Täve Schur gründet sich nicht auf seine sportlichen Erfolge. Da hat es nach ihm weitaus erfolgreichere Radrennfahrer gegeben, es sind vielmehr seine bodenständige Bescheidenheit, Freund-

lichkeit, Hilfsbereitschaft, sein Gespür für die Sorgen und Nöte der Mitmenschen- kurz seine soziale Kompetenz „

Diese soziale Kompetenz verbindet ihn auch mit den Bürgern jenseits der Oder und Neiße.

In seiner Autobiographie schrieb Täve wie er bei seinem ersten Start in Warschau eine alte, verloren wirkende Frau beobachtete und sich fragte, was sie wohl denken möge: „Da sind sie wieder die Deutschen. Was wollen die hier schon wieder inmitten der Trümmer? Gut genährt, weißes Trikot mit schwarz-rot-goldenem Brustband“

Er grübelte, wen mag sie verloren haben Sohn, Tochter, Enkel, die Familie. „Damals habe ich mir geschworen, Du wirst ein anderer Deutscher sein, als jene die ihr und



ihren Landsleuten dieses Leid zugefügt haben“.

Elf weitere Male ging Täve noch an den Start, wurde Freund und Rivale von Krolak, Gazda, Szurkowski, Fornalczyk, Szurkowski und all den anderen auf den Straßen des Friedens.

Es nimmt also nicht Wunder, daß Täve zu den Gründungsmitgliedern der Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen zählt und im Jahre 1992 die Initiative zu den Deutsch-Polnischen Radtouren der guten Nachbarschaft mit ergriff.

60 deutsche und polnische Teilnehmer waren es, die 1993 die 435 km zwischen Küstrin, Gorzow und Frankfurt/Oder unter die Reifen nahmen. Mit dabei Täve mit seinem ehemaligen Mannschaftskameraden Rolf Töpfer.

Er blieb nicht bei diesem einen Mal, bei der Tour, die auch ein Hauch der Friedensfahrt verbreitet.

In einem Grußwort zum zehnten Jahr der Nachbarschaftstouren nannte er sechs Gründe für den Bestand dieser Touren: Einer war „Unsere gute Nachbarschaft und unsere bescheidenen Rennen sind praktizierte Nachbarschaft, auf die wir stolz sein können. Das Geld ist knapp, die Sponsoren rar, aber unser fester Wille, weiter an der Brücke zwischen unseren Völkern zu bauen, ist unerschütterlich.“

Übrigens, Fahrräder haben keinen Rückwärtsgang. ■ ■



„Täve“ Schur und Werner Stenzel (li) gehören zu den Gründern der deutsch-polnischen Radtouren der guten Nachbarschaft.

Projekt der Gedenkstätte Ahrensböck: Begegnung nach 66 Jahren

Ehemalige polnische Zwangsarbeiter im Mai zu Gast

Von Prof. Dr. Jörg Wollenberg

Im April 1945 zählte die Gemeinde Ahrensböck bei Lübeck knapp über 5000 Einwohner. Nach der Volkszählung von 1939 lebten hier 5063 Einwohner, davon knapp 2000 in Ahrensböck. Dazu gehörte auch die Familie Fritz und Herta Wollenberg mit fünf zwischen 1936 und 1943 in der Pferdemarktstraße 113 geborenen Kindern. Unser Leben verlief scheinbar ganz „normal“, einmal abgesehen von einem Cousin meines Vaters, der sich in den letzten Kriegstagen bei uns aufhielt, seine (SS-) Uniform auf dem Boden versteckte und vor dem Einrücken der alliierten Truppen spurlos verschwand. Das Schicksal unserer Nachbarn, der Großfamilie des jüdischen Tierarztes Beckhard, die 1938 zur Arisierung des Hauses (Globus-Gummi-Werke) und zur Flucht in das Exil (USA) gezwungen wurde, blieb unthematisiert. Ebenso das

von Nelly Kröger, der unehelichen Tochter des jüdischen Pferdehändlers Noah Tropolowitz aus Ahrensböck (1858-1935), die im französischen Exil Heinrich Manns zweite Ehefrau wurde.

Dem trinkfesten Schweinehändler Franz Koop gelang es gar, geschützt vom SA-Führer und Regierungspräsidenten Heinrich Böhmecker, jeder Verfolgung und Verhaftung zu entgehen, obwohl der Sozialdemokrat die „völkische Reinheit“ durch die Heirat mit einer anderen Tropolowitz-Tochter zerstört hatte. Deren gemeinsame Tochter wurde wiederum gelegentlich von meinen Mitschülern als „Juden-Lore“ diffamiert. Als normal angesehen wurde die Anwesenheit der damals 16-jährigen polnischen Hausgehilfin Wanda Bankowska, die vom Juli 1940 bis zum Februar 1941 zwangsverpflichtet in meinem Elternhaus für die Be-

Auszüge aus der Ausländermeldekartei der Gemeinde Ahrensböck: oben u. a. mit Jan Rechcinski (geb. am 13.10.1934), der ab 2. Mai 2011 Gast in Ahrensböck sein wird und der 1943 seinen Vater und seine Mutter, die beim Globus vom 10.3.1943 bis zum 14.12.1945 arbeiteten, mit vier weiteren Geschwistern „begleitete“. Darunter ein weiterer Gast im Mai 2011: Der hier nicht aufgeführte Sohn von Eugeniusz und Maria Siwierski, der auf dem Sibliener Hof am 6.12.1941 geboren wurde. Beide Eltern heirateten am 9.9.1941 in Sibirien.

treuung von uns Kindern sorgte. Sie steht stellvertretend für die vergessenen 1294 ausländischen Arbeitskräfte, die zwischen 1939 und 1945 in Ahrensböck in der Regel in den Betrieben und auf den Bauernhöfen, aber auch in Privathaushalten zwangsverpflichtet tätig wurden. Deren Schicksal konnte erst 50 Jahre später durch einen Zufallsfund dem Vergessen im Rahmen der Gedenkstättenarbeit vor Ort entrissen werden. Ein leitender Mitarbeiter der Gemeinde und Mitstreiter der Gruppe 33, Norbert Fick, entdeckte auf dem Dachboden des neuen Rathauses die vollständig erhaltene Ausländermeldekartei (ohne Kriegsgefangene). Sie gibt präzise Auskunft über Geburtsort, Zuzugs- und Fortzugsdatum, Sterbetag wie auch Geburt von Kindern während des Arbeitseinsatzes in der Gemeinde (vgl. Norbert Fick, in Wollenberg, Ahrensböck 2000, S.130-157).

In der Gemeinde Ahrensböck waren von den 1294 Zwangsarbeitern 243 jünger als 15 Jahre. 28 von ihnen kamen als Kinder in Ahrensböck zur Welt, drei wurden als Totgeburten registriert. Die hohe Zahl dieser ausländischen Arbeitskräfte musste zu unmittelbaren Begegnungen mit ihnen in den Betrieben, in der Landwirtschaft oder in den Privathaushalten führen. Nicht zu übersehen waren die Wohnbaracken der größeren Betriebe wie der Flachsröste oder der Ziegelei. Die Baracke der Globus-Gummi- und Asbestwerke für die 96 Frau-

Aus der Meldekartei die „Hausgehilfinnen“ Martha Bodier, Wanda Bankowska und Hildegard Roth. Letztere arbeitete ab 4. Mai 1943 in Wöbs arbeitete und wurde am 22. Februar 1944 in der Lehrerinnenbildungsanstalt (LBA) in der Lindenstraße aufgenommen, um später als Lehrerin tätig zu werden. Am 1. März 1945 kehrte sie nach Sonderburg zu den Eltern zurück.



Wanda Bankowska mit Heike, Uwe und Jörg Wolenberg im September 1940.

en und Männer aus Polen, der UdSSR, Niederlande und Belgien lag in unmittelbarer Nähe der Lübeckerstraße neben dem alten Pastorat und unweit der alten Volksschule (heute gegenüber dem Hauptverwaltungsgebäude vom Globus).

Fast alle Familien der Großgemeinde konnten die Gegenwart dieser Zwangsarbeiter ebenso wenig übersehen wie die Präsenz von rund 500 ehemaligen KZ-Häftlingen aus Auschwitz und Dora, die vom 13. April bis zum 3. Mai 1945 immer wieder im Ort um Hilfe und Unterstützung in ihren Notunterkünften baten. Die ihnen folgenden tausenden an Flüchtlingen und Heimatvertriebenen versuchten, ab Februar/März 1945 in Ostholstein eine neue Heimstätte aufzubauen. Das führte u. a. zur Schließung der Schulen im Kreise und zur konfliktreichen Überfüllung aller Haushalte, besonders bei denen, die schon Zwangsarbeiter beschäftigten.

Erst 66 Jahre danach wird es zwischen dem 3. und 8. Mai 2011 zu einer Begegnung mit einigen der noch lebenden 18 (von einst 446) ehemaligen Zwangsarbeitern aus Polen kommen, eingeladen von der Gedenkstätte Ahrensböök, dem Bürgermeister der Gemeinde Ahrensböök, den ehemaligen „Arbeitgebern“, den Globus-Werken und dem Sibliner Hof. Auch ihr Leben und Leiden darf nicht in Vergessenheit geraten und harret der erzählenden Aufarbeitung. Die Gedenkstätte Ahrensböök bittet um Unterstützung dieses Projekt. Wer noch Erinnerungen an diese Zeit besitzt oder auf Fotos, Briefe und Dokumente zurückgreifen kann, wird gebeten, sie der Gedenkstätte Ahrensböök, Flachsröste 16, 23623 Ahrensböök (gedenkstaetteahrensboek@t-online.de) oder dem Autor zur Verfügung zu stellen. Schon jetzt sind Sie zur Begegnungswoche zwischen dem 3. und 8. Mai 2011 mit zahlreichen Veranstaltungen und einer Ausstellung in der Gedenkstätte herzlich eingeladen. ■ ■

Und noch einmal - Steinbach

Sehr viel hat man nicht mehr von ihr gehört, seit ihrem Abschied aus dem CDU-Präsidium und dem Skandal um ihre Interviewäußerung über Władysław Bartoszewski. Aber Erika Steinbach ist damit beileibe nicht aus der Politik verschwunden. Und dasselbe gilt für ihre politischen Ziele.

Wir erinnern uns: Die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen erteilte in einem Interview im September, zwei Tage nach ihrem Rückzug aus dem CDU-Präsidium, dem ehemaligen polnischen Außenminister und jetzigen Sonderbeauftragten des polnischen Präsidenten für die Beziehungen zu Deutschland Kopfnote; er habe „einen schlechten Charakter“. Bartoszewski gilt in Polen und im Ausland als moralische Autorität, hat als Pole das KZ Auschwitz überlebt, und saß nach dem Krieg als katholischer Intellektueller in einem polnischen Gefängnis, den Konservativen ist er die Galionsfigur für die deutsch-polnische Annäherung, sog. „Versöhnung“. Als selbst ihr nahestehende Parteifreunde sich über sie öffentlich entrüsteten, ruderte Steinbach zurück. Doch wer kann glauben, dass die erfahrene Politikerin einen solchen Mann aus Versehen schmähete? Nein, diese Flegelei war vorsätzlich inszeniert. Sie passt vom Stil wie vom Inhalt her zur Programmatik dessen, was sich Frau Steinbach zur Lebensaufgabe gesetzt hat, und wofür sie breiteste Unterstützung nicht nur in den Medien, sondern auch in der Politik bekommt, weit über ihre unmittelbare Anhängerschaft hinaus.

Denn was ist die Bedeutung dieser Vorgänge? Erstens: Das „Zentrum gegen Vertreibungen“, das „Mahnmal für die deutschen Opfer“, ist auf die Präsenz seiner Erfinderin und wichtigsten Promotorin im Kuratorium nicht mehr angewiesen, da es politisch ausreichend abgesichert ist. Frau Steinbach kann sich nun ohne politische und diplomatische Rücksichtnahme ihren Aufgaben an der Spitze des BdV, des „größten Opferverbandes“ widmen. Was immer sie dort sagt, es wird an der Unterstützung der Mehrheit der im Bundestag vertretenen Parteien (mit Ausnahme der Linken) für das „Zentrum“ nichts ändern. Zweitens: Ihr gegen zwei Sitze für den BdV erkaufter Verzicht auf einen Sitz im Kuratorium des „Zentrums“ und die Begründung, mit der sie aus dem CDU-Präsidium ausschied („mangelnder Rückhalt für Konservative“) lässt bei Frau Steinbachs Gespür fürs politische Klima ahnen, dass sie sich demnächst vom rechten Rand melden wird. Und drittens: Man kann (unter gewissen Umständen) einen Auschwitzüberlebenden öffentlich verhöhnen, auch wenn man kein Neonazi sondern CDU-Mitglied ist. Und man kann dafür auch noch ein Spitzenergebnis bei der (Wieder-) Wahl zur Präsidentin eines fast ausschließlich aus Steuermitteln finanzierten politischen Kampfverbandes erzielen.

Und das ist der eigentliche Skandal.

Friedrich Leidinger



Während man in Stuttgart gegen einen unterirdischen Bahnhof demonstriert, hat man in Warschau die Pläne, den unterirdischen Bahnhof durch einen neuen zu ersetzen, aufgegeben. Der alte Centralbahnhof wird gegenwärtig renoviert. Foto: Politt

Preiswert nach Polen reisen:

Für 10 Euro von Berlin nach Szczecin

Von Ulrike Höck

Reisen nach Polen soll attraktiver werden. Aus diesem Grund hat der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) sein Angebot jetzt um ein attraktives Einzelticket erweitert. Für nur 10 € erreicht man das 140 km von Berlin entfernte Szczecin (Stettin). Im Zweistundentakt erreicht man mit dem Regionalexpress in rund zwei Stunden die polnische Hafenstadt. Dabei gilt das Ticket (Rückfahrtticket 20 €) auch noch im gesamten Berliner Stadtgebiet sowie für den Stadtverkehr in Szczecin.

Bereits am Ausgang des Bahnhofs findet der Besucher – rot auf dem Boden markiert – den Beginn der 7 km langen „Städtischen Route“, die zu einem Spaziergang entlang historischer Sehenswürdigkeiten einlädt. Zumindest Teile hiervon sollte man sich erwandern.

Der Weg führt durch die Altstadt vorbei an dem Alten Rathaus, einem sorgfältig rekonstruierten Backsteinbau aus dem 14. Jahrhundert mit dem Museum der Stadt Szczecin. In dessen Umgebung erinnern erste, im historischen Stil rekonstruierte, Gebäude an den früheren Markt. Weiter geht's hinauf zum Schloss der Pommerischen Herzöge, das schon von weitem beeindruckt. Der barocke Palast beherbergt heute ein Kulturzentrum mit Museum und weiteren Kultureinrichtungen. Ein Schlosshof dient als attraktiver Ort für Freilichttheater und Konzerte. In einem urigen Restaurant lädt hier der Wirt zu traditioneller polnischer Küche ein; besonders empfehlenswert ist die preisgekrönte Zandersuppe (mit Gurken und Gemüse).

Unterhalb des Schlosses gelegene moderne Stadthäuser versuchen sich der historischen Umgebung anzupassen. Über Treppen führt ein Weg weiter zum Meeresmuseum und zu den Hakenterrassen (Waly Chrobrego), die hinab zum Ufer der Oder führen. Hier starten Ausflugsschiffe: verschiedene Touren führen über die Oder, entlang der Industrieanlagen und der früheren Werft oder zu nahegelegenen Seen. Die Natur hat einige Inseln zurückerobert: wo einst deutsche U-Boote ankerten, nutzen heute Segler die tiefen, geschützten Buchten der Inseln. Inmitten der Stadt findet man sich in scheinbar unberührter Natur wieder und bekommt eine erste Ahnung

von den weitreichenden Kanurevieren des Unteren Odertals.

Wer lieber hoch hinaus will, dem bietet der Turm der Jakobskathedrale einen hervorragenden Blick über die Altstadt – bequem mit dem Fahrstuhl zu erreichen.

Für Pedalritter lohnt die Mitnahme des Fahrrads (VBB -Einzelfahrausweis 2.80 / Tageskarte 5€). Stettin hat eine Touristi-

sche Fahrradkarte mit Routen zu den historischen Sehenswürdigkeiten oder den vielen Parks und Gewässern der Stadt ausgearbeitet. Entlang der großen Alleen, die einst nach Pariser Vorbild entstanden sind breite Fahrradwege erneuert worden und das Radwegenetz soll weiter ausgebaut werden.

Welche Wege man auch wählt, Stettin ist mehr als eine Tagesreise wert. Wer die Stadt für sich entdeckt hat, kommt gerne wieder und kann die spannende Entwicklung einer Stadt verfolgen. ■ ■

Weitere Infos: www.berlin-stettin-ticket.de, www.szczecin.eu/de oder www.polen.travel



Das Schloss der pommerischen Herzöge in Szczecin.

Foto: Höck

Wenn Sie uns helfen wollen...

... gibt es verschiedene Möglichkeiten..

1. Auf der Webseite www.spendenportal.de finden Sie unter dem Stichwort „POLEN und wir“ unser Projekt. Hier können Sie online einen Betrag Ihrer Wahl per Lastschriftverfahren für uns spenden. Der Betrag kommt ohne Verwaltungskosten oder Gebühren in voller Höhe unserer Zeitschrift zu Gute.

2. Sie können uns abonnieren. Für nur 12 Euro im Jahr frei Haus. Einfach eine Mail an: redaktion.puw@polen-news.de senden.

3. Werden Sie doch einfach Mitglied der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V. Fordern Sie unverbindlich weitere Informationen an bei:

Manfred Feustel, Im Freihof 3, 46569 Hünxe, Fax: 02858 7945 oder per mail: dpg-brd@polen-news.de

POLEN und wir

Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung.



Politik ist die Praxis der Wissenschaft vom Notwendigen

Helmut Ridder (1919–2007)

Herausgegeben von Christoph Koch

2010

438 Seiten, Paperback

ISBN 978-3-89975-205-2

59,90 Euro (D)

104,00 Franken (CH)

Das Buch

Helmut Ridder, Professor für Öffentliches Recht und die Wissenschaft von der Politik an der Universität Gießen, war der unbeirrbarste Anwalt der am Vorbild westlicher Demokratien zu messenden deutschen Republik. Er ließ nicht ab, den deutschen Nachkriegsstaaten die Folgen ihrer Demokratieverfehlung vorzuhalten. Kristallisationspunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit ist das lebendige Wechselverhältnis von Geschichte, Recht und Politik. Das Buch vereint über den Kreis der Schüler Ridders hinaus Wissenschaftler und Politiker, die mitunter auch abweichende Standpunkte stark zu machen suchen.

Die Thematik der Referate reicht von der Weimarer Republik bis zur Gegenwart. Einzelne Beiträge behandeln auch Fragestellungen der aktuellen politischen Auseinandersetzung. Der Anhang enthält zwei spätere Texte Ridders, die verschiedentlich Antworten auf die in den Beiträgen aufgeworfenen Fragen zu geben vermögen. In einer Zeit, in der in Europa demokratiefeindliche Einstellungen an Boden gewinnen, gibt der Band ein eindringliches Votum für die Notwendigkeit von Demokratie und ihrer Verteidigung ab.

Der Herausgeber

Christoph Koch (*1941) ist Professor für Vergleichende und Indogermanische Sprachwissenschaft an der Freien Universität Berlin und Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V.


Inhalt

- ▶ Christoph Koch
„Politik ist die Praxis der Wissenschaft vom Notwendigen“.
Helmut Ridder (1919–2007)
- ▶ Christoph Müller
Erst einmal die bürgerliche Revolution zu Ende bringen
- ▶ Lothar Albertin
Die Selbstpreisgabe der Weimarer Republik in der politischen Mitte

- ▶ Wolfgang Wippermann
Abendroth und Ridder. Zwei streitbare Demokraten gegen die „Streitbare Demokratie“
- ▶ Frank Deppe
Helmut Ridder und Wolfgang Abendroth als Verfassungsinterpreten, politische Wissenschaftler und intervenierende Intellektuelle
- ▶ Otmar Jung
Das Bundesverfassungsgericht und die direkte Demokratie
- ▶ Otto Ernst Kempen
Perspektiven des Sozialstaats. Zu einem verfassungstheoretischen Konfliktfeld unter dem Grundgesetz
- ▶ Gerhart Baum
Die Grundrechte im Spannungsverhältnis von Sicherheit und Freiheit
- ▶ Dieter Deiseroth
Zum Friedensgebot des Grundgesetzes. Die Uminterpretation des Art. 24 Abs. 2 GG durch das Bundesverfassungsgericht
- ▶ Ingeborg Maus
Helmut Ridder – eine Lektüre in völkerrechtlicher Perspektive
- ▶ Gerhard Stuby
Der Mythos der „Wiedervereinigung“
- ▶ Jan Barcz
Das Pariser Protokoll von 17. Juni 1990 und die Grenze zwischen Polen und dem vereinten Deutschland
- ▶ Samuel Salzborn
Von der rechtlichen (Re-)Konstruktion einer Minderheit zu ihrer politischen Instrumentalisierung.
Die deutsche Minderheit in Polen
- Anhang
- ▶ Helmut Ridder
Wie und warum (schon) Weimar die Demokratie verfehlte
- ▶ Helmut Ridder
Die deutsch-deutsche Spionage im Okular der westdeutschen Deutschland-Jurisprudenz

Martin Meidenbauer 

Verlagsbuchhandlung GmbH & Co. KG
Schwanthalerstraße 81 · 80336 München
Tel (089) 20 23 86 03 · Fax (089) 20 23 86 04
info@m-verlag.net

 www.m-verlag.net

K 6045

DPAG Pressepost Entgelt bezahlt

**Verlag Deutsch-Polnische Gesellschaft
der Bundesrepublik Deutschland
c/o Manfred Feustel
im Freihof 3, 46569 Hünxe**

**Liebe Leserin, lieber Leser
Wenn an dieser Stelle kein Versandetiket klebt,
sind Sie vielleicht noch kein Abonnent
unserer Zeitschrift. Das sollte sich ändern.
Für nur 12 Euro pro Jahr erhalten Sie
POLEN und wir frei haus.
Bestellung an nebenstehende Anschrift.**

Internetresolution der „Kościuszko – Foundation“

„Polnische Lager“

Appell an die Medien

Seit Jahren haben wir immer wieder den leidigen Anlass, über die mal schlampige, mal böswillige Verwendung des Begriffes „polnische Lager“ in Zusammenhang mit den auf dem Territorium des besetzten Polen von Deutschen errichteten Konzentrationslagern zu berichten. Die Kościuszko-Stiftung, die seit 85 Jahren für die polnisch-amerikanische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur und Wissenschaften eintritt, hat nun eine weltweite Internet-Petition gestartet, mit dem Ziel, den Begriff „Polnische Lager“ im Redaktionsgebrauch zu ächten. Inzwischen hat das Wall Street Journal positiv auf diese Initiative reagiert und erklärt, seine redaktionelle Arbeit entsprechend zu orientieren.

Der Vorstand der Deutsch-Polnischen Gesellschaft und die Redaktion von „Polen und wir“ unterstützen die Petition und fordern auch deutsche Medien wie „Welt“, „Süddeutsche Zeitung“ etc., die in der jüngeren Vergangenheit wiederholt mit ähnlichen Fehlern aufgefallen sind, auf, ebenfalls auf die Einhaltung einer korrekten Bezeichnung in ihren Redaktionen zu achten. Im folgenden dokumentieren wir die Petition:

ANGESICHTS der Tatsache, dass manche Medien in Bezug auf Auschwitz und andere Nazi-Vernichtungslager, die von den Deutschen während des II Weltkriegs errichtet wurden, historisch falsche Begriffe wie „polnisches Konzentrationslager“ und „polnisches Todeslager“ verwenden, was beeinflussbare und unvollständig informierte Leser irreführen und sie zu der Annahme verleiten kann, für den Holocaust sei Polen und nicht Nazi-Deutschland verantwortlich,

ANGESICHTS der Tatsache, dass es sich bei solchen Phrasen um Holocaust-Revisionismus handelt, der das Ansehen von 6 Millionen Juden aus 27 Ländern, die von Nazi-Deutschland ermordet wurden, verunglimpft,

ANGESICHTS der Tatsache, dass Polen das erste von Deutschland überfallene Land ist, und das einzige, dessen Bürger für die Rettung von Juden zum Tode verurteilt wurden, und das dennoch in sechs Jahren deutscher Besatzung nicht kapitulierte, obwohl ein Sechstel seiner Bevölkerung, ungefähr die Hälfte davon Christen, im Krieg getötet wurde,

ANGESICHTS der Tatsache, dass professionelle Journalisten diese Tatsachen kennen müssen und daher nicht die Schwelle zum verleumderischen Vorsatz durch den Gebrauch von Formulierungen wie „polnische Konzentrationslager“ überschreiten dürfen,

FORDERN DIE UNTERZEICHNER „The New York Times“, „The Wall Street Journal“, „The Washington Post“ und „Associated Press“ auf, in ihre Style Books die Vorschrift aufzunehmen, dass Nachrichtentexte historisch korrekt sein, und - gemäß dem von der UNESCO 2007 beschlossenen Namen für das Lager in Auschwitz „Das deutsche NS-Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau (1940-1945)“ - die offizielle Bezeichnung für alle „deutschen Konzentrationslager im von den Nazis besetzten Polen“ verwenden müssen.

Die Petition wurde bisher von annähernd 150.000 Persönlichkeiten unterzeichnet, darunter:

Alex Storozynski, President, Kosciuszko Foundation

Ewa Junczyk-Ziomecka, Consul General of Poland in New York

President Lech Walesa, Nobel Peace Prize Laureate

Piotr Cywinski, Auschwitz-Birkenau Memorial and Museum Site

Bronislaw Komorowski, President of Poland

Robert Kupiecki, Ambassador of Poland to The United States

Rabbi Michael Schudrich, Chief Rabbi of Poland

Dr. Zbigniew Brzezinski, Former U.S. National Security Advisor

Rabbi Moshe Birnbaum, Flushing, NY

Rev. Msgr. Peter Walter Zendzian, Holy Cross Roman Catholic Church

Lt. General Edward Rowny, U.S. Army (Retired)

Joseph E. Gore, Chairman of the Board, Kosciuszko Foundation

Prof. Norman Davies, Historian, Oxford, England

Ryszard Horowitz, Photographer, Auschwitz survivor

Jan A.P. Kaczmarek, Oscar-winning composer

Radoslaw Sikorski, Foreign Minister of Poland

Kevin Ruane, Former BBC Correspondent Warsaw

Andrzej Wajda, Film Director

Prof. Daniel Rotfeld, Former Minister of Foreign Affairs, Poland

Rafal Olbinski, Painter, Illustrator & Designer

Maestro Krzysztof Penderecki, Composer & Conductor

Elzbieta Penderecka, Ludwig Van Beethoven Festival In Poland

Prof. Gunnar Heinsohn, University of Bremen, Germany

Daniel Olbrychski, Actor

Prof. Werner Roewecke, Humboldt University, Berlin, Germany

Father Adam Boniecki, Editor in Chief, Tygodnik Powszechny

Dr. Friedrich Leidinger, Psychiatrist, German-Polish Association.

Rabbi Herschel Gluck, London

Siehe auch: www.thekf.org